

Sand im Getriebe 94

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ Einzelne Artikel: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: sig@attac.de

Empörung über alte und neue Kriege!



Quelle: Thaxcala

Niemals war die weltweite **EMPÖRUNG** über einen Krieg schon vor seinem Beginn größer als Anfang 2003, als der Aufruf des Weltsozialforums gegen den Irak-Krieg von Millionen Menschen auf allen Kontinenten befolgt wurde. Attac als „Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung“ (Frankfurter Grundsatzerklärung) gehörte zu den treibenden Kräften diese Mobilisierung, die von der New York Times zur „zweiten Supermacht“ stilisiert wurde, etwas verfrüht, denn wir konnten den Überfall auf Irak nicht verhindern. Fast 9 Jahre nach dieser mörderischen „Intervention“, - nach der Vernichtung von Faludscha, nach Abu Graib, nach millionenfachem Tod, Vertreibung, Leid und Elend - ziehen sich die US Kampftruppen in Schande zurück. Auch wenn - wie der Beitrag von **Joachim Guilliard** zeigt - die Besatzung damit noch nicht zu Ende ist und G.W. Bush immer noch nicht als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt wurde. dennoch ist dieser Rückzug auch ein – wenn auch sehr kleiner und verspäteter - **Erfolg** der globalen Anti-Kriegsbewegung, vergleichbar mit dem kleinen Beitrag der 1968er Bewegung zur Beendigung des US-amerikanischen Krieges in Vietnam. --->

<i>Zunehmende Spannungen im Weltsystem</i>	
Martin Khor: Zusammenprall der Kapitalismen im Jahr des Drachen	3
Weltsozialforum: Declaration of Social Movements Assembly	5
Joachim Guilliard: Irak: Massive Niederlage	6
Friedens- statt Kriegspolitik im Irankonflikt	11
Ali Fathollah-Nejad : KSZ im Mittleren und Nahen Osten	12
Pepe Escobar zum Ölembargo gegen den Iran	13
<i>Westasien/Nordafrika</i>	
IPPNW / Occupy Berlin / Bundesausschuss Friedensratschlag u.a.: Hände weg von Iran und Syrien	14
Martin Singe: Die neuen "Verteidigungspolitischen Richtlinien" 2011	180
Kooperation für den Frieden: Afghanistan	19
Marokko: Keine neue Abhängigkeit! Proteste, Verhaftungen, Gefängnis - Aufruf zur internationalen Solidarität	20
<i>Europa</i>	
Aktionskonferenz ,24. - 26. 2. 2012	24
Komitees für Schuldenaudit in Frankreich	24
Griechenland: T. Paraskevopoulos: Plädoyer für eine andere Integration	25
Ungarn: Sándor Horváth: Angriff auf die eigene Bevölkerung	29
Attac F: Merkel-Sarkozy-Vertrag führt zu einem Crash der Demokratie	31
Attac-D: Ökonomische Schockstrategie der Bundesregierung	31
Jürgen Klute: NEIN zu "Merkozys" Fiskal-Pakt!	32
Attac Österreich und Frankreich über Sarkozys FTT	34
Attac-CH: Nestlé vor Gericht wegen Überwachung von Attac	35
Rick Wolff: occupy production	36

Allerdings wirkt der **imperiale Impuls** fort, der zum Irak-Krieg führte. Es ging um **Regime-Change**, mit dem sich die USA die Kontrolle über die Ressourcen Westasiens und Nordafrikas sichern will. Die Kandidaten auf der „Achse des Bösen“ werden nach und nach abgearbeitet: die NATO schaffte den Regime-Change in Lybien und setzte damit ein Exempel. Syrien und Iran werden mit Sanktionen erdrosselt, die schon im Irak zur Vorbereitung des Krieges dienten. Der Afghanistan-Krieg des NATO-Westens geht weiter. Neue Kriege unter neuen Vorwänden drohen – diesmal unter **schamloser** Ausnutzung der Rebellionen in einigen arabischen Ländern zur Einsetzung neuer, diesmal neoliberaler Regime. Die Situation in den arabischen Ländern ist von Land zu Land verschieden und erlaubt kein simples Schwarz-Weiß-Schema. So wird z.B. die Repression in Monarchien wie Saudi-Arabien, Marokko und Bahrein im republikanischen Europa weitgehend verschwiegen. Wir veröffentlichen einen dringenden Aufruf von **Attac Marokko** „zu nationaler und internationaler Solidarität gegen die Repression der Aktivisten der Bewegung vom 20. Februar“.

Zu den sehr komplexen Zusammenhängen in **Syrien** hat sich die Friedensbewegung in mehreren Erklärungen mit je unterschiedlichen Nuancen geäußert, die wir in dieser Nummer **dokumentieren**. Einigkeit besteht allerdings darin, dass die Frage nuklearer Rüstung nicht nur den Iran betrifft, sondern auch Israel, das ja noch nicht einmal dem **Atomwaffensperrvertrag** beigetreten ist. Und Einigkeit besteht in der Ablehnung ausländischer Interventionen. So fordert **Occupy Berlin**: „Die Erhaltung des Friedens verlangt es, dass das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten konsequent eingehalten wird“.

Ganz bewusst hatte ja die Gründungserklärung des **Weltsozialforums** betont: „Wir wenden uns gegen jede Form des **Imperialismus**“. Und in der diesjährigen Erklärung der sozialen Bewegungen von Porto Alegre heißt es: „Imperialistische Mächte benutzen ausländische Militärstützpunkte, um Konflikte zu schüren und natürliche Ressourcen zu rauben und in mehreren Ländern auch, um Diktaturen zu unterstützen. Wir verurteilen den falschen Diskurs der Verteidigung der **Menschenrechte**, der oft nur dazu dient, diese militärischen Besetzungen zu rechtfertigen.“

Die NATO und der militärisch-industrielle Komplex der angeschlagenen Supermacht sowie die unterwürfige und per Verfassung zur Aufrüstung gezwungene EU haben nach wie vor enorm viel Macht, und sie haben noch sehr viel vor. **Martin Singe** analysiert, worum es geht in den neuen „verteidigungspolitischen Grundsätzen“, es geht um die Nutzung der militärischen Trumpfkarte zur Absicherung von Rohstoffquellen und Einflussphären in einer Situation, in der der Westen in der schwersten Wirtschaftskrise seit 1929 steckt.

Den ökonomischen Hintergrund der aktuellen globalen Spannungen analysiert **Martin Khor** (South Centre, Genf). Er sieht einen „Zusammenprall der Kapitalismen im Jahr des Drachen“ und erinnert daran, dass der Westen – allerdings mit immer weniger Erfolg – nach wie vor eine Politik betreibt, die am besten mit der Parole gekennzeichnet wird: „**Kicking Away the Ladder**“.

Für Attac Frankreich ist die erzwungene Austeritätspolitik des **Fiskalpakts** ungerecht, weil sie die Falschen trifft, und außerdem ist sie „ineffektiv, weil solche Maßnahmen die Rezession noch vertiefen und daher die Defizite vergrößern und damit jegliche Zunahme der ökologischen und sozialen **Investitionen** verhindern.“

Attac Österreich beklagt die „zahnlose Schmalspurvariante“ des Sarkozy-Vorschlages einer Finanztransaktionssteuer.

Aus Griechenland hält **Theodoros Paraskevopoulos** ein Plädoyer für eine völlig andere Integration Europas: „Das Referendum hatte Erpressungscharakter: Wenn Ihr nicht zustimmt, gehen wir pleite, und es können keine Renten mehr bezahlt werden; das impliziert die unwahre Behauptung, dass die griechischen Steuereinnahmen nicht für die laufenden Ausgaben reichen. Sie reichen aber durchaus, wenn man aufhört, die Staatsschuld zu bedienen.“

Jürgen Klute stellt zu "Merkozys" Fiskal-Pakt fest, dass er nicht nur - undemokratisch - am Europa-Parlament vorbei entschieden wurde, sondern auch inhaltlich völlig falsch ist: „Eine antizyklische Konjunkturpolitik wird mit dem Fiskal-Pakt so gut wie unmöglich gemacht...Eine wirtschaftspolitische, steuerpolitische und sozialpolitische Koordinierung auf EU-Ebene, die für das Funktionieren einer Währungsunion erforderlich ist, ist nicht Bestandteil des Fiskal-Paktes“

Sándor Horváth beschreibt, wie in Ungarn die rechtskonservative Fidesz-Regierung in einem umfassenden Angriff auf die eigene Bevölkerung **das** vorausseilend durchführt, was die Troika in Griechenland exekutieren läßt. „Nach seiner neuen Verfassung ist Ungarn keine Republik mehr, das Wort wurde ersatzlos gestrichen, das Land trägt von nun an den schlichten Namen Ungarn...Die Nation wird ethnisch und christlich definiert“

Ist ein rechtspopulistischer Backlash das, was Europa bevorsteht?

**Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org**

Wir verschicken gedruckte Exemplare von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft
Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

**Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland)
- Online-Fassung: Barbara Waschmann (Attac Österreich)**

Martin Khor

Mitglied des "United Nations Committee on Development Policy"

Zusammenprall der Kapitalismen im Jahr des Drachen

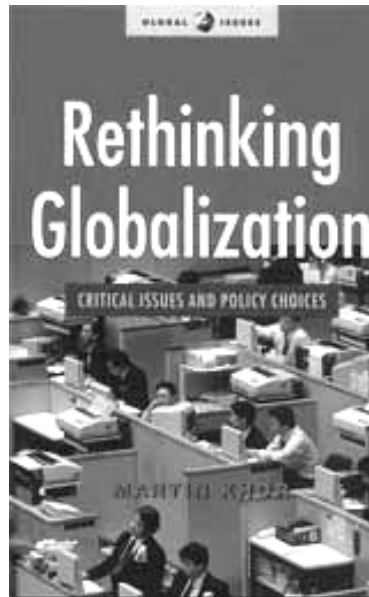
Parole des Westens: „Kicking Away the Ladder“

In dem neuen Jahr des Drachens wird die Debatte über die Rolle und den Aufstieg Chinas und anderer „Schwellenländer“ an Intensität zunehmen. Da sich die westlichen Länder düsteren wirtschaftlichen Aussichten gegenüber sehen, scheint ein Teil seiner politischen Elite und Intellektuellen von der Befürchtung ergriffen, dass einige Entwicklungsländer, insbesondere China, mit Volldampf voraus fahren werden.

Besessen von der „chinesischen Gefahr“

Gewohnt an Jahrhunderte der globalen ökonomischen Dominanz befürchten diese fortgeschrittenen Länder, dass sie in ihrer Führungsrolle herausgefordert und zu Fall gebracht werden. Das mag der Grund für die China-Obsession sein. Diese Tage erscheinen fast überall neue Bücher über den chinesischen Aufstieg. Einige befassen sich mit seinen hohen Wachstumsaussichten oder seiner komplexen politischen Entwicklung. Einige wie das Buch „Death by China: Confronting the Dragon“ vertreten die Position, dass China nicht nur die US-Ökonomie zerstören wird, sondern die ganze Welt und die Umwelt.

Doch die Angst geht weit über China hinaus und bezieht auch andere Schwellenländer mit ein, wie an Hand einer der jüngsten Ausgaben des „**Economist**“ und dessen Titelstory „The rise of state capitalism: the emerging world's new model“ („Der Aufstieg des Staatskapitalismus: Das neue Modell der aufstrebenden Welt“) deutlich wird. Das Magazin beschreibt den 88-stöckigen Petronas-Wolkenkratzer in Kula Lumpur/Malaysia ebenso wie das Gebäude von China Central TV in Peking und das Hauptquartier der VTB-Bank in Moskau als Beispiele des neuen Hybridkonzerns, der mit staatlicher Rückendeckung wie ein Privatsektor-Multi agiert.



„Staatskapitalismus“ als Entwicklungsstrategie

Im Editorial gibt der „Economist“ zu, dass der Staatskapitalismus für Schwellenländer, die der Welt ihren Stempel aufdrücken wollen, offensichtlich reizvoll ist, da er ihnen Möglichkeiten verschafft, für deren Aufbau die Privatsektor-Konzerne Jahre benötigten. Doch nach Ansicht des Magazins sind seine Gefahren größer als die Vorteile. Zu ihrem eigenen Vorteil und im Interesse des Welthandels sollten diese großen Holdings aufgebrochen und privaten Investoren überlassen werden.

Der „Economist“ gesteht indessen auch ein, dass diese Hybridform eines „staatlich-gesteuerten kapitalistischen Konzerns“ nicht neu ist und zitiert als Beispiel die Ost-Indien-Company. Das war jene ungeheure wirtschaftliche Zusammenballung, die viele asiatische Ökonomien übernahm, während die englische Regierung mit ihren Kanonenbooten und ihrer Kolonialherrschaft dafür die Rückendeckung gab, nicht nur für die Ost-Indien-Company, sondern für viele andere britische Unternehmen.

Das Magazin zitiert auch den Fall der Vereinigten Staaten nach dem Unabhängigkeitskrieg, von Deutschland in den 1870er Jahren und von Japan und Südkorea in den 1950ern als Beispiele aufsteigender Mächte, die den Staat nutzten, um Wachstumsprozesse auszulösen.

Es wird also anerkannt, dass der Aufstieg der heute fortgeschrittenen Länder auf der Grundlage der starken Unterstützung des Staates für ihre aufstrebenden Unternehmen stattfand. Die Geschichte des Kolonialismus zeigt, wie die Konzerne des Westens die Weltwirtschaft jahrzehntelang und in einigen Fällen jahrhundertlang dominiert haben, unterstützt nicht nur durch Subventionen, billige Kredite und andere politische Maßnahmen, sondern auch durch die politische und militärische Macht ihrer Regierungen, um die Ressourcen und die Märkte der kolonisierten Teile der Welt an sich zu reißen.

In den vergangenen 30 Jahren wurden den meisten Entwicklungsländern durch die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank gesagt, dass sie die Rolle des Staates bei der Entwicklung der Wirtschaft aufzugeben haben und sich ausschließlich auf den privaten Sektor verlassen sollten.

Diese Politik funktionierte jedoch nicht, weil in vielen Entwicklungsländern der heimische Privatsektor schwach war oder nicht existierte. In den armen Ländern waren die ausländischen Unternehmen nicht an Investitionen interessiert, außer im Bergbau- oder im Plantagenssektor.

Verschiedene andere Entwicklungsländer, vor allem Asiens, verfolgten jedoch ein anderes Modell. Ihre Regierungen glaubten daran, dass sie eine wichtige oder sogar die dominierende Rolle im Entwicklungsprozess spielen müssten.

Zunächst betrieben diese Regierungen Unternehmen, die sie wie Regierungsab-

teilungen führten. Das war nicht sehr effizient. Das Modell wurde daher in einigen Ländern dahingehend geändert, dass der Staat nur der vollständige oder teilweise Eigentümer der Unternehmen war, die ansonsten auf kommerzieller Grundlage agierten. Auch konnte der Staat private Unternehmen bei ihrer Expansion unterstützen. Regierungseigene Holdings wie Khazanah und PNB in Malaysia oder Temasek in Singapur waren zentrale Pilotprojekte in diesem Zusammenhang.

Wachsende westliche Kritik

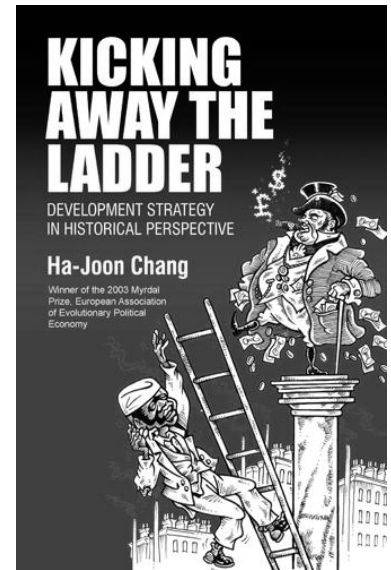
Die wachsende Kritik des „Staatskapitalismus“ durch westliche Intellektuelle und Politiker beschränkt sich nicht auf akademische Beobachtungen. Die US-Administration und der Kongress bereiten eine Gesetzgebung und Aktionen vor, die Sondersteuern auf chinesische Produkte möglich machen sollen, nicht nur aus Anti-Dumping-Gründen, sondern auch aufgrund staatlicher Subventionierung und weil China keine Marktwirtschaft sei. Der US-Kongress hat auch darüber diskutiert, ob Zölle auf chinesische Produkte erhoben werden können, weil Chinas Währung manipuliert und unterbewertet sei.

Der Fokus solcher Maßnahmen mag derzeit auf China liegen. Doch auch andere Entwicklungsländer könnten sich schon bald ähnlichen Maßnahmen mit ähnlicher Begründung ausgesetzt sehen, dass sie nämlich ihre Unternehmen im Kontext von Staatskapitalismus und Industriepolitik auf unfaire Weise unterstützen würden.

Darüber hinaus verhandeln die USA und Europa derzeit Freihandelsabkommen mit Entwicklungsländern, die Klauseln oder ganze Kapitel enthalten, die die Praxis der Verknüpfung staatlichen und unternehmerischen Handelns unterbinden oder beschränken wollen oder die Bereitstellung von Subventionen und Präferenzen für lokale Unternehmen durch die Regierungen verbieten wollen.

Der koreanische Ökonom Ha Joon-chang schrieb das bekannte Buch „Kicking Away the Ladder“. Darin wird beschrieben, wie die Industrieländer bestimmte Politiken nutzten, um reich zu werden, und jetzt die Entwicklungsländer davon abhalten wollen, dasselbe zu tun. Der Zusammenprall kapitalistischer Systeme und die Konflikte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern über die Frage, welche Politik legitim ist und welche verboten werden sollte, wird in diesem Jahr des Drachen an Intensität zunehmen.

Danke an WEED (Veröffentlicht: 26.1.2012) für die Übersetzung, die erschienen ist im „Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung“ (W&E), Luxemburg, 26. Januar 2012 (www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org)



Martin Khor ist Direktor des „South Centres“ in Genf. Das ist ein Forschungsinstitut, das sich auf die Entwicklung der Wirtschaften des Südens konzentriert. Er ist in dieser Funktion Nachfolger von Yash Tandon (SiG 41, 71)

http://www.southcentre.org/index.php?option=com_content&task=view&id=966&Itemid=255

Original-Artikel des „Economist“ mit der Grafik unten <http://www.economist.com/node/21543160>

Hugo Braun, Mitglied des Koordinierungskreises von Attac Deutschland

Thematisches Weltsozialforum in Porto Alegre 2012: Kapitalistische Krise, soziale und ökologische Gerechtigkeit«

Grundlagen für ein Alternativprogramm zu der UN-Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung im Juli in Rio de Janeiro standen im Mittelpunkt des Thematischen Weltsozialforums, das Ende Januar im brasilianischen Porto Alegre stattfand.

Rund 40.000 Menschen waren der Einladung der brasilianischen Organisatoren des Forums gefolgt. Formen einer solidarischen Wirtschaft und einer nachhaltigen Umweltpolitik wurden als wesentliche Bestandteile eines Systemwechsels, als Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft diskutiert.

„Der Versuch, den Kapitalismus durch die Einführung neuer Instrumente der „grünen Ökonomie“ einfach nur grün zu waschen, ist eine Warnung für uns, die sozialen Bewegungen, unseren Widerstand zu verstärken und eine führende Rolle bei der Entwicklung echter Alternativen zu übernehmen,“ heißt es in einer Erklärung der Versammlung der Sozialen Bewegungen, in der zugleich dazu aufgerufen wird, in koordinierten Aktionen auf internationaler Ebene *„den Kampf gegen den Kapitalismus zu verstärken.“*

In einer Sitzung des International Council des Weltsozialforums in Porto Alegre wurde ein Vorschlag des maghrebischen Sozialforums akzeptiert, wegen der anhaltenden Repression in Ägypten das nächste **WSF im Juni 2013 in Tunis** zu organisieren.

Dieses umfangreiche Treffen, das wieder Zehntausende aus aller Welt zu friedlichen Diskussionen vereinen soll, wird durch **thematische Foren in Kairo und Rabat** vorbereitet werden.

Die Internationale Homepage zum **WSF 2012:** <http://www.fstematico2012.org.br/index.php?link=23&acao=Ver&id=91>

Die Homepage des WSF: http://www.forumsocialmundial.org.br/index.php?cd_language=2&id_menu=

Ausführlicher Bericht im März in SiG 95

Declaration of Social Movements Assembly

Porto Alegre (RS (Brazil 31 January

We, people of all continents, gathered in the Assembly of the Social Movements during the Thematic Social Forum Capitalist Crisis and Socialand Environmental Justice, fight against the causes of a systemic crisis expressed as the economic, financial, political, food, and environmental crisis, that puts at risk the survival of humankind. Decolonizing oppressed peoples and confronting imperialism is the main challenge of the social movements of all over the world.

In this space, we gather, from our diverse backgrounds, to build together common agendas and actions against capitalism, patriarchy, racism, and every type of discrimination and exploitation. We therefore reaffirm our common struggles adopted in the assembly of Dakar, in 2011:

Fight against transnational corporations
Fight for climate justice and food sovereignty
Fight against violence against women
Fight for peace and against war, colonialism, occupations and militarization of our territories

People all over the world are suffering the effects of the aggravation of a profound crisis of capitalism, in which its agents (banks, transnational corporations, media conglomerates, international institutions, and submissive governments) aim at increasing their profits applying interventionist and neocolonial policies. War, military occupations, free-trade neoliberal treaties and "austerity measures", expressed as economic packages that privatize state companies, cut wages and rights, increase unemployment, and ravage natural resources. Such policies strike the richer countries of the North harder and are increasing migration, forced displacement, evictions, debt, and social inequalities.

The exclusionist rationale of that model only makes a small elite wealthier at the expense of the large majority of the population, both in the North and South. Defending people's sovereignty and self-determination and social, economic, environmental, and gender justice is key to overcoming the crisis, strengthening the leading role of a State free from corporations and at the service of the people.

Global warming is the result of the capitalist system of production, distribution, and consumption. Transnational corporations, financial institutions, governments and international bodies at the service of the system do not want to reduce their emissions of greenhouse gases. Now, they are trying to impose the "green economy" as the solution for the environmental and food crisis, which, in addition of aggravating the problem, causes the commodification, privatization, and financializa-

tion of life. We reject all the false "solutions" for these crises, including biofuels, GMOs, geo-engineering and carbon markets, which are merely new disguises of the system.

Rio +20, to be held in June, in Rio de Janeiro, 20 years after ECO 92, reinforces the importance of the fight for environmental justice as opposed to the model of capitalist development. The attempt to greenwash capitalism by imposing new instruments of "green economy" is a warning for us, the social movements, to strengthen our resistance and to take the leading role in building true alternatives to the crisis.

We denounce the violence against women, regularly used as a tool to control their lives and bodies, and the increase in the overexploitation of their work, used to buffer the impacts of the crisis and to maintain constant profit margins for the companies. We fight against the traffic of women and children and racism. We defend sexual diversity, the right to gender self-determination, and we fight against homophobia and sexist violence.

Imperialist powers use foreign military bases to instigate conflicts, to control and ransack natural resources, and to foster dictatorships in several countries. We denounce the false discourse of human rights defense that often justify these military occupations. We are against the consistent violation of human and democratic rights in Honduras, particularly in Bajo Aguan, the assassination of union leaders and social activists in Colombia and the criminal blockage of Cuba, which now in its 50th year. We fight for the release of the five Cubans that are illegally imprisoned in the US, against the illegal occupation of Malvinas Islands by the UK, the tortures and the military occupation of Libya and Afghanistan by the US and NATO forces. We denounce the neo-colonization and militarization process experienced by the African continent and the presence of Africom. Our fight is also for the elimination of all nuclear weapons and against NATO.

We express our solidarity with the people of the world struggling against the predatory and neocolonial rationale of the extractive industry and mining transnational corporations, particularly with the people of Famatina, Argentina, and we denounce the criminalization of the social movements.

Capitalism destroys people's lives. However, every day, many struggles for social justice emerge to eliminate the effects of colonialism and to allow a decent quality of life for all. Each of these struggles implies a battle of ideas that demands actions for the democratization of the media, which is currently con-

trolled by large conglomerates, and against the private control of intellectual property. At the same time, it requires the development of independent communication that strategically follows up our processes.

Committed to our historical struggles, we defend decent work and agrarian reform as the only way to encourage family, peasant and indigenous agriculture and an essential step to reach food sovereignty and environmental justice. We reaffirm our commitment with the struggle for urban reform as a fundamental tool to build fair cities, with participative and democratic spaces. We defend building a different integration, based on solidarity and strengthening of processes such as UNASUR and ALBA.

The fight for strengthening public education, science and technology at the service of the people, as well as for the defense of traditional knowledge, cannot be postponed, as they are increasingly commodified and privatized. We therefore declare our solidarity and support for the students of Chile, Colombia, Puerto Rico and worldwide that continue to march in defense of these common goods.

We assert that people must not continue to pay for this systemic crisis and that there is no solution inside the capitalist system!

The agenda carries important challenges that demand us to interlink our struggles and our massive mobilization.

Inspired by the history of our struggles and the inspiring strength of movements like the Arab Spring, Occupy Wall St., "indignados" and the struggle of Chilean students, the Social Movements Assembly call upon popular forces and activists of all countries to mobilize actions - coordinated at world level - to contribute to people's emancipation and self-determination, reinforcing the fight against capitalism.

We call for support of the International Human Rights Meeting in Solidarity with Honduras and for building a Free Palestine Social Forum, strengthening the global movement of boycott, disinvestments, and sanctions against the State of Israel and their apartheid policies against the Palestine people.

We call upon activists around the world to take to the streets from June 5th to join in the global action against capitalism and to support the People's Summit for Social and Environmental Justice, against the commodification of life and in defense of the common goods, to be held in the framework of Rio+20.

If today we fight, the future is ours!

Irak: Massive Niederlage

Der erzwungene US-Rückzug und die Umstrukturierung der Irak-Besatzung sowie der Militärpräsenz in der Region

Das Scheitern der Bemühungen der US-Regierung, eine Verlängerung des Stationierungsabkommen mit dem Irak durchzusetzen, war durchaus absehbar.[1] Dennoch kann man es kaum glauben, dass nun Ende des Jahres, fast neun Jahre nach der Invasion, tatsächlich alle regulären Truppen das Land verlassen und die riesigen Militärbasen verwaist zurückbleiben werden. Auch wenn dies als Erfolg für die Iraker zu werten ist, **ist die Besatzung damit selbstverständlich nicht zu Ende**. Die USA versuchen nun, ihren Einfluss durch eine beachtliche Zahl ziviler Besatzungskräfte aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig arbeiten sie, im Verein mit dem irakischen Premier Nuri al-Maliki, an neuen Wegen, größere Truppenkontingente in den Irak zurückkehren zu lassen.

Ob das gelingt oder nicht: von dem seit langem gehegten Plan, **im Irak eine große, schnell einsetzbare Streitmacht permanent zu stationieren** – als Kern US-amerikanischer Machprojektion in der Region – **bleibt jedoch so wenig übrig**, wie von den ehrgeizigen Plänen bezüglich Kontrolle und Privatisierung der irakischen Ölproduktion. Auch wenn ein Teil der aus dem Irak vertriebenen Bataillone nun in die Nachbarländer zurückgezogen wird, markiert der erzwungene Rückzug der verbleibenden knapp 40.000 Soldaten das Scheitern eines verlustreichen und teuren Krieges.

„Du kannst den Rückzug so schön reden wie Du willst“, so der bekannte US-Publizist Tom Engelhardt, „aber er bedeutet immer noch eine Niederlage erster Ordnung, eine Demütigung in einem Ausmaß, wie es im Invasionsjahr 2003 unvorstellbar war.“[2]

Mit der Niederlage, die den Iran noch weiter stärkt, wächst allerdings die Gefahr eines Angriffes auf die islamische Republik. Um diese zu schwächen, ist zunächst Syrien im Visier.

US-Präsident Barack Obama bemühte sich daher sehr, möglichst wenig Aufmerksamkeit mit seiner Ankündigung des definitiven Abzugs zu erwecken. Erst freitags um 13 Uhr gab er ihn auf einer hastig anberaumten Pressekonferenz bekannt, am Tag nach der Ermordung des libyschen Staatschefs Muammar al-Gaddafi, die als endgültiger

Sieg in Libyen gefeiert wurde und die Titelseiten dominierte.[3] Es war eine bemerkenswert kurze Erklärung dafür, dass damit nun ganz offiziell ein fast 9jähriger Krieg für beendet erklärt wurde. Obama versuchte das Beste aus der Situation zu machen und verkaufte den Abzug als Erfüllung seines Wahlversprechens, den Irakkrieg unverzüglich zu beenden. Er verschwieg jedoch, dass seine Leute das ganze Jahr über alle Hebel im Irak in Bewegung gesetzt hatten, einen solchen vollständigen Abzug zu verhindern.

Stationierungsabkommen von 2008 – der Anfang vom Ende

Nach den Plänen der Bush-Administration sollte Ende 2008 das einengende Mandat des UN-Sicherheitsrats auslaufen, das seit Juli 2004 das legale Mäntelchen für die Präsenz der Besatzungstruppen bildete und stattdessen ein **bilaterales Stationierungsabkommen** zur Grundlage einer dauerhaften Präsenz großer Kontingente US-amerikanischer Streitkräfte abgeschlossen werden.

Der von Washington vorgelegte **Entwurf** zeigte deutlich, welche Rolle dem Irak zugedacht war. Die Freiheiten, die sich Washington vertraglich zusichern wollte, überstiegen die der meisten Kolonialabkommen des 19. Jahrhunderts. U.a. sah er das Recht vor, eine unbeschränkte Zahl von Truppen auf unbeschränkte Zeit im Land stationieren zu können und jederzeit Angriffe auf jedes Ziel im Irak führen zu dürfen, ohne Erlaubnis oder auch nur Benachrichtigung der irakischen Behörden. Auch Angriffe auf Nachbarstaaten sollten ohne Einverständnis der irakischen Regierung möglich sein.[4]

Doch wie schon beim Ölgesetz, das der Privatisierung des Ölsektors den Weg öffnen sollte, konnte sich die Besatzungsmacht nicht gegen den **breiten Widerstand im Land** durchsetzen. Die entsprechend konzipierten Wahlen hatten zwar überwiegend pro-amerikanische Kräfte ins Parlament gespült, angesichts der verheerenden Besatzungspolitik und der grundlegenden Stimmung im Land, waren aber immer mehr Verbündete von der Fahne gegangen und ins nationalistische, die Fremdherrschaft be-

kämpfende Lager gewechselt. Und auch der amtierende Premier Nuri al-Maliki versuchte zunehmend, sich durch Abstand zu den Besatzern die Statur eines patriotischen Führers zu verschaffen.

Da Ende des Jahres 2008 das UN-Mandat tatsächlich wie vereinbart auslief, blieb der Bush-Administration nichts anderes übrig, als **ein wesentlich bescheideneres Abkommen** abzuschließen, das zudem verbindliche Termine für einen stufenweisen Abzug enthielt, auch den für den endgültigen Abzug zum Jahresende 2011.

Verlängerung nicht durchsetzbar

Den meisten Irakern war auch diese Besatzungsverlängerung um volle drei Jahre noch viel zu lang. Das Abkommen passierte nur nach dem ein und anderen Kuhhandel und der Vereinbarung, die endgültige Entscheidung einer Volksabstimmung zu überlassen, das Parlament. Dieses Referendum fand jedoch niemals statt.

Regierung und Militär der USA wiederum haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass sie die Rückzugstermine nicht als fix erachteten und das Abkommen nur dazu dienen soll, Zeit für die Vereinbarung einer dauerhaften Truppenstationierung zu gewinnen. Sie waren überzeugt, dass die irakische Regierung schon aus Eigeninteresse eine weitere umfangreiche Präsenz ihrer Schutzmacht möglich machen würde. Die Chance Malikis jedoch, ein neues Abkommen im Parlament durchzusetzen, war nach den Wahlen letztes Jahr noch geringer geworden und jede Regelung am Parlament vorbei, hätte den Volkszorn zum Kochen gebracht.

Ursprünglich sollten mindestens 30.000 bis 35.000 Soldaten bleiben. Ein solches Kontingent hatte der US-Generalstab auch bereits für das ganze Jahrzehnt eingeplant. Zum Schluss hatten die US-Kommandeure 20.000 Soldaten zum absoluten Minimum erklärt. Schließlich baten die US-Unterhändler eindringlich darum, wenigstens 5.000 oder auch nur 3.000 zuzulassen. Doch liefen sich die Verhandlungen schon an der Frage der weiteren **Immunität** dieser Truppen fest. Für das US-Militär gehört es zu den Grundprinzipien, dass ihre Soldaten überall wo sie stationiert sind, Immunität

genießen. Im Irak war eine weitere Gewährung praktisch ausgeschlossen. Keine der Parteien, nicht einmal die kurdischen, trauten sich angesichts des aufgestauten Hasses in der Bevölkerung über die Verbrechen der Besatzer, eine weitere Straflosigkeit formell zu garantieren. Maliki erklärte auf einer Pressekonferenz, „als der Punkt Immunität verhandelt wurde, und der irakischen Seite gesagt wurde, dass die amerikanische Seite keinen einzigen Soldaten ohne volle Immunität zurücklassen werde, und die Iraker antworteten, dass es unmöglich ist, auch nur einem einzigen amerikanischen Soldaten Immunität zu gewähren, stoppten auch die Verhandlungen bezüglich Zahlen, Einsatzorte und die Mechanismen des Trainings.“[5] Es gibt Ideen von Seiten Malikis, auf welcher Basis US-Truppen zurückkehren könnten – nur eines bleibt wohl ausgeschlossen, eine offiziell garantierte Immunität.

Zum Zeitpunkt des Scheiterns der Verhandlungen war die Zahl der US-Truppen bereits auf 39.000 gesunken. Nur noch wenige der einst 505 Stützpunkte und Außenposten sind in den Händen der US-Army verblieben, darunter **die riesigen Megabasen**. Diese werden die kolossalsten Relikte sein, die die US-Invasion hinterlässt. Die Bush-Administration hatte sie für mehrere Milliarden Dollar zu festungsartigen Städten mit allem Komfort ausbauen lassen, dafür bestimmt, dauerhaft mehrere Zehntausend Soldaten zu beherbergen. Zu den mit modernster Technik ausgerüsteten **Stützpunkten**, die dauerhaft den Kern US-amerikanischer Machprojektion in der Region bilden sollten, zählt z.B. der Al-Asad Flughafen in der Anbar-Provinz. Der Ausbau der 50 Quadratkilometer umfassenden Airbase – wegen der Annehmlichkeiten, die sie den GIs bot, „Camp Cupcake“ genannt – wurde nach Abschluss des Stationierungsabkommen im November 2008 noch fortgesetzt. So fest war Washington und die Armeeführung überzeugt, dass sie auch nach 2011 mit einem entsprechend großen Kontingent im Land sein werden.

[Ähnlich lief es auch im Camp Victory am Rande Bagdads. Verbarrikadiert hinter 42 Kilometern 4 Meter hohen Explosionschutzmauern (blast walls) waren hier, auf dem größte Stützpunkt im Irak, in den Hochzeiten 40.000 Soldaten sowie 25.000 Arbeiter und Angestellte untergebracht. Nun sind es noch 4.000, die bis zum Schluss ausharren werden – unverändert den nächsten Mörser und Raketenangriffen von Widerstandsgruppen ausgesetzt.]

Massive Niederlage

Der erzwungene Abzug wird in den USA parteiübergreifend als massive Niederlage begriffen. Zum einen wird natürlich befürchtet, dass

sich das etablierte Regime ohne die US-Truppen nicht lange halten wird. Er sei sehr besorgt um die Zukunft Iraks antwortete beispielsweise Generalstabschef Martin Dempsey bei einer Senatsanhörung auf entsprechende Fragen. Die Kommandeure seien daher auch alle gegen einen Abzug gewesen.[6] „Am Ende wird die irakische Regierung scheitern,“ so auch der Tenor frustrierter US-amerikanischer Offiziere vor Ort.[7]

Auch der clever gewählte Termin der Ankündigung bewahrte Obama nicht vor heftigem Beschuss. In Washington wiegt noch schwerer der Ärger darüber, dass der Abzug eine weitere Stärkung der Position des Irans bedeutet, sowohl im Irak als auch in der Region. Rhetorisch wird dies als Bedrohung für die Stabilität der Region dargestellt. Tatsächlich fällt nun der Irak als Aufmarschgebiet für einen Krieg gegen den Iran weg, der somit militärisch nicht mehr ganz so eng wie zuvor in der Zange sitzt. Frederick Kagan, führender Berater von General David Petraeus als dieser das Oberkommando im Irak innehatte, schrieb z.B. „ich sehe nicht, wie man über eine Eindämmung des Iran reden kann, wenn man den Irak sich auf eine Weise selbst überlässt, dass er keine Fähigkeit hat, sich selbst zu schützen.“[8] Und Senator John McCain, republikanischer Präsidentschaftskandidat des Jahres 2008, polterte: „Der heutige Tag bedeutet einen schädlichen und traurigen Rückschlag für die Vereinigten Staaten.“ Die Entscheidung des Präsidenten werde als „strategischer Sieg unserer Feinde“ gewertet werden, speziell des iranischen Regimes.[9]

[Der führende Bewerber um die nächste Präsidentschaftskandidatur der Republikaner, Mitt Romney, warf Obama vor, sein „erstaunliches Versagen, einen ordentlichen Übergang im Irak zu sichern, gefährdet die Siege, die durch das Blut und die Aufopferung Tausender amerikanischer Männer und Frauen gewonnen wurden.“ [10] Und Michele Bachmann, ebenfalls republikanische Präsidentschaftsbewerberin und Ikone der radikalen Tea-Party-Bewegung erklärte, dass mit dem Versagen des Präsidenten, ein Abkommen mit dem Irak zu erreichen, Obamas außenpolitische Führungsqualitäten an einem Tiefpunkt angelangt seien: „Jedes Mal, wenn die USA Menschen von diktatorischer Herrschaft befreien, haben sie Truppen im Land belassen, um die wachsenden, fragilen Demokratien zu schützen.“ Nun aber würden die USA bald weniger Soldaten im Irak haben als in Honduras, lästerte Bachmann. [11]

Die republikanischen Scharfmacher und neokonservativen Wortführer werfen Obama vor, eine Verlängerung gar nicht ernsthaft gewollt zu haben. Bei den Verhandlungen sei von Anfang an der Wurm drin gewesen, weil die Obama-

Administration darauf bestanden habe, dass das Abkommen, inklusive der Zusicherung von Immunität, vom irakischen Parlament abegesenet werden müsse, so Max Boot, Autor und außenpolitischer Berater McCains. Dies sei 2008 schon schwierig gewesen und heute praktisch unmöglich. Es gäbe aber viele Länder, auch in der arabischen Welt, in denen US-Truppen im Rahmen einer bloßen Regierungsvereinbarung operieren würden, warum also nicht auch im Irak, so Boot, einer eifrigsten Befürworter US-amerikanischer „Demokratie-Exporte“ in die islamische Welt].[12]

Die meisten Experten gestehen Obama jedoch zu, kaum eine andere Chance gehabt zu haben. Tatsächlich haben sich die USA schon unter der Bush-Administration in eine Sackgasse manövriert, in der es nun nicht mehr weiter ging. Man kann schlecht das Spiel „souveräner, demokratischer Staat“ spielen und dann über das Parlament hinweg wieder offen als Besatzungsmacht auftreten. Vor allem nicht angesichts der allgemein feindseligen Stimmung im Land. Die meisten Iraker wünschen die US-Amerikaner schon lange zum Teufel, waren aber, da sie die Kämpfe und Gewalt gründlich satt haben, bereit, die Zeit bis zum zugesagten Abzug abzuwarten. Ein weiterer Verbleib hätte jedoch zu Aufständen und einem Aufleben des bewaffneten Widerstands geführt. Unter anderem hatte Muqtada al-Sadr gedroht, in diesem Fall unverzüglich militärische Angriffe gegen die Besatzer anzuordnen.[13]

Maliki bemüht sich daher auch sehr, maximales Kapital aus Obamas Ankündigung zu schlagen, indem er sich selbst im Fernsehen als unbeugsamen Hüter irakischer Souveränität gegenüber dem Druck aus den USA präsentierte: „Dies ist ein gewaltiger Sieg und ein massiver Erfolg für den Irak und seine Diplomatie und seinen Willen und den Willen seiner patriotischen politischen Kräfte.“ Tatsächlich ist es vor allem aber ein Sieg der patriotischen Kräfte, die er zusammen mit den Besatzern seit Jahren mit massiver Repression und militärischer Gewalt bekämpfte. Die Resonanz auf Malikis Aufruf an die Iraker, das Ereignis auf den Straßen zu feiern, blieb aus. Misstrauen gegenüber ihm und den US-Amerikanern recht bescheiden, so das Wall Street Journal. „Wir befürchten, dass es Geheimabkommen gibt, um die Amerikaner unter anderem Etikett, wie Berater, Sicherheitsleute oder Ausbilder bleiben zu lassen,“ erklärte dies Mushreq Naji, ein Abgeordneter der Sadr-Bewegung, mit 40 Sitzen im Parlament und 6 Ministern im Kabinett vertreten sind.[14]

Ersatzstrategien

Tatsächlich war Washington realistisch genug, die Möglichkeit des Scheiterns einer Verlängerung des Stationierungsabkom-

mens vorauszusehen und bereitete parallel einen **Plan B** vor. Dieser besteht im Wesentlichen aus zwei Elementen: Einmal der Verlegung eines Teils der Truppen aus dem Irak in die verbündeten arabischen Golfstaaten und zum anderen der Aufbau eines umfangreichen Kontingents ziviler Besatzungskräfte unter Führung der Botschaft in Bagdad.

Truppenverlagerung in benachbarte Golfstaaten

Das erste war schon immer eine Option, auch ohne den Krieg. Die USA haben ohnehin bereits **über 40.000 Soldaten** außerhalb des Iraks **am Golf** stationiert, **23.000 US-Soldaten allein in Kuwait**. Diese waren bisher vor allem für die Logistik des Irakkrieges zuständig, dienten wohl aber auch als Einsatzreserve. Nun sollen offizielle Kampftruppen dazukommen, die meisten wiederum in Kuwait. Der gesamte Umfang wird noch verhandelt, eine erste Kampfbrigade mit 4.000 Mann wurde aber bereits verlegt.[15] [An sich ist das auch nichts Neues: zwischen 1991 und 2003 standen immer tausende Kampftruppen in Kuwait, zusammen mit einem riesigen Waffenarsenal, das nur geöffnet werden musste, wenn zusätzliche Truppen in die Region verlegt wurden.]

Für den Einsatz von Drohnen, deren Umfang auch im Irak unter Obama stark anstieg, werden zudem auch **Basen in der Türkei** genutzt.[16] Die USA und Großbritannien haben außerdem schon begonnen, zusätzliche **Kriegsschiffe in den Persischen Golf** zu verlegen. Auch wenn die Flugzeuge zukünftig nicht mehr von Basen im Irak starten können, so wird der Luftraum auf absehbare Zeit unter Kontrolle der US-Luftwaffe bleiben. In welcher Form sie auch in Kämpfe am Boden eingreifen werden, bleibt abzuwarten. An der Nutzung des irakischen Luftraums für mögliche Angriffe auf Syrien und Iran kann sie niemand hindern.

Die militärische Präsenz der USA in der Region wird sich somit nicht stark verringern. Praktiziert wird einmal mehr imperiale Politik in Reinkultur. In den Worten von Außenministerin Hillary Clinton: „*Wir werden eine robuste, andauernde Präsenz in der gesamten Region haben, die zeigt, dass wir weiterhin unsern Verpflichtungen gegenüber dem Irak und die Zukunft der Region nachkommen, ... die von auswärtiger Einmischung [!] freigehalten werden soll.*“ [Hervorhebung J.G.] [17]

Ein voller Ersatz für Truppen im Irak ist dies dennoch nicht, da die Basen im Land wesentlich besser ausgebaut sind und die US-Truppen dort eine Handlungsfreiheit hatte, die ihnen die Golfstaaten selbstverständlich nicht gewähren. Dafür soll die militärische Zusammenarbeit mit den Golfmonarchien nun noch enger werden. Eine

engere Kooperation wurde bereits seit Beginn des Jahres erkennbar, sowohl im abgestimmten Vorgehen gegen den „arabischen Frühling“ als auch beim gemeinsamen Krieg gegen Libyen und der aktuellen Eskalationsstrategie gegen Syrien. Der **Golfkooperationsrat**, angeführt von Saudi Arabien und Katar, übernimmt dabei zunehmend die Rolle der Vorhut.

In den USA plant man nun eine **neue „Sicherheitsarchitektur“ am Persischen Golf**, die u.a. eine integrierte „Luft- und Seeverteidigung“ beinhaltet. D.h. die Feudalstaaten sollen noch mehr US- und NATO-kompatibles Kriegsgerät bekommen – siehe die geplante Lieferung von 200 Leopard-Panzern an Saudi-Arabien – und direkt in die westlichen militärischen Strukturen eingebunden werden. Es sei „*noch nicht so weit, dass morgen bereits eine Art NATO am Golf*“ entstehe, so Vertreter der US-Regierung nach der Ankündigung des Truppenabzugs aus dem Irak, die Vorstellungen würden sich jedoch in eine solche Richtung bewegen. [18]

Die Pläne richten sich natürlich in erster Linie gegen den Iran, sowie auch Syrien. Die Kompensation des Truppenabzugs aus dem Irak geht somit einher mit der Vorbereitung auf einen noch umfassenderen Krieg in der Region.

[Da der Iran nun die Oberhand in der Region hat und im Irak wenig Spielraum bleibt, setzen die USA zusammen mit Israel, der Türkei und Saudi Arabien alle anderen Hebel in Bewegung, um Druck auf das islamische Regime auszuüben und das Land zu schwächen und zu isolieren. Durch einen Sturz der syrischen Regierung würde der Iran seinen wichtigsten Verbündeten verlieren. „*Im Moment ist der Ort, wo es blockiert wird, ist nicht mehr der Irak, wo der Iran bereits die Oberhand hat, sondern Syrien,*“ schreibt z.B. auch George Friedman vom privaten US-Nachrichtendienst Stratfor. (Syria, Iran and the Balance of Power in the Middle East, STRATFOR, 22.11.2011)] Daneben dient die stärkere Kooperation sicherlich auch der Stabilisierung der Monarchien und der Eindämmung der, die bisherige Ordnung gefährdenden arabischen Demokratiebewegung.

Stationierung regulärer Truppen nicht vom Tisch

Unabhängig davon gehen die Bemühungen um langfristige Stationierung von Truppen im Irak weiter. Sobald die US-Truppen das Land verlassen haben, so US-Verteidigungsminister Leon Panetta vor dem Senat, werden Verhandlungen darüber aufgenommen, wie viele zurückkehren werden.[19] Maliki wird bereits im Dezember zu neuen Gesprächen nach Washington reisen.[20]

Der wichtigste Ansatzpunkt ist ein zweites, langfristiges Abkommen, das die Bush-Administration mit der Maliki-Regierung parallel zum Stationierungsabkommen abschloss, das sogenannte „**Strategische Rahmenabkommen**“. Dieses enthält viele allgemeine Vereinbarungen über eine künftige militärische Zusammenarbeit. Wenn es mit Leben gefüllt werden soll, so komme die irakische Führung gar nicht um die Einladung an US-Truppen herum, so die Hoffnung in Washington. General James Mattis, der Chef des für den Irak zuständigen Oberkommandos CENTCOM, wird im Januar nach Bagdad reisen, um im Rahmen eines Hohen Koordinationsrates, der mit dem „Strategische Rahmenabkommen“ geschaffen wurde, über die weitere militärische Aktivitäten der USA im Irak und natürlich auch über „neue Truppenvereinbarungen“ verhandeln werde.

[Der irakische Oberbefehlshaber, General Babaker Zebari, ein führendes Mitglied der Kurdisch Demokratischen Partei, wirbt seit langem dafür. Da die irakische Armee vor 2020-2024 über keine ausreichenden Kapazitäten zur Verteidigung des irakischen Luftraums und der Grenzen verfügen werde, werde der Irak mindestens noch 10 weitere Jahre US-Truppen im Land benötigen, so der frühere Peshmerga-Kommandant.[21] Jüngst nahm die Zahl terroristischer Bombenanschlägen auf Märkte, Pilger etc. wieder zu. Wenn dieser, meist von Unbekannten verübte Terror, nach dem Abzug weiter zunehmen wird, werden, so hofft man, doch eine Reihe von Parteien zum Einlenken zu bewegen sein.]

Daneben gibt es auch Pläne, diverse Einheiten in die Kurdisch-Autonome Region zu verlegen. Schließlich bietet eventuell auch die NATO, die aktuell 160 Soldaten im Irak hat, Möglichkeiten durch die Ausweitung ihrer Mission einige hundert GIs in den Irak zu bringen.[22]

Zivil-Besatzer

So oder so wird es auch weiterhin eine militärische Präsenz geben, beruhigten Pentagon-Chef Leon Panetta und Generalstabschef Martin Dempsey den Streitkräfteausschuss des US-Senats. Das „Büro für Sicherheitszusammenarbeit“ (Office of Security Cooperation, OSC [23]) das der US-Botschaft in Bagdad untersteht, wird weiterhin einige Hundert Militärs im Einsatz haben, und eine noch größere Zahl von US-amerikanischen Söldnern, die mit den irakischen Sicherheitskräften zusammenarbeiten werden. Ihr Aufgabenbereich wird, soviel wurde schon verraten, weit umfassender sein, als nur die übliche Ausbildung an den Waffensystemen, die der Irak für 8 Milliarden Dollar in den USA eingekauft hat. Sie werden von der Botschaft und zehn Militärstützpunkte aus arbeiten, nicht nur als Ausbilder, sondern auch als Instrukteure auf

„institutioneller Ebene“, d.h. in Armeestäben und Polizeihauptquartieren. Sogar operative militärische Funktionen zählen zu ihrem Aufgabengebiet.[24]
[z.B. wird für die bestellten 140 M1-Abrams-Panzer OSC-Personal auf der Besmaya-Basis östlich von Bagdad stationiert, in der es ein Schießversuchsgelände für Panzer gibt. Irakisches Militär wird die Sicherheit um die Basis garantieren, die angeheuerten privaten Sicherheitskräfte schützen den inneren Bereich.[25]]

Das ist längst nicht alles: Sukzessive wurden seit einem Jahr **Besatzungs-Aufgaben** vom US-Oberkommando im Irak an die **Botschaft** übertragen. Die ohnehin schon riesige Botschaftsfestung, die bereits 21 Hochhauskomplexe umfasst, wird dafür verdoppelt und **bald über 16.000 Zivilangestellte** beherbergen. Einen guten Teil davon wird, wie Panetta vor dem Senat andeutete, die CIA stellen. Daneben wurden auch **noch vier Außenstellen der Botschaft in Basra, Erbil, Mosul und Kirkuk** für 1,5 Mrd. Dollar festungsartig, zu regelrechten Trutzburgen im Feindesland ausgebaut.[26]

Die Zahl der bewaffneten **US-Söldner**, die der Botschaft unterstehen, stieg bereits auf mindestens 5500 und wird wohl noch anwachsen. Auch sie sind überwiegend ehemalige Soldaten, zu deren Ausrüstung u.a. fünfzig gepanzerte Militärfahrzeuge und 24 Blackhawk-Kampfhubschrauber angeschafft wurden.[27] [Unklar ist, was aus den Söldnern wird, die dem Pentagon unterstehen. Ihre Zahl überstieg stets die der regulären Truppen und wurde zur Absicherung des Abzugs sogar noch erhöht. [28]]

Zu den militärischen Funktionen, die nun „zivile“ Besatzungskräfte übernehmen, zählen neben Einsätzen zur Rettung angegriffener US-Amerikaner oder der Sicherung von Konvois auch der Betrieb eines „taktischen Operationszentrums“, das den Einsatz bewaffneter Eingreiftruppen steuern soll.[29]

Dazu könnten auch die US-amerikanischen **Spezialeinheiten** zählen. Von den verdeckt operierenden knapp 5.000 Elitesoldaten war in den Abzugsplänen nie die Rede.[30] Zumindest ein Teil von ihnen wird vermutlich weiterhin geheime Operationen im Land durchführen, darunter auch gezielte Tötungen oder Entführungen von Gegnern. Um verdeckt operieren zu können, benötigen sie Unterstützung von offenen Strukturen im Land. Dies kann jedoch sehr gut die Botschaft übernehmen, wie in den meisten anderen Ländern auch, in denen solche Einheiten im Einsatz sind. Wie die Washington Post erfuhr, ist die Anzahl an Ländern, in denen US-Spezialeinheiten operieren, unter Obama auf 75 angewachsen.[31]

Aus Irakern zusammengesetzte Geheimtruppe der US-Armee

Eng verzahnt mit den im Land operierenden US-Geheimtruppen der Green Berets, Rangers und Navy SEALs sind die irakischen Sondereinheiten, die sie aufgebaut haben. Diese sind wesentlich fester an das US-Militär gebunden als reguläre Truppen, in die die US-Kommandeure wenig Vertrauen haben.

Als schlagkräftigste gelten die von Green Berets aufgestellten gut 4.500 Mann starken Iraq Special Operations Forces (ISOF), die direkt Maliki unterstellt sind und vermutlich immer noch von Green Berets „beraten“ werden. Sie gelten als Traum eines jeden US-Kommandeurs: eine geheime, tödliche, mit modernster US-Waffentechnologie ausgerüstete Spezialbrigade, die auf Jahre hinaus unter US-Kommando operiert und keiner anderen Instanz gegenüber Rechenschaft ablegen muss.

Die Einheiten tragen amerikanisch aussehende Uniformen und modernste US-Waffen und sind letztlich eine aus Irakern zusammengesetzte Geheimtruppe der US-Armee.

Innerhalb der kommenden Jahre soll ihre personelle Stärke noch verdoppelt werden. [32] Sie waren wohl gemeint, als General Dempsey in der erwähnten Senatsanhörung davon sprach, dass das OSC-Personal „*auch Partner der 4.500 Mann starken irakischen Spezialeinheiten sein werde*“ und teilweise aus deren „Counterterrorism Headquarters“ heraus operieren werden. [33]

Die Ankündigung des Abzugs bedeute daher nur, so der demokratische Abgeordnete Dennis Kucinich, einer der wenigen echten Kriegsgegner im Kongress, „*dass wir eine US-Besatzung durch eine andere ersetzen werden*.“ Die Präsenz schwer bewaffneter US-amerikanischer Söldner stelle weiterhin ein Problem dar und werde „*weiterhin Instabilität und Gewalt im Irak und der Region anfachen*“, so Kucinich weiter. „*Wir müssen nun wirklich rausgehen, nicht einfach Uniformen und Personal austauschen*.“[34]

Nachtrag:

Widerstand droht auch gegen zivile Besatzer

Doch auch gegen die „zivilen Besatzer“ regt sich Widerstand. Al Sadr betonte noch einmal nachdrücklich, dass sie weiterhin jegliche Präsenz von US-Amerikaner im Lande, die er immer noch als Besatzung bezeichne, ablehnen, egal wie man sie nennt und egal ob sie auf Basis eines Abkommens mit der Regierung oder ohne. Er würde nur dann US-Ausbilder im Irak akzeptieren, wenn Washington sich bereit erklären würde die Iraker für die durch die Invasion und die Besatzung angerichteten Schäden zu entschädigen. [35]

Aus dem nationalistischen Iraqiya-Block im Parlament kam schon die Forderung, die US-Angestellten, die Wachaufgaben in der Botschaft und anderswo übernehmen, genau zu kontrollieren. [36]

"Außerordentlich gefährlicher Ort"

Neben dem Heer ziviler Besatzungskräfte wird sich Washington auf den zum neuen starken Mann aufgebauten Premier Maliki stützen müssen, der mit US-Hilfe seit 2006 sukzessive Schlüsselstellen in Regierung, Verwaltung, Polizei, Geheimdiensten und Militär mit seinen Leuten besetzte. Bei der Bildung seiner zweiten Regierung hat er auch die Ministerien für Militär, Inneres und Nationale Sicherheit übernommen, d.h. die drei machtpolitisch wichtigsten Ministerien. [37]

Neben Maliki Spezialeinheiten hat der Irak ca. 800.000 bewaffnete Regierungskräfte: Armee 270.000, Polizei, inkl. Sondereinheiten des Innenministeriums 370.000 Grenz-Gebäudeschutz etc. 160.000. Dazu kommen noch die Milizen der Regierungspartien.

Die Kontrolle über den Repressionsapparat wird von Maliki massiv gegen jegliche Art von Opposition genutzt.

Auch Parlamentarier oder Vertreter von Provinzregierungen sind nicht geschützt. Bei Bedarf werden alle zu Baath-Anhängern erklärt und abgeführt, viele gefoltert, nicht wenige auch erschossen.

Auch wenn in Washington Maliki kaum jemand zutraut, das Land wirklich in den Griff zu bekommen, geschweige denn einen funktionierenden Staat zu schaffen, so hofft man, dass er militärisch stark genug ist, sich auch mit der reduzierten US-Unterstützung an der Macht zu halten. Wie realistisch dies ist, wird sich zeigen.

Wie die US-Pläne zeigen, geht man in den USA davon aus, dass das Land auf absehbare Zeit Kriegszone bleiben wird, in dem US-Amerikaner sich nur unter massivem militärischen Schutz bewegen können. Das betrifft natürlich auch – in, je nach Herkunft unterschiedlichem Maße – die ausländischen Konzerne die dabei sind ihre Arbeiten auf den Öl- und Gasfeldern aufzunehmen.

Die Gefahr, dass der Konflikt zwischen den **Kurdenparteien** und dem Gros der übrigen irakischen Kräfte eskaliert, steigt durch den Abzug der US-Truppen massiv. Diese fordern nicht nur weitgehende Unabhängigkeit für die aus den drei überwiegend kurdischsprachigen Provinzen im Norden, die die Kurdisch-Autonome Region (KAR) bilden, sondern versuchen auch noch einen bis zu 100 km breiten angrenzenden Streifen zu annektieren, der u.a. auch das ölreiche Kirkuk umfasst. Hier konnten militärische Auseinandersetzungen zwischen den gut gerüsteten kurdischen Peshmerga-Verbänden und der irakische Armee mehrfach nur verhindert werden, indem US-Truppen dazwischen gingen.

Nach wie vor gibt es einen aktiven militärischen Widerstand, dessen Spielraum sich durch den Abzug erweitern wird, auch wenn die USA am Boden und vor allem aus der Luft weiterhin aktiv sind. Die Unzufriedenheit über die miserable Versorgung und die Unfähigkeit von Regierung und Verwaltung bei der Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen führt immer wieder zu **massiven Protesten**, die im Frühling in manchen Städten schon Aufstandscharakter annahmen. Einige Provinzregierungen haben angekündigt, ihre Provinzen wegen der Unfähigkeit der Zentralregierung nun nach dem Vorbild der kurdischen Provinzen zur autonomen Region zu erklären und ebenfalls weitgehend unabhängig zu verwalten.

„Klar ist, dass die Amerikaner den Irak nicht als stabilen Staat verlassen“, meint daher auch das Magazin Der Spiegel. Die Sicherheitslage sei nach wie vor prekär. Erst im Juli bewertete ein Bericht des US-Generalinspektors für den Wiederaufbau im Irak, Stuart W. Bowen, das Land als „außerordentlich gefährlichen Ort zum Arbeiten“. Die Zahl der Raketenangriffe auf die schwer befestigte Grüne Zone in Bagdad, wo zahlreiche Regierungsgebäude und Botschaften stehen, sei gestiegen, und irakische Regierungsvertreter, Sicherheitskräfte und Richter seien häufig das Ziel von Gewalt. [38]

Sollten in Zukunft auch die „zivilen“ Besatzer in militärische Bedrängnis geraten, so hätte Washington allerdings wieder einen guten Grund, reguläre Streitkräfte zu Hilfe zu schicken, der zumindest zu Hause auf volle Zustimmung stoßen würde.

- [1] siehe Joachim Guillaud, Irak: Magere Beute, Wissenschaft & Frieden 2011-2
- [2] Tom Engelhardt, This Is What Defeat Looks Like, Antiwar.com, 9.11.2011
- [3] Remarks by the President on Ending the War in Iraq, White House, Office of the Press Secre-

- tary, 21.10.2011
- [4] Siehe Irak: Besatzungsende nicht in Sicht, IMI-Analyse 2008/041 - in: AUSDRUCK (Dezember 2008)
- [5] Maliki Takes Hard Line on American Withdrawal, Wall Street Journal, 23.11.2011
- [6] McCain clashes with Panetta over U.S. troop withdrawal from Iraq, CNN, 15.11.2011
- [7] U.S. Troops to Leave Iraq by Year's End, Obama Says, The New York Times, 21.10.11 (deutsche Übersetzung in Luftpost 191/11)
- [8] Troops to Exit Iraq by Year-End -- Move by Obama Brings Nearly Nine-Year War to a Close After Baghdad Refuses Key U.S. Demand, Wall Street Journal, 22.10.2011
- [9] Abzug aus Irak -- Obama beendet den "dummen Krieg", Spiegel, 22.10.2011
- [10] Mitt Romney blasts Obama's decision to withdraw all U.S. troops from Iraq, LA Times, 21.10.2011
- [11] Abzug aus Irak -- Obama beendet den "dummen Krieg", Spiegel, 22.10.2011, Michele Bachmann: U.S. got "kicked out" of Iraq, CBS News, 23.10.2011
- [12] Max Boot, Obama's Tragic Iraq Withdrawal, WSJ, 31.10.2011
- [13] Muktada al-Sadr droht den USA, Der Standard 9.4.2011
- [14] Maliki Takes Hard Line on American Withdrawal, Wall Street Journal, 23.11.2011
- [15] US brigade in Iraq likely heading to Kuwait, Associated Press, 2.11.2011
- [16] US shifts predator drones from Iraq to Turkey: Pentagon, AFP, 15.11.2011
- [17] What "withdrawal" means for an empire, Salon.com 31.10.2011
- [18] U.S. Planning Troop Buildup in Gulf After Exit From Iraq, NYT, 29.10.2011, dt. Luftpost LP 198/11 – 03.11.11
- [19] Troops to Exit Iraq by Year-End, Wall Street Journal, 22.10.2011
- [20] Patrick Martin, Obama announces US troop withdrawal from Iraq, WSWS, 24.10.2011
- [21] Iraq's soldiers not ready to take over security, Niqash, 19.08.2010, Iraq can't defend itself fully before 2020: general, Reuters, 30.10.2011
- [22] NATO Trains Iraqi Officers At Battle Staff Training School, NATO Training Mission-Iraq, 3.11.2011
- [23] OSCs unterstehen dem Botschafter. Auch wenn sie Uniform tragen, gelten die Mitglieder

als Diplomaten. Sie sind auch in anderen Ländern für die militärische Zusammenarbeit mit dem Gastland, für Waffenlieferungen etc. zuständig. Die irakische Version wird jedoch die einzige sein, zu deren Aufgabengebiet operative militärische Funktionen zählen. Siehe Loose Ends: Iraq's Security Forces between U.S. Drawdown and Withdrawal, Internat. Crisis Group, Middle East Report N°99, 26.10.2010

- [24] Iraqi military to get around 700 US trainers: officials, Daily Star, 23.11.2011
- [25] Walter Pincus, U.S. military presence will continue in Iraq, Washington Post, 22.11.2011
- [26] Civilians to Take U.S. Lead as Military Leaves Iraq, NYT, August 18, 2010
- [27] State Dept. planning to field a small army in Iraq, McClatchy Newspapers, 21.7.2010
- [28] In Iraq, U.S. turns to more private contractors, Washington Post, 8.11.2011
- [29] Jeremy Scahill, Iraq Withdrawal? Obama and Clinton Expanding US Paramilitary Force in Iraq, The Nation, 22.7.2010, Spencer Ackerman, U.S. Hiring Mercenary Air Force for Iraq Rescues, WIRED, 14.11.2011
- [30] Last US combat brigade exits Iraq, BBC 19.08.2010
- [31] U.S. 'secret war' expands globally as Special Operations forces take larger role, Washington Post, 4.6.2010
- [32] Shane Bauer, Die schmutzige Brigade von Bagdad, Le Monde diplomatique, 10.7.2009
- [33] Walter Pincus, U.S. military presence will continue in Iraq, Washington Post, 22.11.2011
- [34] Dennis Kucinich, Statement on the Announcement to Bring Our Troops Home from Iraq, 24.10.2011
- [35] Maliki Takes Hard Line on American Withdrawal, Wall Street Journal, 23.11.2011
- [36] Legislature demands counting security contractors protecting US Embassy in Baghdad, Aswat Al Iraq, 14.11.2011
- [37] Maliki verschlankt Regierung, Standard, 30.7.2011
- [38] Abzug aus Irak -- Obama beendet den "dummen Krieg", Spiegel, 22.10.2011

Quelle: <http://jghd.twoday.net/stories/irak-downsizing-der-besatzung>

Ein Jahr nach dem Aufbruch

Aktivistinnen und Aktivisten berichten über die Situation in Ägypten und Tunesien **Rundreise durch Deutschland im März**

Im Dezember 2010 probte die tunesische Stadt Sidi Douzid den Aufstand gegen sozialen Ausschluss und politische Unterdrückung. Damals ahnte niemand, was die Proteste auslösen würden. Inspiriert von der Revolte in Tunesien entwickelte sich in Ägypten eine starke Protestbewegung. Sie gipfelte in dem Sturz des seit 30 Jahren herrschenden Machthabers Mubarak. Die Besetzung des Kairoer Tahrir-Platzes war der Auftakt einer Protestwelle, die viele Länder der arabischen Welt erfasst.

Ein Jahr nach dem Beginn der «Arabellion» berichten Aktivistinnen und Aktivisten aus Ägypten und Tunesien über die Umwälzungen in ihren Ländern.

12.3. Berlin | 13.3. Leipzig | 14.3. München | 15.3. Mannheim | 16.3. Saarbrücken

Mit ELHAM EIDAROUS AL KASSIR (Menschenrechtsaktivistin) und MASSOUD ROMDHANI (Vizepräsident der tunesischen Liga für Menschenrechte)

19.3. Frankfurt am Main | 20.3. Mainz | 21.3. Fulda | 22.3. Paderborn | 23.3. Hamburg | 24.3. Jena

Mit AKRAM ISMAIL (Alliance of Progressive Youth of the Revolution) und MERIEM ZGHIDI (Tunisian Association of Democratic Women, angefragt)

*In Kooperation von Rosa-Luxemburg-Stiftung und Attac
Gefördert von Katholischer Fonds und Evangelischer
Entwicklungsdienst e.V. (eed)*

Eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten

Während die Kriegstrommeln gegen Iran wieder erklingen und die revolutionären Prozesse in der arabischen Welt einem mühsamen Weg folgen, bleibt die Frage nach einer nachhaltigen Perspektive für eine konfliktträchtige Region unbeantwortet. Letzten Endes ist das Fehlen sowohl von Sicherheit als auch von Zusammenarbeit eine andauernde Malaise, die die Region plagt.

Zivilgesellschaftliche Bemühungen für gemeinsame Sicherheit und regionale Zusammenarbeit

Vor einigen Jahren wurde eine zivilgesellschaftliche Initiative für eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO) (1) federführend durch den Friedens- und Konfliktforscher Prof. Dr. Mohssen Massarrat (2) in Zusammenarbeit mit den deutschen Sektionen der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) und den Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA) (3) ins Leben gerufen. Nach Jahrzehnten gewaltsamer Konflikte in der Region beschlossen die Initiatoren nicht mehr länger zu warten, sondern zivilgesellschaftliche Akteure aller betroffener Länder zu versammeln, um eine Perspektive für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit zu fördern – etwas, das die staatlichen Akteure sträflich vernachlässigt hatten. Eines ihrer Kernziele ist die Einrichtung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Mittleren und Nahen Osten.

Nach einem ersten Workshop im Januar 2011 in Deutschland, fand ein zweiter Ende Oktober 2011 an der School of Oriental and African Studies (SOAS) der Universität London in Kooperation mit dem dort ansässigen Centre for International Studies and Diplomacy (CISD) statt. Das Treffen war mit einer jährlichen CISD-Konferenz zu einem ähnlichen Thema verknüpft: die 6. SOAS/British Pugwash London Conference on a Middle East Weapons of Mass Destruction Free Zone. Bisher wurden zivilgesellschaftliche Kräfte aus fast jedem Land der Region zusammengebracht. Verbunden durch den Wunsch, den Teufelskreis der regionalen Militarisierung zu durchbrechen, wollen sie eine Vision für gemeinsame Sicherheit und regionale Zusammenarbeit anbieten. Zusätzlich zur Sicherheitspolitik umfasst der KSZMNO-Prozess einige weitere Bereiche für Zusammenarbeit, unter anderem die Bereiche sozio-ökonomische Entwicklung,

interreligiöser und -kultureller Dialog sowie Gesundheit. Es besteht die Hoffnung, dass die nächste Konferenz in der Region selbst stattfinden wird. All das geschieht mit dem Ziel, in naher Zukunft eine Gründungskonferenz für den zivilgesellschaftlichen KSZMNO-Prozess abzuhalten.

Für 2012 (vielleicht realistischer für 2013) ist die erste Konferenz der Vereinten Nationen über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren und Nahen Finnland als Gastgeber (4) sollen dort konkrete Schritte zur Umsetzung dieses Ziels definiert und zivilgesellschaftliche Gruppen einbezogen werden.

Der „Arabische Frühling“: Die Notwendigkeit einer wahrhaftigen regionalen Sicherheitsarchitektur

Ein wichtiges Thema des letzten Workshops in London war der „Arabische Frühling“, der demonstriert hat, dass die zuvor nur abschätzig beiseitegeschobene „arabische Straße“ nicht ein passives Objekt autoritärer Herrschaft ist, sondern dass Gesellschaften offensiv für ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen kämpfen und letztlich Wandel bringen können. Diese Entwicklung hat die Initiative für eine KSZMNO ermutigt, indem sie gezeigt hat, dass zivilgesellschaftlicher Druck konkrete Ergebnisse erwirken kann. Es gilt zu unterstreichen, dass, falls wir den revolutionären Prozess in der arabischen Welt als motiviert durch eine Triade von weitverbreiteten Forderungen – namentlich das Streben nach sozio-ökonomischer Gerechtigkeit, politischer Freiheiten und Unabhängigkeit – verstehen, dann ist die Frage nach Sicherheit, besonders für jene Länder, die zu stark von nicht-regionalen Mächten abhängen, eng mit dem letztgenannten Forderung nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung verknüpft.

Der israelisch-iranischer Konflikt: Eine Zone frei von Massenvernichtungswaffen als einzig nachhaltige Lösung

Jenseits der den arabischen Aufständen impliziten Forderungen nach Sicherheit und Koexistenz, gibt es eine weitere Angelegenheit, die uns dazu drängt, über neue Wege und Lösungen nachzudenken. Das scheinbar unendliche Spektakel um den sog. iranischen Atomkonflikt, das sich häufiger gen Krieg als hin zu einer friedlichen Lösung zuneigt, hat erneut erregte Debatten ausgelöst. Während die meisten politischen Debatten unablässig zwischen Pest (Krieg) und Cholera (Sanktionen) hin-

und her schwanken, ist es klar, dass beide Optionen Bedenken in Bezug auf nukleare Proliferation und dem Wohlergehen der iranischen Zivilgesellschaft nicht beseitigen können. Der einzig sinnvolle Weg nach vorn wäre der, jene scheinbare Politik-Alternative, die sich als kontraproduktiv erwiesen hat und den Konflikt nur an den Rand eines Krieges bringen wird, aufzugeben und sich anstelle dessen um regionale Abrüstung und letztendlich eine massenvernichtungswaffenfreie Zone zu bemühen. Um einen aus der Auseinandersetzung um nukleare Monopole und Abschreckung resultierenden Zusammenstoß zu verhindern, stellt die Einrichtung einer solchen Zone wohl die einzige wirkliche Lösung dar. Daher gibt es auch den Wunsch, sowohl Israel als auch Iran auf der oben erwähnten UN-Konferenz an den Verhandlungstisch zu führen.

Während es nur wenig Zweifel daran geben kann, dass Zivilgesellschaften in der ganzen Region der Aussicht auf gemeinsame Sicherheit und regionale Zusammenarbeit bedürfen, kann es ebenso kaum Zweifel daran geben, dass die bisher in Bezug auf die Region bevorzugte Politik sich bestenfalls als nicht erfolgreich herausgestellt hat. Nur durch eine umfassende Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO) kann der Verkettung von vielfältigen Konflikten in der Region auf nachhaltige Weise begegnet werden. Hier wird das andauernde und zunehmende Beharren verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteure unersetzbar sein, um Entscheidungsträger dazu zu ermutigen, den Weg für nachhaltigen Frieden und Sicherheit in der Region zu bereiten.

1. <http://www.ippnw.de/frieden/konfliktregionen/cscme-kszmno.html>
2. <http://mohssenmassarrat.weebly.com/>
3. <http://ialana.de/>
4. <http://ipsnews.net/news.asp?idnews=105531>

Ali Fathollah-Nejad ist ein ausgebildeter Politologe. <http://fathollahnejad.com/index.php/2011/06/obama-iran/>

S. auch SiG 93 **Offener Brief zum neuen IAEO-Bericht zu Iran von Mohssen Massarrat und Bahman Nirumand an die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Deutschland**
<http://sandimgetriebe.attac.at/9857.html>

Pepe Escobar

Das Ölembargo gegen den Iran wird EUROPA teuer zu stehen kommen



Hätte die bemitleidenswerte Truppe europäischer Trottel (poodles) - oder wie es der Analyst Chris Floyd so köstlich ausgedrückt - der Euro-Schnösel (Europuppies) -, irgendetwas bezüglich der persischen Kultur verstanden, hätte sie gewusst, dass die Antwort auf die Erklärung des Wirtschaftskrieges gegen den Iran in Form eines Öl-embargos auf schweres Geschütz treffen würde – oder deutlicher: auf ein tödliches. Laut Emad Hosseini, Berichterstatter des Energieausschusses des iranischen Parlaments, wird dieses am kommenden Sonntag (29.01.2012) in öffentlicher Sitzung diskutieren, ob der Iran seinerseits sofort jeglichen Ölexport in diejenigen europäischen Länder einstellt, die dem Embargo zugestimmt haben. Weiter vermeldet die Nachrichtenagentur „Fars“ eine unheilvolle Warnung des Parlamentsabgeordneten Nasser Soudani: „Europa wird im Feuer der iranischen Ölquellen verbrennen.“ Soudani drückt die Sicht der gesamten Teheraner Establishments aus, wenn er darauf hinweist, dass „die technische Struktur der europäischen Ölraffinerien auf das iranische Öl abgestimmt ist“ und die Europäer dafür keinen Ersatz haben. Das Embargo „wird die Ölpreise hochtreiben“, d.h. „die Europäer werden gezwungen sein, iranisches Öl indirekt über Zwischenhändler zu kaufen.“

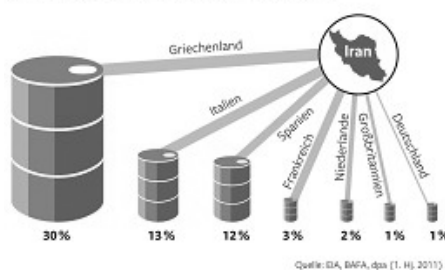
Das EU-Sanktions-Paket verfügt, dass alle bestehenden Lieferverträge zum 1. Juli 2012 gekappt werden und keine neuen Verträge erlaubt sind. Man stelle sich vor, das o.a. präventive iranische Gesetz wird in den nächsten Tagen verabschiedet, dann würde den von einer schweren Krise gebeutelten Club-Med-Staaten wie Spanien, insbesondere aber Italien und Griechenland der Todesstoß versetzt, weil diesen Ländern nicht die Zeit verbleibt mögliche Alternativen zu dem leichten, schwefelarmen, hochqualitativen iranischen Erdöl zu finden. Ungeachtet der „öligem“ Geschichten, die in den Mainstream-Medien des Westens feilgeboten werden, verfügt Saudi-Arabien nicht über die notwendige Reserve-

Förderkapazität; und, was am wichtigsten ist, die absolute **Priorität des Hauses Saud** sind **hohe Ölpreise**, um die eigene Bevölkerung – abgesehen von Repressionsmaßnahmen – mit Geld dazu zu bringen, die „schädlichen“ Ideen des Arabischen Frühlings zu vergessen.

Ja, die nahe am Abgrund sich bewegenden europäischen Volkswirtschaften wären gezwungen, weiterhin iranisches Öl zu kaufen, nun allerdings von den hierbei besonders profitierenden Zwischenhändlern.

Es überrascht nicht, dass die Europäer selbst – verloren in diesen **Kalte-Kriegs-Taktiken**, die geschichtlich überholt in einem offenen Weltmarkt angewandt werden – in diesem Fall den Kürzeren ziehen. Griechenland bezog bisher zu sehr vorteilhaften Konditionen (weit unter Weltmarktpreisniveau) Öl vom Iran. Das Öl-Embargo wird in Griechenland, das am Rande des Kollapses steht, einen Ausfall der Staatsanleihen provozieren und im Weiteren – möglicherweise – eine katastrophale Abwärtsspirale in der Eurozone in Gang setzen (Irland, Portugal, Spanien und darüberhinaus).

Anteil iranischen Öls am Gesamtverbrauch



Quelle: CIA, BNA, dpa (1. Hj. 2011)

Die Welt bräuchte schon einen „digitalen Herodot“ (Geschichtsschreiber, Volkskundler in der Antike) um herauszufinden, was **diese europäischen Deppen (poodles), die von sich beanspruchen, die „Zivilisation“ zu repräsentieren**, veranlasste, quasi auf einen Streich gleichzeitig **Griechenland** – selbst die Wiege der westlichen Zivilisation – und **Persien**, eine der am höchsten entwickelten Zivilisationen in der Geschichte, schwer zu schädigen. Die Geschichte als Farce wiederholend sieht es so aus, als ob die Griechen und Perser auf einer Thermopylae (schnelles britisches Segelschiff für die Langstrecke) festgebunden wären, einen heftigen Angriff der NATO-Landstreitkräfte gewärtigend.

Sehen wir uns vergleichend die Reaktionen im eurasischen Raum an. Sergej Lavrov, **russischer** Außenminister, meinte, „unilaterale Sanktionen helfen hier nicht weiter.“ Der **chinesische** Außenminister formulierte

äußerst zurückhaltend, aber unmissverständlich: „Blinden Druck auszuüben und Sanktionen gegenüber dem Iran zu verhängen ist wenig konstruktiv.“

Ahmet Davutoglu, Außenminister der **Türkei**, wies darauf hin: „Wir haben gute Beziehungen mit dem Iran und unternehmen enorme Anstrengungen, um die Gespräche mit den 5+1-Mediatoren-Gruppe (Die Iran-Sechser-Runde = die Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats plus Deutschland) wiederzubeleben. Die Türkei wird sich für eine friedliche Lösung in dieser Angelegenheit einsetzen.“

Das BRICS-Mitglied **Indien** lehnt wie Russland und China Sanktionen ab. Indien wird weiter iranisches Öl kaufen und in eigener Landeswährung (Rupie) oder mit Gold bezahlen. Südkorea und Japan werden gegenüber der Obama-Administration auf Ausnahmeregelungen drängen.

In ganz **Eurasien** löst sich der Handel rasch vom US-Dollar. Die asiatische „Dollar-Ausschluss-Zone“ führt notwendigerweise zur **langsamen Abkopplung dieses Großwirtschaftsraums vom westlichen Bankensystem**.

Die Bewegung mag zur Zeit noch von China angeführt werden, sie ist aber unumkehrbar transnational. Schauen wir uns die Geldströme an: Die BRICS-Mitglieder China und Brasilien begannen in 2007, ihren Handel ohne US-Dollar abzuwickeln. Die BRICS-Mitglieder Russland und China folgten in 2010. Und im Dezember 2011 vereinbarten die beiden wirtschaftlichen Schwergewichte Asiens, Japan und China, ihre gegenseitigen **Handelsgeschäfte ohne Dollar** abzuwickeln.

Erst letzte Woche gaben China und Saudi-Arabien bekannt, eine riesige Öl-Raffinerie am Roten Meer hochzuziehen. Und Indien entschied sich – mehr oder weniger im Geheimen – Öleinfuhren aus dem Iran mit Gold zu bezahlen und damit den jetzigen Mittelsmann, eine türkische Bank, zu umgehen.

Asien fordert eine neue internationale Ordnung und arbeitet daran. Die unausweichliche Konsequenz auf längere Sicht ist, dass der USD – und damit der Petro-Dollar – im internationalen Handel seine Bedeutung verliert. Das „Too Big to Fail“ mag sich letztlich nicht als „kategorischer Imperativ“, sondern als Grabinschrift erweisen.

[/http://atimes.com/atimes/Middle_East/NA28Ak05.html](http://atimes.com/atimes/Middle_East/NA28Ak05.html), Übersetzung: Martin Zeis

Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW (

Gewalt in Syrien stoppen - Krieg verhindern!

5.2.2012

Seit Wochen mehren sich die Berichte über eine Eskalation der Gewalt in Syrien. Laut UNO haben dort bereits mehrere tausend Menschen ihr Leben verloren. Und internationalen Medien zufolge werden immer mehr Pläne für eine westliche Militärintervention geschmiedet.

Gestern hat nun die jemenitische Friedensnobelpreisträgerin Tawakkul Karman auf der Münchner Sicherheitskonferenz zu Recht gefordert, internationale Maßnahmen zu ergreifen, um die Menschen in Syrien vor der eskalierenden Gewalt zu schützen. Bei ihrer Sicht auf die Dinge übersieht sie aber, dass Russland und China solche Maßnahmen keineswegs ablehnen. Vielmehr hatte Russland erklärt, es würde der UN-Resolution zu Syrien zustimmen, wenn sie eine Militärintervention von außen ausschließt und nicht nur von der syrischen Regierung, sondern auch von der Opposition Gewaltverzicht fordere. Anders als in den hiesigen Medien dargestellt sind daher für das gestrige Scheitern der Resolution im Weltsicherheitsrat keineswegs nur Russland und China verantwortlich, sondern in hohem Maße der Westen, der seit Wochen einen konsequent friedensorientierten Resolutionswortlaut ablehnt.

Als Mitglieder der internationalen Ärzteorganisation IPPNW (ebenfalls Trägerin des Friedensnobelpreises) sind wir zu tiefst besorgt über die immer größere Zahl von Opfern der Gewalt im Lande, darunter eine große Zahl von primär Unbeteiligten. Auch zahlreiche Ärztinnen und Ärzte sowie andere an der Versorgung der vielen Verletzten Beteiligten sind betroffen. Als deutsche Sektion der IPPNW warnen wir aber auch vor einer noch darüber hinaus gehenden Gefahr: Eine westliche Militärintervention kann eine Dynamik in Gang setzen, die weitere

Länder wie den Iran erfasst, und schließlich zu einem Flächenbrand der gesamten Region führen – die mit Europa direkt benachbart ist. Wenn die NATO darin verwickelt ist, kann dies letztlich sogar in eine offene Konfrontation zwischen den atombewaffneten Großmächten münden.

Denn es mehren sich die Hinweise, dass die inner-syrischen Konflikte wie der Kampf um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zunehmend von externen Akteuren für eigene Machtinteressen benutzt und hierzu geschürt werden: Offenbar wird nicht nur die syrische Regierung von Russland mit Waffen unterstützt. Sondern die Aufständischen erhalten große Geldbeträge aus mit dem Westen verbündeten Golfstaaten und Waffen über die türkische NATO-Basis Incirlik. Sowie Unterstützung von Söldnern aus dem Ausland, etwa aus Libyen.

Viele Menschen in Syrien und insbesondere friedliche Teile der Opposition beklagen, dass so die gewaltfreien Perspektiven der seit Jahren fortschreitenden Reformbewegung zerstört werden. Mit der Konsequenz eines immer größeren Blutbades zwischen den Bürgerkriegsparteien und immer mehr auch zivilen Opfern.

Wer meint, es sei legitim, durch Schürung der inner-syrischen Konflikte einen pro-westlichen "Regime Change" in Damaskus herbeizuführen, um einen Krieg gegen den Iran leichter führbar zu machen und zugleich Russland seiner Marinebasis am Mittelmeer zu berauben, muss sich den Vorwurf der Vorbereitung eines Stellvertreterkrieges und damit eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit gefallen lassen.

Als Mitglieder der ärztlichen Friedensorganisation IPPNW appellieren wir daher:

- an die NATO und insbesondere an die deutsche Bundesregierung:
Sorgen Sie umgehend für die Unterbindung des heimlichen Transfers westlicher Waffen nach Syrien! Erteilen Sie allen Plänen für eine westliche Militärintervention in Syrien eine klare Absage! Auch Embargos sind keine Lösung. Suchen Sie stattdessen die Verständigung mit allen Beteiligten und gehen Sie hierzu insbesondere auch auf Russland zu!

- an die russische Regierung:
Bringen Sie jetzt umgehend Ihrerseits einen Resolutionsentwurf in den Weltsicherheitsrat ein, der konsequent friedensorientiert ist. Dies schließt ein, nicht nur die weitere Bewaffnung der syrischen Opposition abzulehnen, sondern auch die der syrischen Regierung. Und erfordert verstärkte Anstrengungen für die Schaffung friedlicher Alternativen wie internationale Gespräche mit allen Konflikt- und Interessenparteien!

- an die Arabische Liga:
Nehmen Sie Ihre Beobachtermission wieder auf. Und stärken sie deren Erfolgsaussichten durch einen Appell an Ihre Mitgliedsländer: Ebenso wie die Großmächte mögen sie umgehend alle Aktivitäten unterbinden, die die Gewalt in Syrien schüren, und stattdessen alle denkbaren Ansätze für eine friedliche Lösung fördern!

- an die syrische Regierung und Opposition:
Rücken Sie von unerfüllbaren Maximalforderungen ab und akzeptieren Sie Verhandlungen. Verhindern Sie so, dass Ihr Land im Blutbad eines von äußeren Interessen angeheizten Stellvertreterkrieges versinkt! Beenden Sie die Zerstörung der zivilen Infrastruktur Ihres Landes und beenden Sie alle Angriffe auf Krankenhäuser, Ärzte und anderes medizinisches Personal!

**Ärzte kämpfen für Frieden. Denn Krieg zerstört Leben und Gesundheit.
Und Krieg zerstört Menschenrechte. Krieg schafft keinen Frieden.**

Den Appell an die syrische Regierung und die bewaffnete Opposition sowie an die internationalen Unterstützer beider Seiten „Gewalt in Syrien stoppen – Krieg verhindern!“ finden Sie unter <http://www.ippnw.de/aktiv-werden/kampagnen/syrien-aufruf.html> (er kann auf der IPPNW-Homepage online unterzeichnet werden.)

Kein Frieden mit der NATO –Kein Frieden mit dem Kriegsgeschäft!

www.sicherheitskonferenz.de

<http://www.imi-online.de/2012/02/02/munchner-sicherheitskonferenz-ischinger-deutsches-europa/>

<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/Welcome.html>

Kriegsvorbereitungen stoppen! Embargos beenden! Solidarität mit den Völkern Irans und Syriens!

Zehntausende Tote, eine traumatisierte Bevölkerung, eine weitgehend zerstörte Infrastruktur und ein zerfallener Staat: Das ist das Ergebnis des Krieges, den USA und Nato geführt haben, um den Reichtum Libyens plündern und das Land wieder kolonialisieren zu können. Jetzt bereiten sie offen den Krieg gegen die strategisch wichtigen bzw. rohstoffreichen Länder Syrien und Iran vor, die eine eigenständige Politik verfolgen und sich ihrem Diktat nicht unterordnen. Ein Angriff der Nato auf Syrien oder Iran kann zur direkten Konfrontation mit Russland und China führen – mit unvorstellbaren Konsequenzen. Mit ständigen Kriegsdrohungen, dem Aufmarsch militärischer Kräfte an den Grenzen zu Iran und Syrien sowie mit Sabotage- und Terroraktionen von eingeschleusten „Spezialeinheiten“ halten die USA gemeinsam mit weiteren Nato-Staaten und Israel die beiden Länder in einem Ausnahmezustand, der sie zermürben soll.

Zynisch und menschenverachtend versuchen USA und EU, mit Embargos ihren Außenhandel und Zahlungsverkehr planmäßig lahm zu legen. Die Wirtschaft des Iran und Syriens soll bewusst in eine tiefe Krise gestürzt, ihre Arbeitslosenzahlen erhöht und die Versorgungslage ihrer Bevölkerung drastisch verschlechtert werden. Die inneren sozialen Konflikte sollen ethnisiert und zugespitzt, ein Bürgerkrieg entfacht werden, um einen Vorwand für die längst geplante militärische Intervention zu schaffen.

An diesem Embargo gegen Iran und Syrien beteiligt sich auch ganz maßgeblich die deutsche Bundesregierung.

Wir rufen alle Bürger, die Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, die Friedensbewegung auf, dieser Kriegspolitik konsequent entgegenzutreten.

Wir fordern, dass die Bundesregierung die Embargo-Maßnahmen gegen den Iran und Syrien bedingungslos und sofort aufhebt;

klarstellt, dass sie sich an einem Krieg gegen diese Staaten in keiner Weise beteiligen und die Nutzung deutscher Einrichtungen für eine Aggression durch USA und Nato nicht gestatten wird;

sich auf internationaler Ebene für die Beendigung der Politik der Erpressung und Kriegsdrohung gegen den Iran und Syrien einsetzt.

Das iranische und syrische Volk haben das Recht, über die Gestaltung ihrer politischen und gesellschaftlichen Ordnung allein und souverän zu entscheiden. Die Erhaltung des Friedens verlangt es, dass das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten konsequent eingehalten wird.

<http://www.freundschaft-mit-valjevo.de/wordpress/?p=402#more-402>

IPPNW: Debatte um Syrien-Aufruf: Medien müssen über westliche Doppelmoral aufklären

17.01.2012

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW kritisiert die öffentliche Debatte um den Aufruf gegen Kriegsvorbereitungen und Embargo Syriens und des Irans als Medienkampagne gegen Teile der Friedensbewegung. „Keiner der Unterzeichner des Aufrufs verteidigt die brutale Gewalt des syrischen Präsidenten gegen sein eigenes Volk. Ziel des Aufrufs ist allein, vor der drohenden Kriegsgefahr für die Bürger im Syrien und im Iran durch eine Eskalation der Konflikte aufgrund der Embargopolitik und permanenter Kriegsdrohungen zu warnen“, erklärt der IPPNW-Vorsitzende Matthias Jochheim.

Kriegerische Interventionen sind kein Mittel zur Verteidigung der Menschenrechte. Ihre Opfer sind im Gegenteil in der Mehrzahl Zivilisten, deren Leben zu verteidigen, nur vorgeblich Ziel dieser Interventionen ist. Der Krieg gegen Libyen hatte nach Angaben der Rebellen etwa 50.000 Tote, zahllose Verletzte und Vertriebene sowie eine große Zerstörung von Infrastruktur zur Folge.

Verhaftungen und Verhöre ohne Prozess und Rechtssicherheiten und unter Folter sind ebenso zu verurteilen, wenn sie sich im Iran, Syrien oder in Guantanamo ereignen. Auch die „gezielte Tötung“ von Wissenschaftlern und Politikern ist mit dem Völkerrecht unvereinbar. Die Androhung von

Gewalt gemäß Artikel 2 (4) der UN-Charta ist genauso verboten wie die Anwendung von Gewalt. Auf diese Doppelmoral der westlichen Staatengemeinschaft im Umgang mit ungeliebten Regimen weist die Friedensbewegung hin. Große Teile der Medien kommen dieser Aufgabe nur unzureichend nach.

Siehe auch: **Erklärung von IPPNW-Beirat Prof. Dr. Norman Paech zum Leitartikel „Syrien und den Linken Damals wie heute“ von Christian Bommarius**, Frankfurter Rundschau und Berliner Zeitung vom 14. Januar 2012: <http://www.nachdenkseiten.de/wp-print.php?p=11918>

Weitere Artikel über Syrien

Jens Berger: Syrien und die Scheinheiligkeit des Westens (mit Hinweis auf den Bericht der Arabischen Liga)

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=12174#more-12174>

Vertrauen in AlJazeera und die Facebook-Clips? Dazu Cockburn <http://www.independent.co.uk/opinion/commentators/patrick-cockburn-whose-hands-are-behind-those-dramatic-youtube-pictures-6289808.html>

Wohin treibt Syrien? Interview von Karin Leukefeld http://www.youtube.com/watch?v=vrAxWMLowW0&feature=player_embedded#

K. Leukefeld: Gespräch mit Louay Hussein über die Opposition in Damaskus und im Ausland, die Beobachtermission der Arabischen Liga und die drohende Internationalisierung des Konflikts (Louay Hussein ist Mitbegründer der Organisation »Den syrischen Staat aufbauen«, einer im Oktober 2011 entstandenen Basisgruppe) <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Syrien/schlachtfeld.html>

Todenhöfer: Ausländische Kräfte unterstützen den Aufstand

<http://www.welt.de/politik/ausland/article13829324/Auslaendische-Kraefte-unterstuetzen-den-Aufstand.html>

Thomas Wagner: Die Scharfmacher. Syrische Exilpolitiker drängen auf „humanitäre Intervention“

<http://www.hintergrund.de/201202101922/politik/welt/die-scharfmacher-syrische-exilpolitiker-draengen-auf-humanitaere-intervention.html>

Joachim Guilliard: Zur verlogenen Empörung über Veto gegen Syrien-Resolution

<http://jghd.twoday.net/stories/zur-verlogenen-empoerung-ueber-veto-gegen-syrien-resolution/>

Joachim Guilliard: "Revolutionspatenschaften" für Syrien - fragwürdige Solidarität unterstützt einseitige Meinungsmache

<http://jghd.twoday.net/stories/revolutionspatenschaften/>

Occupy Berlin: **Schluss mit den Kriegsvorbereitungen gegen den Iran und gegen Syrien!**

6. Dezember 2011

Ausgehend von Tunesien und Ägypten und sich ausdehnend über Spanien, Griechenland und andere europäische Länder bis in die USA sind 2011 Protestbewegungen entstanden, die auf einen tiefgreifenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systemwechsel hinarbeiten.

Wir sind weltweit vernetzte Menschen, die sich durch die internationalen Ereignisse inspiriert und motiviert fühlen, sich zusammenzuschließen, um politisch aktiv zu sein. **Unsere Hauptziele sind 'echte Demokratie' – also echte Mitbestimmung – und damit auch soziale Gerechtigkeit und weltweiter Frieden!**

Dies beinhaltet die Auflösung international operierender, privater Banken, die Entmachtung von global agierenden Großkonzernen sowie der Militärindustrie, deren Einflussnahmen im bestehenden System weitestgehend die politischen Entscheidungen bestimmen.

Eine ungebremsste neoliberale Wirtschaftspolitik, die Überschuldung der öffentlichen Haushalte, aber auch vieler Privatpersonen, sowie massive Kürzungen im Sozialwesen haben zu einer immer größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich geführt. Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und massenhafte Armut sind die Konsequenzen dieser Politik.

Außenpolitisch sind wir Zeugen kontinuierlich eskalierender militärischer Konflikte und Interventionen im Namen der "westlichen Demokratie", während wir innenpolitisch mit einer allumfassenden Überwachung aller Lebensbereiche und zunehmender Polizeigewalt konfrontiert sind. Politische Entscheidungsprozesse werden immer intransparenter und entziehen sich demokratischer Kontrolle.

Die Lage ist ernst. Deshalb rufen wir auf: Schließt euch uns an!

In weltweit über 1000 Städten sind in diesem Jahr Protestbewegungen und Camps entstanden – gegen die bestehende Herrschaftsordnung und für einen echten Wandel.

**Wir fordern Veränderung!
Wir sind die Veränderung!**

Doch diese weltweiten friedlichen Bestrebungen werden zunehmend durch Kriegstreiberei gefährdet:

Es ist ein altbewährtes Mittel von inneren Schwierigkeiten durch geschürte Konflikte abzulenken.

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um das mutmaßliche iranische Atomwaffenprogramm werden Drohungen eines möglichen militärischen Angriffes gegen den **Iran** vor allem in den US-Medien und in Europa immer offener ausgesprochen. Dies gilt insbesondere für die republikanischen Anwärter der US-Präsidentenwahl 2012.

Die Sanktionen der britischen Regierung gegen den Iran und der Abzug des britischen Botschafters aus Teheran sind weitere Indizien dafür, dass an einer diplomatischen Lösung des Konfliktes immer weniger Interesse besteht. Auch gilt es zu beachten, dass Russland und China sehr enge Handelsbeziehungen zum Iran unterhalten und diese Machtblöcke offen signalisieren, bei zunehmender Eskalation in den Konflikt einzugreifen.

Zeitgleich werden gegen **Syrien** wirtschaftliche Sanktionen verschärft und die Bewaffnung von rebellierenden Kräften unterstützt. Auch hier gibt es schwer wiegende Interessenskonflikte mit Russland und China.

Darüber hinaus arbeitet inzwischen auch der **libysche "Übergangsrat"** – eine von westlichen Regierungen unterstützte Verwaltungsinstanz – mit bewaffneten Gruppierungen in Syrien zusammen. Immer deutlicher wird, dass in Syrien, wie schon zuvor in Libyen, bewaffnete Regimegegner massiv aus dem Ausland unterstützt werden.

Wir unterstützen ausdrücklich unsere Brüder und Schwestern der friedlichen Protestbewegungen im Nahen Osten und verurteilen daher die Bestrebungen westlicher Regierungen, die dortigen Prozesse des sozialen Wandels zu stören, um anschließend eine Legitimation für das eigene militärische Eingreifen zu haben.

Ziel der NATO ist es offensichtlich, nach der Besetzung Afghanistans, des Iraks und Libyens nun auch im Iran und in Syrien einen gewaltsamen Regimewechsel voranzutreiben. Internationale Bemühungen um eine friedliche Lösung am Verhandlungstisch werden schon im Keim erstickt. Aus dieser Politik resultieren bereits heute zahllose Kriegsoffer in Afghanistan, Irak und Libyen sowie eine maßlose Zerstörung der Infrastruktur und Ökosysteme dieser Länder.

Vom anschließenden Wiederaufbau und der Neuverteilung der Ressourcen profitieren vorwiegend westliche Großkonzerne – während die Kosten für Waffen, Militärbasen und Kriegsführung von den Steuergel-

dern der Bürger in den NATO-Mitgliedsländern getragen werden. Dies trägt zur weiteren gigantischen Überschuldung der Staatshaushalte bei.

Führende Mitglieder der Regierungskoalition in Berlin haben in den vergangenen Tagen und Wochen mehrfach ihre Unterstützung für ein militärisches Eingreifen gegen den Iran im Zusammenhang mit dessen mutmaßlichem Atomwaffenprogramm signalisiert. Zusätzlich werden in den etablierten Massenmedien immer wieder Stimmen laut, die mit der "militärischen Option" sympathisieren.

Die Charta der Vereinten Nationen verbietet allerdings die Anwendung und die Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen.

Die beiden einzigen Ausnahmen vom Gewaltverbot sind das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung nach Artikel 51 und friedens erzwingende Maßnahmen nach Kapitel VII der Charta.

Artikel 25 des Grundgesetzes bestimmt, dass die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts sind, den Gesetzen vorangehen und Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes erzeugen.

Wir sagen: Schluss mit den Kriegsvorbereitungen gegen den Iran und Syrien! Schluss mit den Kriegen weltweit!

Wir verlangen sofortige deeskalierende Maßnahmen, um diese Konflikte zu entschärfen!

Wir achten dabei sehr genau darauf, was wirklich der Deeskalation dient und hinter welchen Aktionen und Worten verborgene Provokationen und Eskalationsabsichten stecken!

Gegen alle weiteren Eskalationsschritte von Seiten "unserer" Regierungen und "unserer" Konzernmedien bzw. öffentlich-rechtlichen Anstalten kündigen wir unseren entschlossenen Widerstand an.

**Wir sind viele.
Wir sind die 99%.
Erwartet uns!**

<https://www.alex11.org/2011/12/occupy-erklarung-gegen-krieg-1>
<http://occupyberlin.de>

Bundesausschuss Friedensratschlag

Hände weg von Iran und Syrien

Den wirtschaftlich und politisch Herrschenden müssen Kriege wie in Afghanistan, Irak und Libyen unmöglich gemacht werden. **Militärischen Interventionen gegen Syrien und Iran widersetzen wir uns.**

Im Konflikt gegen Syrien und Iran geht es nicht um Menschenrechte und Atompolitik, sondern um die Vorherrschaft in einer der geostrategisch bedeutendsten Regionen.

Die USA, die EU und die Bundesregierung haben die Drohkulisse gegenüber dem **syrischen Regime** ständig erhöht. Einseitige Berichterstattung und militärische Unterstützung bewaffneter oppositioneller Gruppen durch einige NATO-Staaten haben zu einer gefährlichen Eskalation beigetragen.

Hier gilt, was die Friedensbewegung schon im Fall von Libyen gefordert hatte: Die Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung eines Landes ist ausschließlich Angelegenheit seiner Bevölkerung. Sich mit ihr zu solidarisieren heißt vor allem, die Gewaltspirale zu beenden und sich jeglicher Intervention von außen zu widersetzen. Die **Überwindung autoritärer Herrschaftsstruk-**

turen und Ausbeutung ist nur in Abwesenheit äußerer Einmischung möglich. Äußere Einmischung – auch wenn sie sich noch so „humanitär“ gibt – ist stets von fremden Interessen geleitet und widerspricht dem völkerrechtlichen Prinzip der Selbstbestimmung und der Souveränität der Staaten. Libyen darf nicht zum Modell für weitere NATO-Interventionen werden.

Ein Angriff auf Syrien könnte zudem leicht zum Flächenbrand werden.

Seit Monaten wird in Israel und den USA offen über einen militärischen Angriff auf den **Iran** diskutiert. Allein schon eine solche Diskussion zeugt von der völligen Missachtung des strikten Gewaltverbots, das die Charta der Vereinten Nationen allen Staaten der Welt auferlegt hat.

Dabei enthält der im November 2011 veröffentlichte Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) keine belastbaren Belege für ein aktuelles iranisches Atomwaffenprogramm.

Zum iranischen Kernenergieprogramm ist grundsätzlich festzustellen: Teheran nimmt nur das allen Staaten im Atomwaffensperrvertrag garantierte Recht für sich in Anspruch, den kompletten Kreislauf der Atomenergieproduktion nutzen

zu können.

Das muss uns nicht gefallen – zumal wir spätestens seit Fukushima wissen, dass auch die zivile Nutzung der Kernkraft lebensbedrohend und letztlich eben nicht beherrschbar ist.

Dennoch haben die USA und die EU die Sanktionen gegen Iran in einer Weise verschärft, die immer näher an einen Krieg heranführt. Die jüngst beschlossenen Embargomaßnahmen gegen Ölimporte aus dem Iran und die Sanktionen gegen die iranische Zentralbank verfolgen das Ziel, den internationalen Ölhandel mit Iran ganz zum Erliegen zu bringen und stellen damit de facto einen Wirtschaftskrieg dar. Gegenmaßnahmen sind somit programmiert, die Spannungen und die wechselseitige Kriegsrhetorik werden sich gefährlich hochschaukeln. Verlierer ist wie immer in solchen Fällen die Zivilgesellschaft, die jeglicher Möglichkeit beraubt wird, demokratische und soziale Fortschritte gegen das herrschende System durchzusetzen.

Wir alle sind aufgerufen, der Eskalation im Nahen Osten entgegenzutreten. Vorschläge zur Entspannung der Situation liegen seit langem auf dem Tisch.

Wir fordern

- Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein
 - Verbot jeglicher Waffenexporte
 - Beendigung der konfliktverschärfenden Sanktionen
 - Keine Abschiebung von Deserteuren und Flüchtlingen
- Gesprächsangebote an den Iran über Kooperation und gemeinsame Sicherheit
- Aufnahme von Verhandlungen zur Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen/Mittleren Osten.

Weil wir Frieden wollen, müssen wir die Politik in die eigenen Hände nehmen.

Das 12-Punkte-Programm der Friedensbewegung: <http://www.ag-friedensforschung.de/bewegung/aktionsprogramm2012-baf.html>

- | | |
|---|---|
| (1) Afghanistan-Krieg beenden | (8) Keine Interventionsarmee Bundeswehr |
| (2) Militärintervention in Syrien verhindern | (9) Schluss mit den Rüstungsexporten
– Umstellung der Rüstungsproduktion |
| (3) Kein Krieg gegen Iran | (10) Gegen die Militarisierung von Schule,
Hochschule und Gesellschaft |
| (4) Palästina anerkennen | (11) Gegen Neonazismus und Demokratieabbau |
| (5) Atomwaffen abschaffen – Kernkraftwerke abschalten | (12) Die UN-Charta einhalten und die UNO demokratisieren |
| (6) Die NATO delegitimieren | |
| (7) Nein zur europäischen Militärunion | |

Über den Iran:

„Kein Krieg um Iran! Die Waffen nieder – Friedenspolitik beginnen!“, Text von IPPNW-Beirat Andreas Buro

[http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Kein Krieg um Iran buro.pdf](http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Kein%20Krieg%20um%20Iran%20buro.pdf)

<http://topdocumentaryfilms.com/iran-is-not-the-problem/> (79 Minuten-Film, in dem viele verschiedene Meinungen dokumentiert werden, die jedoch eins gemeinsam haben: Ihre Ablehnung eines Kriegs gegen den Iran)

Kritische Auseinandersetzung mit den Mainstream-Medien: <http://steinbergrecherche.com/iran.htm>

Martin Singe

Deutsche Interessen und nationaler Selbstbehauptungswille: Die neuen "Verteidigungspolitischen Richtlinien" 2011

Am 18. Mai 2011 stellte Verteidigungsminister de Maizière neue "**Verteidigungspolitische Richtlinien**" mit dem Titel "Nationale Interessen wahren - Internationale Verantwortung übernehmen - Sicherheit gemeinsam gestalten" der Öffentlichkeit vor. Verbunden war dies mit der Bekanntmachung der überarbeiteten Bundeswehrreform, mit der die Bundeswehr endgültig zur "Armee im Einsatz" wird: Verkleinerung zwecks Effizienzsteigerung. Eigentlich enthalten die neuen Richtlinien nicht viel Neues. Aber es wird noch dreister als früher von der Durchsetzung nationaler, vor allem wirtschaftlicher Interessen mit militärischen Mitteln gesprochen. Das Originaldokument ist auf der BMVg-Seite veröffentlicht. Wir stellen das Papier hier vor, indem wir es selbst ausführlich zu Wort kommen lassen. Das Papier hebt an mit einem breiten Spektrum von Bedrohungsszenarien: *"Risiken und Bedrohungen entstehen heute vor allem aus zerfallenden und zerfallenen Staaten, aus dem Wirken des internationalen Terrorismus, terroristischen und diktatorischen Regimen, Umbrüchen bei deren Zerfall, kriminellen Netzwerken, aus Klima- und Umweltkatastrophen, Migrationsentwicklungen, aus der Verknappung oder den Engpässen bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen, durch Seuchen und Epidemien ebenso wie durch mögliche Gefährdungen kritischer Infrastrukturen wie der Informationstechnik."* Migrationsbewegungen werden auf den ersten drei Seiten des Dokumentes gleich drei Mal als Gefahr für Deutschland heraufbeschworen. Das passt zur gerade vollzogenen Kompetenzerweiterung von FRONTEX. Während die NATO ununterbrochen Libyen "zum Schutz der Zivilbevölkerung" bombardiert, ertrinken die Flüchtenden zu Hunderten im Mittelmeer - zwischen den humanitären Kriegsschiffen.

Der Schlussabsatz aus dem Kapitel "**Das strategische Umfeld**" ist an Deutlichkeit kaum zu überbieten: *"Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet. Verknappungen von Energieträgern und anderer für Hochtechnologie benötigter Rohstoffe bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Staatenwelt. Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken. Störungen der Transportwege und der Rohstoff- und Warenströme, z.B. durch Piraterie und Sabotage des Luftverkehrs, stellen eine Gefährdung*

für Sicherheit und Wohlstand dar. Deshalb werden Transport- und Energiesicherheit und damit verbundene Fragen künftig auch für unsere Sicherheit eine wachsende Rolle spielen."

Das folgende Kapitel "**Werte, Ziele und Interessen**" betont, dass *"Deutschlands Platz in der Welt ... wesentlich ... von unseren Interessen als starker Nation in der Mitte Europas"* bestimmt werde. *"Deutsche Sicherheitsinteressen ergeben sich aus unserer Geschichte, der geographischen Lage in der Mitte Europas, den internationalen politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen des Landes und der Ressourcenabhängigkeit als Hochtechnologiestandort und rohstoffarme Exportnation."* Deshalb müsse Sicherheitspolitik im deutschen Interesse *"einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen (zu) ermöglichen"*. Fernab von völkerrechtlichen Bestimmungen ist zu diesen Zwecken gegebenenfalls auch das Militär einzusetzen: *"Deutschland ist bereit, als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente einzusetzen. Dies beinhaltet auch den Einsatz von Streitkräften."*

Da *"die traditionelle Unterscheidung von äußerer Sicherheit und öffentlicher Sicherheit im Inneren ... angesichts der aktuellen Risiken und Bedrohungen mehr und mehr ihre Bedeutung"* verliere, müsse ressortübergreifend gearbeitet werden. Die stärkere Vermischung von Polizei und Militär im Inneren wird angedeutet: Der Wandel der Bedrohungen ziehe voraussichtlich einen *"rechtlichen Anpassungsbedarf"* nach sich; gemeint ist wohl eine Grundgesetzänderung für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren.

Während UNO und OSZE im Papier nur kurz gestreift werden, widmen sich die Richtlinien ausführlich der NATO und der EU. Auf das neue Strategische Konzept der NATO von Lissabon 2010 wird verwiesen, und die out-of-area-Fähigkeiten des Bündnisses werden betont. Ausdrücklich wird gesagt, dass die NATO ein *"nukleares Bündnis"* bleiben werde. Die Abrüstungsperspektive des Atomwaffensperrvertrages findet keinerlei Erwähnung.

Im Kapitel "**Die Europäische Union und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)**" wird herausgehoben, dass die EU-Militär- und Rüstungspolitik

vorangetrieben werden sollen: *"Die gestärkte Zusammenarbeit zwischen NATO und EU und der gegenseitige Rückgriff auf Fähigkeiten und Strukturen bleiben Prinzip der gemeinsamen Sicherheit und werden dazu führen, dass die Europäische Union ihr politisches Gewicht künftig wirksamer entfalten kann. Die konsequente Fortentwicklung von Europas zivilen und militärischen Fähigkeiten genauso wie die technologische und industriepolitische Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union dienen der politischen Stärkung Europas und damit zugleich den nationalen Sicherheitsinteressen."* Weiterhin wird *"der Ausbau einer wettbewerbsfähigen europäischen Rüstungsindustrie"* gefordert.

Die letzten Kapitel schließlich sind der **Bundeswehr** gewidmet. Der Zusammenhang zwischen Umrüstung und weltweiter Durchsetzung eigener Interessen wird erneut deutlich; Streitkräfte werden inzwischen als normales Instrument der Außenpolitik apostrophiert: *"Streitkräfte sind unentbehrliches Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik unseres Landes. ... Streitkräfte sind Grundlage des Selbstbehauptungswillens und der Verteidigungsbereitschaft der Nation. ... Die Neuausrichtung der Bundeswehr ist auch und insbesondere auf verschiedene und verschiedenartige Einsätze auszurichten. Durch die Befähigung zum Einsatz von Streitkräften im gesamten Intensitätsspektrum wird Deutschland in der Lage sein, einen seiner Größe entsprechenden, politisch und militärisch angemessenen Beitrag zu leisten und dadurch seinen Einfluss, insbesondere seine Mitsprache bei Planungen und Entscheidungen sicherzustellen."* Unter der Überschrift *"Nationale Zielvorgabe für die Bundeswehr"* heißt es dann weiter: *"Die Bundeswehr leistet im Rahmen ihrer Auftrags Erfüllung einen Deutschlands Gewicht und Wirtschaftskraft in der Staatengemeinschaft angemessenen Beitrag zur Wahrung unserer sicherheitspolitischen Interessen."* Dabei bilden die NATO Response Force und die EU-Battlegroups den *"Nukleus des deutschen Beitrags für die schnelle Reaktion"* in NATO und EU. Die Zahl der weltweit einsetzbaren Truppen wird deutlich erhöht. *"Zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung müssen streitkräftegemeinsam, eskalations- und durchsetzungsfähige Kräfte gleichzeitig für Einsätze in unterschiedlichen Einsatzgebieten, gegebenenfalls unter Abstützung auf externe Unterstützung, gestellt werden können. Dafür sind zeitgleich rund 10.000 Soldatinnen und Soldaten durchhaltefähig vorzuhalten."*

Das letzte Kapitel lautet "Selbstverständnis der Bundeswehr". Hier wird u.a. dargestellt, dass die Bundeswehr verstärkt im öffentlichen Raum Präsenz zeigen wird, damit sich das "ganze" deutsche "Volk" hinter die neue Bundeswehr stelle: "Die Bundeswehr kann ihren Auftrag dann am besten erfüllen, wenn sich ihre Angehörigen auf die Anerkennung ihres Dienstes durch das ganze Volk stützen können. Dies gilt gerade vor dem Hintergrund der Einsatzrealität von Streitkräften und ihren äußersten Folgen: Tod und Verwundung. Die Bundeswehr wird den kontinuierlichen Austausch mit der

Gesellschaft pflegen, ein breites sicherheitspolitisches Verständnis fördern und Präsenz im öffentlichen Raum sicherstellen."

Wir haben die neuen Verteidigungspolitischen ausführlich zitiert, um einen Eindruck des Selbstverständnisses der neuen Bundeswehr zu vermitteln. Die Zeit der Scham, in der man noch hinter vorgehaltener Hand von deutscher und wirtschaftlicher Interessendurchsetzung sprach, ist vorbei. Deutschland maßt sich eine Mittelmacht-Rolle an, die mit weltweitem Anspruch auftritt. **Dass**

die Streitkräfte inzwischen als normales und unentbehrliches Instrument der Außenpolitik genannt werden, ist zumindest sprachlich neu. Für die Friedensbewegung gibt es viel zu tun, dieser Bundeswehr und ihrem neuen Selbstverständnis, für deutsche Interessen weltweit Kriege führen zu dürfen, offensiv entgegenzutreten.

Martin Singe arbeitet beim Komitee für Grundrechte und Demokratie und ist Redakteur des Friedensforums.

<http://www.friedenskooperative.de/ff/ff1/4-10.htm>

Werbung für neue Kriege statt Kooperation zwischen den Ländern: "Die Bundeswehr kann kämpfen und führen"- Rede vom Verteidigungsminister Thomas de Maizière auf der Münchner "Sicherheitskonferenz" - Über "smart defence", Raketenschirm und Europas Streitkräfte - Auszüge unter <http://ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2012-buwe2.html> Livestream <http://www.securityconference.de/Dr-Thomas-de-Meiziere.809.0.html>



**Aktionstag
gegen den Waffenhandel
am 26.2.**

<http://aufschrei-waffenhandel.de/Aktionstag-26-2.244.0.html>

Pressemitteilung der Kooperation für den Frieden

Mandatsverlängerung für Afghanistan bringt keinen Frieden

26.01.2012

Die in der Kooperation für den Frieden zusammengeschlossenen Gruppen - darunter die IPPNW - kritisieren die Entscheidung des Bundestages, das Mandat der Bundeswehr für den Afghanistaneinsatz bis zum 31. Januar 2013 zu verlängern, da die Weiterführung des Einsatzes nicht zum Frieden führt. Das erneuerte Mandat ist trotz der Verringerung der SoldatInnenzahlen kein Beitrag für ein „zivileres Gesicht“ des Einsatzes, wie es der Außenminister nennt.

Auch dieses Mandat ist von dem Irrglauben getragen, dass eine Kombination aus militärischem und zivilem Einsatz eine Verbesserung der Lage erreicht. Die gesellschaftlichen Zustands-Indikatoren Afghanistans sprechen nach zehn Jahren „Krieg gegen den Terror“ eine andere Sprache.

Die Aussage, Ende 2014 seien alle deutschen Kampftruppen abgezogen – wenn es „die Lage“ erlaube, denn von Afghanistan dürfe nicht wieder eine „Gefährdung“ ausgehen, ist Augenwischerei. Bestimmte Truppentypen, Ausbilder der afghanischen Armee und Polizei, aber auch Spezialeinheiten mit offensiv-

vem Kampfauftrag, sind vom Abzug explizit ausgenommen.

Als äußerst kritisch erweist sich, dass die internationale Interventionsgemeinschaft bei der anvisierten Übergabe auf zwei miteinander verflochtene Elemente setzt: Zum einen auf die Regierung Karzai, deren Existenz über 2014 hinaus abhängt von ihrem Zugriff auf für sie funktionierende Gewaltorgane. Zum anderen auf den Ausbau eben dieses afghanischen Sicherheitsapparates als Stellvertreter-Garant der eigenen geopolitischen Interessen. Diese politisch-militärische Strategie führt dazu, dass sich ein für alle gesellschaftlichen Kräfte offener und gleichberechtigter Friedensprozess nicht entwickeln kann, der jedoch als konstitutioneller Teil des Übergangs unbedingt notwendig ist.

Für die Beendigung des Krieges und die Schaffung eines stabilen Friedens muss jedoch eine politische Lösung der Konflikte gefunden werden, die nur mit zivilen Mitteln erfolgen kann.

Die zersplitterten Taliban werden als Antwort

auf die fortgesetzte Intervention ihre Doppelstrategie beibehalten. Laut Taliban-Sprecher Sabiullah Mudschahid verstärken sie einerseits ihre Bemühungen, Kontakte zur internationalen Gemeinschaft aufzubauen, um Frieden in Afghanistan zu schaffen. Andererseits kündigen sie an, den Kampf gegen die afghanische Regierung fortzusetzen, die sie als ausländische Marionette sehen. Präsident Karzai wiederum setzt sich deswegen für die Stationierung ausländischen Militärs über das Abzugsdatum 2014 ein.

Die Kritik der Friedensbewegung gegen den Krieg in Afghanistan wird und muss weiter erhoben werden. Für den Herbst 2012 ist in Bonn eine internationale Afghanistan-Friedenskonferenz mit afghanischen Organisationen und Initiativen in Europa geplant. Auf dieser Konferenz wird die Diskussion der Notwendigkeiten für Frieden in und den Abzug der Truppen aus Afghanistan im Mittelpunkt stehen.

Aktuelle Informationen dazu und zu Protestinhalten und Aktionen finden sich auf der Webseite www.afghanistanprotest.de

<http://www.ippnw.de/startseite/artikel/9d83ab72f3/mandatsverlaengerung-fuer-afghanista.html>

Marokko: keine neue Abhängigkeit!

4. Landeskongress von ATTAC/CADTM Marokko Abschlusserklärung Gegen die neoliberale Globalisierung

Rabat, 29. Januar 2012

Die Vereinigung ATTAC/CADTM (1) hat ihren 4. Landeskongress unter dem Motto „**Stärkung einer breiten Mobilisierung im Kampf gegen die kapitalistische Globalisierung in Marokko**“ vom 27. – 29. Januar 2012 abgehalten. Trotz der Störmanöver von staatlicher Seite kam dieses Treffen wie vorgesehen in Rabat zustande. Da der Staat auf die Verantwortlichen des „Centre social sahb dahab“ der marokkanischen Post, wo der Kongress stattfinden sollte, Druck ausübte, waren wir gezwungen, auf den Sitz der Regionalen Union der marokkanischen Gewerkschaft „Marokkanische Arbeitsunion“ (UMT) auszuweichen. Die Kongressteilnehmer richteten aus diesem Anlass ihre Grüße an die Kollegen der UMT und der Marokkanischen Menschenrechtsvereinigung und danken ihnen für ihre moralische und logistische Unterstützung, die zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen hat.

Die Ergebnisse unseres Landeskongresses lassen sich in folgenden Feststellungen zusammenfassen:

1. Dieser Kongress fand in einem **internationalen Kontext** statt, der durch die Verstärkung der Krise des globalisierten Kapitalismus und durch die Explosion der Schuldenkrise in den führenden Industriestaaten geprägt ist. Auf der **regionalen Ebene** weiten sich die Revolten im Maghreb und Maschrek noch aus. Auf der **nationalen Ebene** ist die Bewegung vom 20. Februar (M20F) keine historische Randerscheinung mehr, sondern die führende Oppositionsbewegung im Land.

2. Auf **nationaler Ebene** macht die ökonomische Bilanz von 56 Jahren sog. „Unabhängigkeit“ unsere „wechselseitige Abhängigkeit“ deutlich. Unser Land ist von den ehemaligen „Schutzmächtigen“ (dem europäischen Kapitalismus) abhängig. Letzterer hat diese Situation ausgenutzt, um unsere Reichtümer zu plündern und unsere Abhängigkeit zu vergrößern. Heute kontrollieren die internationalen Wirtschaftsinstitutionen (IWF, WB, WTO) indirekt die strategischen Entscheidungen Marokkos. Die lokalen Kapitalisten, die eng mit der politischen Macht verknüpft sind, haben aus dieser Politik Gewinn geschlagen und prahlerisch Reichtümer auf Kosten breiter Bevölkerungsschichten angehäuft.

3. In diesem Kontext entstand die Bewe-

gung M20F. Seit dem 20. Februar 2011 fordern Zehntausende von Demonstranten jede Woche eine bessere Verteilung der Reichtümer, eine Erhöhung der Löhne, die Schaffung von Arbeitsplätzen und ordentlichen Wohnungen, den kostenlosen Zugang zur medizinischen Grundversorgung und zur Schulbildung usw. ... Diese Forderungen standen im Mittelpunkt der sozialen Kämpfe seit dem Beginn der 90er Jahre. Der M20F ist es zu verdanken, dass diese Forderungen von sehr vielen Menschen getragen werden. Dieser Bewegung ist es zum ersten Mal in der Geschichte Marokkos gelungen, die Menschen aus Stadt und Land um diese Themen zu vereinigen, auch im Kampf gegen die Vetternwirtschaft, die den Staatsapparat vergiftet.

4. Diese Mobilisierungen haben die herrschende Klasse in Marokko zu Konzessionen gezwungen. Ihr Ziel ist es, die Forderungen des Volkes zu unterlaufen. Gleichzeitig werden die Protestbewegungen weiterhin bekämpft und kriminalisiert.

5. Die Pseudo-Verfassungsreform hat das Gesicht des Despotismus nur versteckt. Die letzten Wahlen sind nur eine erbärmliche Komödie, durch die man zu einem nicht repräsentativen Parlament und einer Scheinregierung gelangt ist.

6. Diese Taktik der politischen Führung wird nicht zu einer Beruhigung der politischen und sozialen Krise führen, die durch die neoliberalen Entscheidungen des Staates verursacht wurde. Das Programm der „Schein“regierung setzt diese politische Richtung fort (Freihandelsabkommen; Schuldenbedienung, die ein Drittel des Budgets verschlingt; Privatisierungen etc...).

7. Aber ein großer Teil des Volkes hat den unzulänglichen Charakter dieser Reformen erkannt, die nichts an den Elendsbedingungen ändern, in denen mehr als die Hälfte der Marokkaner lebt. Die jüngsten Selbstverbrennungen von Arbeitslosen mit Universitätsabschluss sind tragischer Ausdruck dieser sozialen Krise. Die Fortsetzung der Demonstrationen und Mobilisierungen beweist erneut, dass das Volk diese Institutionen boykottiert.

8. Der Staat hat diese **explosive Situation** zur Kenntnis genommen und die Unterdrückung der Protestbewegungen verstärkt (Arbeitslose mit Universitätsabschluss; Studenten in Taza, Fès und Marrakesch;

Bewohner der Slums; etc...). Die Protestbewegungen in Bonarfa (Osten des Landes) und in Safi (Zentrum) erfuhren eine „Spezial“behandlung vonseiten des Makhzen (König und Machtapparat). Unrechtsurteile sind gegen führende Aktivisten der Kämpfe in mehreren Städten verkündet worden. Wir nennen hier insbesondere Saddik Kabouri in Bouarfa (2) und Abdeljalil Agadil (3) in Safi. Ebenso den Rapper Mouad L7a9ed (Der Empörte,4) in Casablanca. Die staatliche Repression hatte auch den Broterwerb mehrerer Aktivisten im Visier, darunter Mustapha Sandia, bisheriges Mitglied unseres Landessekretariats (SN), der seit Monaten ohne rechtliche Grundlage suspendiert wurde.

Angesichts dieser Tatsachen zieht unsere Vereinigung folgende Schlussfolgerungen:

- Die Unterdrückung der sozialen Bewegungen sowie der M20F muss mit Nachdruck verurteilt werden.
- Die auf die Durchsetzung der inneren Sicherheit und Ordnung ausgerichtete Politik zeigt, in welcher Sackgasse das Regime und seine Institutionen gelandet sind.
- Die Maßnahmen, die seit dem Beginn des Arabischen Frühlings (Printemps arabe) ergriffen worden sind, werden die akute soziale Krise nicht lösen können.
- Solange die Plünderung der öffentlichen Gelder und die Aneignung des nationalen Vermögens durch eine winzige Minderheit der Bevölkerung weiter besteht, die von den klientelistischen Beziehungen innerhalb der Regierung profitiert, wird diese soziale Krise andauern.
- In den Ländern des Maghreb und des Maschrek sind der Klientelismus und der Nepotismus ebenfalls Ursachen für die Revolten.
- Der Widerstand ist der Weg, auf dem wir Siege in unserem aktuellen und zukünftigen Kampf erringen können.
- Die M20F ist das marokkanische Symbol für diesen Volkswiderstand.
- ATTAC/CADTM unterstützt voll und ganz die Initiativen und die Dynamik dieser Bewegung.
- Die M20F stärken heißt, dazu beizutragen, dass die Teilnahme der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen erweitert wird: die Arbeiterklasse, die Arbeitslosen, die Stu-

den, die Schüler, die Frauen und die mittellosen und verarmten BürgerInnen in den Städten und auf dem Land.

- Unser Wille, „Ein anderes mögliches Marokko“ aufzubauen, ist unerschütterlich, ein Marokko der sozialen Gerechtigkeit und der Volksdemokratie.

- Der politische Gefangene Abdeljalil Agadil, Mitglied von ATTAC/ CADTM Marokko und M20F-Safi wird zum Ehrenmitglied des Landessekretariats (SN) unserer Vereinigung ernannt.

(1) ATTAC: Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen

CADTM: Ausschuss für die Annullierung der Schulden der dritten Welt

(2) Am 26. Juli 2011 hat das Berufungsgericht von Ouschda 10 Aktivisten dieser Stadt zu 12 Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

(3) Am 19. Januar 2012 hat das Berufungsgericht von Safi 15 Aktivisten zu 32 Jahren Gefängnis ohne Bewährung und 8 Millio-

nen Strafe verurteilt (mehr dazu in den Mitteilungen von ATTAC über diesen Prozess).

(4) Im Januar 2012 verurteilte das Berufungsgericht von Casablanca den Rapper L7a9ed zu vier Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Diese Strafe hatte er in Untersuchungshaft schon verbüßt. Seit seiner Freilassung kämpft er für seine Rehabilitation.

Übersetzung: Barbara KRATKY, coeditrad und SiG-Redaktion



ATTAC Marokko, Mitglied im internationalen Netz CADTM Aufruf zu nationaler und internationaler Solidarität gegen die Repression der Aktivisten der Bewegung vom 20. Februar

**SAFI: Sofortige und bedingungslose FREILASSUNG von Abdeljalil Agadil und seiner 15 Mitstreiter
UNRECHTSURTEIL gegen die am 1. August 2011 in Safi verhafteten 16 Aktivisten**

Am 19. Januar 2012 verurteilte das Berufungsgericht (= Oberlandesgericht) in Safi die Angeklagten zu langen Haft- und exorbitanten Geldstrafen:

- 16 Haftstrafen von 4 Monaten bis 4 Jahren;
- 52.000.000 Dirham (4,7 Mio Euro) Schadensersatz an das OCP („Office chérifien des phosphates“, Staatsunternehmen für Phosphatproduktion, A.d.Ü.) und 4.639.101 Dirham (417 000 Euro) an die ONCF („Organisation nationale des Chemins de Fer“ - marokkanische Staatsbahnen, A.d.Ü.).
- 4 Jahre Haftstrafe ohne Bewährung und Geldbuße über 50 000 Dirham (45 000 Euro) gegen Abdeljalil AGADIL, Ali TOABANE, Mahdi GHIWAN und Hicham TAANI;
- 2 Jahre Haftstrafe ohne Bewährung gegen Amine Abou Al Iddam, Omar Martab, Yassin Al Mahili, Abdelkarim Koundi, Abdelkader Al Fidadi, Adil Zaid und Amin el Touzani;
- 1 Jahr Haftstrafe ohne Bewährung: Mohamed Assarssar und Boujemaâ NN;

- 4 Monate Haftstrafe ohne Bewährung: Miloud Al Habti und Aziz Benchrifa

Zum Hintergrund:

Das Unrechtsurteil des Gerichts in Safi gegen die 16 Inhaftierten vom 1. August 2011 fällt in einem Kontext, in dem sich die Machthabenden in Marokko unfähig oder unwillig zeigen, auf die Forderungen der Bewegung vom 20. Februar (M20F) einzugehen und Lösungen zu finden. Diese Bewegung trägt seit fast einem Jahr seinen Protest unermüdlich auf die Straße. Viele weitere Initiativen, die in den unterschiedlichsten Bereichen ihre Stimme erheben, werden ebenfalls ignoriert. Und das in einem Land mit 30% Jugendarbeitslosigkeit, Armut für ein Viertel der Bevölkerung, mit unzulänglichen Bildungs- und Gesundheitswesen wo Korruption, Despotismus und Vetternwirtschaft verbreitet sind.

Die Bewegung der arbeitslosen Akademiker, eine der ältesten und beharrlichsten

Initiativen, ist entschlossen, ihre Aktionen zur Forderung nach Arbeitsplätzen im ganzen Land zu intensivieren. Am 18. Januar haben sich in Rabat vier junge Männer angezündet, darunter Abdelwahab Zaydoun, ein 27 Jahre alter Jurist, der schwerverletzt ins Krankenhaus von Casablanca eingeliefert wurde, wo er am 24. Januar verstarb.

Leider gibt es keinen Grund zur Annahme, dass die neue Regierung unter der Führung von A. Benkirane andere Lösungen anzubieten hat als Repression, Schauprozesse und weiter wie bisher.

KLASSENJUSTIZ gegen junge Leute, die Arbeit fordern:

Dieser Eindruck entsteht auf jeden Fall angesichts dieses Urteils, das auf einem fingierten Prozess gegen junge Leute beruht, die ihr Recht auf Arbeit, Freiheit und Würde einfordern; die gegen Korruption, Diebstahl am Gemeingut, Willkür der Funktionäre und nicht eingelöste Versprechen für neue Arbeitsplätze protestieren.

Klassenjustiz ist es, wenn junge Menschen, die ihr Recht auf Arbeit einfordern, dazu verurteilt werden, Schadensersatz in schwindelerregender Höhe an den staatlichen Phosphatkonzern OCP und an die Staatsbahn ONCF zu leisten, die in der Region die wichtigsten Arbeitgeber und Einkommensquellen sind. Die OCP hatte der Koordination der arbeitslosen Akademiker in Safi versprochen, 15.000 Kandidaten für eine Ausbildung auszuwählen und 5.000 feste Arbeitsplätze zu schaffen. Als diese Zusagen nicht eingelöst wurden, organisierten die jungen Leute Anfang August 2011 Sit-ins auf den Bahngleisen, auf denen Phosphat zur Weiterverarbeitung in die Fabriken transportiert wird. Bei den darauf folgenden Zusammenstößen mit der Polizei wurden Dutzende Demonstranten festgenommen, gefoltert und mit falschen und unbegründeten Anschuldigungen vor Gericht angeklagt.

In allen Regionen Marokkos gibt es Protestbewegungen:

Safi hat seit Beginn der Bewegung am 20.

Februar 2011 einen hohen Zoll gezahlt. Zwei Aktivisten starben infolge der Repression, 16 weitere wurden zu hohen Strafen verurteilt. Dennoch ist zu erwarten, dass diese weitere repressive Maßnahme die Bewegung vom 20. Februar nur noch stärken wird, in Safi und im Rest des Landes - nach der Festnahme von jungen Rapper Mouad El Haqed in Casablanca entfachten sich die Proteste so stark, dass die Behörden schließlich gezwungen wurde, ihn wieder freizulassen. Jede Woche seit dem Aufruf vom 20. Februar 2011 gehen in ganz Marokko unermüdlich Zehntausende auf die Straße und fordern soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenwürde.

Abdeljalil Agadil, Aktivist und Ehrenmitglied des nationalen Sekretariats von AT-TAC/CADTM Marokko und der Bewegung vom 20. Februar (M20F) :
Der Aktivist aus Safi war am 29. Mai 2011 erstmals von Zivilisten entführt, zusammengeschlagen und wieder ausgesetzt worden, sein Mobiltelefon wurde ihm abgenommen. Abdeljalil Agadil erstattete Anzeige bei der

königlichen Staatsanwaltschaft in Safi, das marokkanische Menschenrechtszentrum CMDH und der Verein WASSITE für Demokratie nahmen seine Aussage auf.

Am Dienstag, den 1. November 2011 wurde er beim Verlassen seines Arbeitsplatzes um 18 Uhr 30 von Polizisten in Zivil ein zweites Mal entführt. Drei Tage lang wurde er schwerster Folter ausgesetzt; bei einem Verhör an einem geheimen Ort versuchte man ihm Geständnisse abzupressen, indem man ihn drei Tage lang mit den Füßen in der Luft aufgehängt ließ. Der Prozess gegen Abdeljalil Agadil wurde mangels Beweisen und Zeugen mehrfach verschoben - er sollte in Zusammenhang mit dem Brand in einem Kommissariat und mit der Blockade von Bahngleisen bei Zusammenstößen zwischen den Kräften der Repression und den Jugendlichen in Safi im August 2011 belastet werden.

Diese Entführungen, Einsperren an geheimen Orten, Verhaftungen, erfundenen Anklagepunkte, gezielten Tötungen von Aktivisten durch Handlanger des Regimes führen Marokko in die dunkelste Zeit der „bleiernen Jahre“ zurück.

ATTAC/CADTM Marokko ruft auf zu NATIONALER UND INTERNATIONALER SOLIDARITÄT für:

- Die Sofortige und bedingungslose Freilassung von Abdeljalil Agadil und seiner 15 Mitsstreiter.
- Eine klare Verurteilung dieser vorab entschiedenen Schauprozesse, die dazu angelegt sind, den Aufstand zu kriminalisieren, Angst und Schrecken zu verbreiten und jeden Protest zu ersticken.
- Die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Inhaftierten.
- Die Einleitung unabhängiger Ermittlungen gegen die Verantwortlichen für die Morde an Aktivisten der M20F und anderer Demonstranten.

Schreiben Sie bitte an:

Justizminister: M. Mustafa Ramid
Ministère de la Justice
Place Mamounia, Rabat
Maroc / Morocco
E-mail: lididi@justice.gov.ma

Innenminister: M. Mohand Laenser
Ministère de l'Intérieur
Quartier Administratif, Rabat
Maroc / Morocco

Aussen- und Zusammenarbeitsminister
M. Saad-Eddine El Othmani, Ministère des Affaires Etrangères et de la Coopération
Avenue Franklin Roosevelt, Rabat
Maroc / Morocco
Email: mail@maec.gov.ma

Regierungschef
Abdelilah Benkirane
Département du Chef du gouvernement
Palais Royal, Touarga, Rabat
Maroc / Morocco
Email: courrier@pm.gov.ma

Vorsitzender des nationalen Menschenrechtsrates:
Monsieur le Président du Conseil national des droits de l'Homme Driss El Yazami
Place Achouhada- BP 1341
10 001 - Rabat - Maroc
E-mail : cnhd@cnhd.org.ma
Webseite: <http://www.ccdh.org.ma/?lang=fr>

Übersetzung: Dorothee HOFER, coor-ditrad, SiG-redaktion

Attac Deutschland Grußadresse an Attac Marokko, 27. Januar 2012

Liebe Attac-Mitglieder in Marokko,

wir wünschen euch ein gutes Gelingen für euren Jahreskongress in Rabat vom 27. bis zum 29. Januar!

Wir sind darüber empört, dass eure Aktivitäten immer wieder durch Verhaftungen und Gefängnisstrafen, Entlassungen und jetzt durch die Kündigung der vermieteten Räume behindert werden.

Wir haben eine große Achtung vor eurem Einsatz gegen die Auswirkungen des Neoliberalismus (z.B. gegen Privatisierungen) und für ein demokratisches Regime, für Brot, Arbeit, für eine ausreichende Gesundheitsversorgung, für eine gute öffentliche Schulbildung, für Freiheit und Würde; wir begrüßen es

sehr, dass die Bewegung des 20. Februar, an der ihr teilnehmt, trotz vielfältiger Repressionen weiterhin sehr aktiv ist: Wir wissen von den vielen lokalen Kämpfen gegen die Verteuerung von Energie und Wasser, von Streiks und Sit-In für eine bessere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen und gegen Massenentlassungen, für die Schaffung von Arbeitsplätzen, wir wissen von den wöchentlichen Demonstrationen in Casablanca und vieles mehr.

Wir werden unser mögliches Tun, um euch in euren Bestrebungen zu unterstützen und die deutsche Öffentlichkeit zu informieren. Wir wollen wachsam sein gegenüber den vielfältigen Versuchen der EU, durch Abkommen und Freihandelsverträge eine neoliberale Politik in Marokko durchzusetzen, die der marokkanischen Bevölkerung nur schadet.

Vielfältige und massive Protestbewegungen in Marokko

Soziale Bewegungen in Safi

In dieser Stadt von einer halben Million Einwohner haben viele Betriebe (3 Textilbetriebe mit 1400 ArbeiterInnen, Sardinenkonservenbetriebe) ihre Türen geschlossen. U.a. wegen der stark abnehmenden Exporte arbeiten im Hafen nur 2000 Menschen (gegenüber 15000 früher). Vor allem Jugendliche, ermutigt von der Bewegung des 20. Februar, organisieren Märsche für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Immer wieder werden sie von der Polizei angegriffen, am 2. Juni stirbt **Kamal Oumari**, nachdem 7 Polizisten ihn zusammengeschlagen hatten

(<http://www.youtube.com/watch?v=WIK3X8nf2CI>)

Der wichtigste Betrieb in Safi ist OCP (Office chérifien des phosphates), der größte Betrieb zum Export von Phosphaten und weiterverarbeiteten Produkten

Nach einer Demonstration von 3000 Gewerkschaftsmitgliedern, die in der OCP arbeiten, zusammen mit der Bewegung des 20. Februar, wurden bedeutende Lohnerhöhungen erzielt. Die Vertretungen von ausgebildeten Jugendlichen haben ein Abkommen mit der Stadtverwaltung, der ANAPEC und der OCP über die Schaffung von Arbeitsplätzen erzielt, das jedoch nicht eingehalten wurde. Sie protestierten dagegen mit Demonstrationen und Blockade der Eisenbahnlinie, die zum Transport von Phosphat dient. Gleichzeitig protestierten Bewohner eines Viertels in Safi (Kawki) gegen die Preiserhöhungen bei Strom und Wasser.

Die Polizei ging sehr brutal gegen sie vor. (M.D. Vernhes, nach Infos von attac Marokko und <http://fr.lakome.com/politique/42-actualites-politique/602-safi-la-police-sest-elle-venguee-de-la-population-.html> <http://monde-antigone.centerblog.net/1489-emeutes-a-safi-maroc-un-commissariat-incendie/>)

Rabat: Hochschulabsolventen verbrennen sich aus Protest – einer stirbt

Seit dem 5. Januar organisiert eine Gruppe von jungen Menschen, die nach ihrem Hochschulabschluss arbeitslos sind («groupe des cadres supérieurs exclus du PV de 20 juillet») ein ständiges Sit-In auf dem Dach eines Nebengebäudes des Bildungsministeriums in Rabat.

Die zuständigen Behörden verhindern, dass die Demonstranten Nahrung erhalten.

Am 18. Januar versuchen die Demonstranten das Brot zu holen, das Unterstützer am Fuß des Gebäudes hingelegt haben. Die Polizei hindert sie daran und schlägt sie. 4 Demonstranten verwirklichen ihre Drohung, sich anzuzünden. Sie werden verletzt, einer ist nach 6 Tagen gestorben, Adelwahab Zeidoun, 27 Jahre.

<http://www.mamfakinch.com/retour-sur-les-evenements-du-18-janvier/>

Einzelheiten über die Situation der Hochschulabsolventen (Erwähnt wird u.a. die Kritik an die undurchsichtigen, korrupten Auswahlkriterien):

<http://www.lematin.ma/Actualite/Journal/Article.asp?idr=110&id=161012>

<http://www.lesoir-echos.com/retour-en-force-des-diplomes-chomeurs/presse-maroc/39133/>

Streiks und Sit-Ins von LandarbeiterInnen:



Internationaler Gewerkschaftsbund (ITUC):

Das Recht der Arbeitnehmer, sich zu organisieren und mit Arbeitgebern zu verhandeln, wird in der Praxis nicht respektiert

Freie Exportzonen wachsen, Gewerkschaften stehen vor großen Herausforderungen:

Gewerkschaftliche Organisation in den **Freien Exportzonen Marokkos** ist sehr schwierig. Die Zonen breiten sich rasch in verschiedenen Regionen und Wirtschaftssektoren in Marokko aus. Das größte Projekt ist die **Umwandlung des Hafens von Tanger in eine internationale Logistikplattform**. Die Aktivitäten in den Freien Exportzonen werden vielfältiger und umfassen jetzt auch den Dienstleistungssektor und die Luftfahrt. **Der Zugang von Gewerkschaften zu den Zonen ist stark eingeschränkt**, wodurch Vereinigungsfreiheit de facto unmöglich ist. Arbeitnehmer scheuen sich aus Angst um ihren Arbeitsplatz, Gewerkschaften zu bilden.

Die Gewerbeaufsicht erklärt, dass es kaum Probleme mit der Achtung der Arbeitnehmerrechte in den Zonen gebe, legt aber keine Statistik vor, die diese Behauptung stützen würde.

Arbeitsunruhen wegen Untergrabung des Streikrechts:

Die wiederholten Streiks in vielen Branchen sind ein Beweis für das Desinteresse der Regierung und von Arbeitgeberverbänden an Gesprächen mit den Gewerkschaften und für ihre Missachtung der Forderungen von Beschäftigten. Eine geringe gewerkschaftliche Organisation und die hohen rechtlichen Hürden für Tarifverhandlungen haben in vielen Unternehmen Fortschritte unmöglich gemacht. Die Arbeitsunruhen gipfelten in zwei weithin befolgten **Streiks im öffentlichen Dienst im November**, die von mehreren wichtigen Gewerkschaftszentren ausgerufen worden waren. Aber die meisten Protestkundgebungen und Arbeitsniederlegungen während des Jahres stießen auf **Ablehnung und Repressionen seitens Arbeitgebern und der Behörden**, die das Arbeitsgesetz missbräuchlich auslegten und jede Behinderung der Freiheit zu arbeiten als schweres Fehlverhalten behandelten.

<http://survey.ituc-csi.org/Morocco.html?lang=de#tabs-4>

Einladung zur Europäischen Aktionskonferenz in Frankfurt am Main vom 24. bis 26. Februar 2012

Internationale Solidarität gegen das Krisenkommando der Troika-Mächte!

(...) Das sind die **Fragen**, die wir mit euch allen und unseren Freund_innen, Kolleg_innen und Genoss_innen aus verschiedenen Ländern auf der Aktionskonferenz diskutieren wollen:

- Wie können wir deutlich machen, dass es so nicht weiter gehen kann?
- Was können wir tun, damit es so nicht weiter geht?
- Wie lassen sich Protest und Widerstand gegen das autoritäre Krisenregime von Regierungen, Banken und Konzernen weiterentwickeln?
- Wie können wir der deutschen Regierung in den Rücken fallen?
- Wie zu einer transnationalen Organisation der Bewegungen beitragen?
- Mit welchen Forderungen wollen wir mobilisieren?
- Wollen wir die EU demokratisieren oder auflösen?
- Wie verbinden wir die Kritik am kapitalistischen System mit alltäglichen sozialen Kämpfen?
- Wie lassen sich Massenhaftigkeit und Entschiedenheit kombinieren?

Es wird mit **Workshops, Plena, Arbeitsgruppen, Talkshows und Murren** viel Raum geben, um zu sich zu verständigen, zu planen, zu organisieren. Gehen wir's an! Lasst uns gemeinsam diskutieren, streiten, weiterdenken, entwickeln wir Neues und lassen wir unseren Worten gemeinsam Taten folgen.

Das sind die **Aktionsideen**, über die wir auf der Konferenz entscheiden wollen:

Nach der Demonstration an der EZB-Baustelle im Rahmen eines europäischen **Aktionstags am 31. März** wird der **1. Mai** ein gemeinsamer Tag des Protests in Solidarität mit Lohnabhängigen, Erwerbslosen und den Kolleg_innen der Gewerkschaften. Ebenfalls am 31. März wird ein europäisches **Vorbereitungstreffen in Mailand** stattfinden, um die transnationale Koordination rund um die nächsten globalen **Aktionstage zwischen dem 12. und 15. Mai 2012** zu intensivieren. An diesen Tagen wird es auch in Deutschland dezentrale, in die weltweiten Aktionen sich einbindende Aktionstage geben.

Den Wind der globalen Proteste im Rücken wird es im Mai eine Vielzahl von **Aktionen zentral in Frankfurt** geben, dazu wird europaweit mobilisiert: Lasst uns das Finanzviertel blockieren wie die Occupistas in Oakland den Hafen. Ziel ist es, mit gleichermaßen massenhaften wie entschiedenen Aktionen ein unübersehbares Zeichen der Solidarität zu setzen. Gemeinsam, entschlossen, solidarisch, erfolgreich! Lasst uns so fruchtbare Bedingungen für einen heißen Herbst setzen, zum Jahrestag von Occupy Wallstreet im September, nach den Banken dann auch direkt gegen die Regierungen!

Weitere Informationen: www.european-resistance.org

Mai Aufruf: <http://www.dailykos.com/story/2012/01/30/1059933/-Occupy-Calls-for-a-Global-General-Strike-on-May-1.-International-Workers-Day?via=sidebyuserrec>

S. auch: <http://takethesquare.net/2012/02/06/newsletter-week-january-29-4-february/>

Über die genauen Termine zwischen dem „global actionday“ und Ende Mai wird auf der Aktionskonferenz entschieden. Ebenso über die Verstärkung der Proteste weit über den Sommer hinaus.

Die Aktionskonferenz wird am **Freitag, 24.2., um 19.30 Uhr** mit einer zentralen Abendveranstaltung beginnen und am **Sonntag 13 Uhr mit einem gemeinsamen Plenum** enden.

Der Ort wird das Studierendenhaus Campus Bockenheim in Frankfurt am Main sein.

Einladende:

Attac Deutschland
Die Linke Hessen
Grüne Jugend Bundesverband
Interventionistische Linke
Erwerbslosen Forum Deutschland
ver.di Stuttgart
Berliner Krisenbündnis
Kein Mensch ist illegal/transact
autonome antifa [f]
turn*left
Aktivist_innen aus der occupy Bewegung
NoTroika Rhein-Main
Friedens- und Zukunftswerkstatt
Sozialistische Initiative Berlin
Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB)
Sozialistische Kooperation (SoKo)

Frankreich: Über 100 lokale Initiativen für ein Schuldenaudit



„Ihre Schulden – Unsere Demokratie“

An der Konferenz in Paris am 15.1., die von Mediapart und attac Frankreich organisiert war, nahmen über 1000 Menschen teil.

Mehrere Video-Beiträge

<http://www.france.attac.org/dossiers/leur-dette-notre-democratie>

Auszüge: <http://www.france.attac.org/videos/une-synthese-de-la-journee-de-debats-leur-dette-notre-democratie>

Am 14.1. hatte schon ein **Treffen der lokalen Initiativen für ein Schuldenaudit** stattgefunden, die Ergebnisse liest man hier: <http://www.audit-citoyen.org/?p=1646#more-1646>

Geplant sind u.a. Proteste gegen den Fiskalpakt am **29.2. und Anfang März**, ebenfalls die Teilnahme an den Aktionstage im Mai

Material für Aktionen:

<http://www.audit-citoyen.org/?cat=40>

GRIECHENLAND

Theodoros Paraskevopoulos

Plädoyer für eine andere Integration

Anfang Dezember hatte die Redaktion des express zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen in Frankfurt a.M. eine Veranstaltung über: »Die Krise, die aktuelle Lage in Griechenland und die Aufgaben der Lohnabhängigen« gemacht, bei der Theodoros Paraskevopoulos referierte. Die von ihm am Ende formulierten Aussichten und Hoffnungen setzen ein Verbleiben Griechenlands im Euroraum und der EU voraus. Beides steht nach wie vor auf der Kippe. Bis zum Redaktionsschluss verhandelte die griechische Regierung hart mit Banken und Fonds über einen Schuldenerlass (»Haircut«) in Höhe von 100 Milliarden Euro. Dieser ist – wie auch die Umsetzung der vielen Sparpläne – die Voraussetzung für das zweite Kreditpaket der Euro-Staaten und des Internationalen Währungsfonds für Griechenland. Da die geforderten »Reformen« und Sparpläne nicht greifen, wurde kurzfristig von deutscher Seite überlegt, einen EU-Kommissar in die Wiege der Demokratie zu schicken, um der demokratisch gewählten Regierung zu sagen, wo's lang geht. Das wurde von den anderen EU-Ländern abgelehnt. Wir sind gespannt, wie es weitergeht und werden uns am 5. Mai erneut im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung mit dem Thema »Europa, die Krise und die Linke« beschäftigen.

Die Vorgeschichte der griechischen Krise

Zwei Besonderheiten der heutigen, so genannten neoliberalen Phase des Kapitalismus sind für die griechische Staatschuldenkrise verantwortlich.

Erstens die **allgemeine Steuerlastminderung für Kapitalerträge und Vermögen**: eine Minderung, die angeblich Mittel für Investitionen freisetzen sollte, in Wirklichkeit aber nur die Staatseinnahmen verminderte und das Instrument der gezielten Steuererleichterung bei gewünschten Investitionen abschaffte. Zweitens die **Expansion der privaten Verschuldung**, die die Einkommensminderung oder Stagnation bei den unteren Einkommenschichten kompensierte und für eine Weile für eine höhere Nachfrage sorgte.

Die **Steuerflucht** bei Unternehmen jeder Größenordnung und bei Selbständigen wurde teilweise als Wachstumsinstrument und teilweise als Herrschaftsinstrument benutzt; der Staat legalisierte sogar die Steuerfluchtgewinne, indem er die Möglichkeit schuf, sie durch den Kauf von Staatsanleihen, deren Erwerb von der Kont-

rolle durch die Steuerbehörden ausgenommen wurde, reinzuwaschen.

Hinzu kam – als griechische Besonderheit – der **Rüstungswettstreit mit der Türkei**, der in Wirklichkeit ein Wettstreit um die regionale Vormachtstellung in Südosteuropa und im östlichen Mittelmeer ist. Griechenland und die Türkei wurden die besten Kunden deutscher, französischer und US-amerikanischer Rüstungskonzerne mit den (in Prozent des Sozialprodukts) zweithöchsten Militärausgaben in der NATO nach den USA. Beide Länder kauften Waffensysteme, wie deutsche U-Boote der Klasse 214 oder französische FREMM-Fregatten, die kaum Verteidigungszwecken dienen, sondern reine Angriffswaffen sind und eher in die globale NATO-Strategie passen. Außerdem übernahm und organisierte Athen trotz vieler Warnungen die **Olympischen Spiele 2004**, die, wie auch von offizieller Seite gesagt wurde, eben diese Vormachtstellung demonstrieren sollten und die Staatsschuld in die Höhe trieben.

Auf der anderen Seite gelang es trotz vieler Anläufe weder der sozialdemokratischen PASOK noch der konservativen Nea Demokratia (ND) – den beiden Parteien, die in den letzten 45 Jahren die Regierung stellten –, Sparprogramme zu Lasten der Lohnabhängigen konsequent durchzuführen, z.B. das Rentenalter zu erhöhen, einen Teil der Rentenversicherung oder die Hochschulbildung zu privatisieren. **Die Proteste der Bevölkerung waren so stark**, dass entsprechende Gesetze gar nicht verabschiedet oder nicht umgesetzt werden konnten.

Zur Rolle des Euro

Es wird immer wieder die Frage gestellt, warum denn wirtschaftlich schwache Staaten wie Griechenland oder Portugal in die Währungsunion eingetreten sind oder eintreten wollen. Die Einheitswährung nimmt ihnen doch jede Möglichkeit, durch eine Abwertung der Nationalwährung die heimische Produktion zu schützen und den Export zu fördern. Und wenn die Regierungen dies aus politischen Gründen wollten, warum haben sich die Unternehmer nicht dagegen gewehrt?

Tatsache ist, dass sich **ein Teil des griechischen Kapitals** durchaus der internationalen Konkurrenz stellen wollte und es immer noch will. Es handelt sich dabei um moderne Unternehmen, die erfolgreich im internationalen Markt operieren: z.B. Teile der

Metallindustrie, die Erdölverarbeitung, die Zementindustrie, Teile der Nahrungsmittelproduktion u.a.

Sie erwarteten damals, dass sie durch den harten Euro einen Vorteil gegenüber ihren griechischen Konkurrenten bekämen, dass sich andere europäische Kapitale mit ihnen verbünden oder sich an ihren Unternehmen beteiligen würden, dass sie sich zu niedrigen Zinsen würden finanzieren können und dass die harte Währung – für griechische Verhältnisse eigentlich überbewertet – sich als Disziplinierungsinstrument auf dem Arbeitsmarkt benutzen ließe. Schließlich waren die **griechischen Banken** bestrebt, den Markt in Südosteuropa zu beherrschen.

Alle diese Erwartungen haben sich bestätigt. Andere Wirtschaftszweige jedoch, die nicht so modern und wettbewerbsfähig waren, gingen unter.

Von großem Vorteil für die griechischen Kapitalisten war die **billige Arbeitskraft der MigrantInnen**. Dabei erwies sich insbesondere der illegale Status der Mehrheit dieser Menschen als günstig, weil dadurch der Druck auf die Löhne erst richtig zu voller Wirkung kam. Das erklärt zum Teil auch das Zögern des Innenministeriums, schnell Legalisierungsmaßnahmen zu beschließen und sie zügig durchzuführen.

Darüber hinaus begünstigte die relative Preisstabilität die Besitzer festverzinslicher Wertpapiere und erleichterte die Finanzierung der Unternehmen wie auch des Staates. Auf diese Weise konnte die ständige Erweiterung des Handelsbilanzdefizits leicht finanziert werden.

Etwa fünf Jahre lang prosperierte die griechische Wirtschaft, auch dank der Mittel aus europäischen Töpfen, mit Wachstumsraten bis zu 5,4 Prozent.

Es war ein Wachstum auf Pump, das aber mindestens gereicht hätte, um die Staatsfinanzen zu sanieren, wenn, wie es die ökonomische Vernunft gebieten würde, in jener Zeit des Wachstums das Finanzamt die höheren Einkommen stärker belastet hätte. Wenn Kapital und Vermögen in Griechenland der durchschnittlichen europäischen **Steuerbelastung** unterlägen, hätte der Staat in den letzten zehn Jahren fast 100 Milliarden Euro mehr Einnahmen erhalten, also fast die Summe, die er sich mit dem ersten Memorandum von der Troika geliehen hat. Hier zeigt sich, wie wahr das Wort ist, dass **Staatsschulden immer die Steuern sind**,

die Reiche nicht zahlen. Stattdessen gab es neue Steuerminderungen, eine Orgie der Steuerflucht und -hinterziehung, der Skandale bei der Vergabe und Durchführung öffentlicher Aufträge oder bei der Veräußerung öffentlichen Eigentums. Die Regierungen handelten nach dem Prinzip: Je mehr Geld bei den Privaten bleibt, desto mehr wird investiert.

Wie falsch dieses neoliberale Dogma ist, hat sich im Fall Griechenland gezeigt: Tatsächlich war das Wachstum vor allem auf Staatsaufträge und -ausgaben zurückzuführen sowie auf den Konsum, der seinerseits z.T. mit Darlehen finanziert wurde und die Verschuldung der Privathaushalte erhöhte.

Zur Rolle Deutschlands

Die Behauptung, dass die deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik der Agenda 2010 dazu geführt habe, dass die deutsche Industrie die Industrien der anderen Länder niederkonkurriert hat, ist zumindest vereinfachend. Auf jeden Fall gilt sie nicht für alle Handelspartner Deutschlands.

Richtig an dieser Theorie ist, dass Deutschland sich zum Anführer einer Politik des Lohnendrucks und Sozialabbaus in der gesamten Europäischen Union aufgeschwungen hat. Das widerspricht keineswegs den Interessen griechischer Kapitalisten, vor allem der besonders erfolgreichen, exportorientierten Kapitale, und ist auch nicht gegen sie gerichtet, sondern gegen die Lohnabhängigen in Deutschland und, zumindest indirekt im Sinne eines ›erfolgreichen‹ Beispiels, gegen die Lohnabhängigen auch in allen anderen Ländern. Diese Politik begünstigt natürlich die deutschen Exporte. Die griechische Wirtschaft ist aber eher importorientiert – also keine unmittelbare Konkurrenz zur deutschen.

Wahr ist jedoch, dass die deutsche Austeritätspolitik den deutschen Binnenmarkt insgesamt beschränkt. Insofern würde eine andere Lohn- und Sozialpolitik in Deutschland die Importe aus anderen Ländern erleichtern, die Touristenströme aus Deutschland in den Süden vergrößern, zum Ausgleich der Außenbilanzen beitragen und das Wachstum fördern.

Darüber hinaus verhindert die deutsche Europapolitik eine Harmonisierung mittels Erhöhung des EU-Haushalts und eines **Finanzausgleichs** innerhalb der Union. Das ist aber unbedingte Voraussetzung einer Einheitswährung. Der andere Weg – der Stabilitätspakt und seine Verschärfung mit den Beschlüssen des Europäischen Rats vom 9. Dezember 2011 – führen hingegen zu immer größeren sozialen und ökonomischen Abweichungen innerhalb Europas: Die strikte Staatsfinanzdisziplin in Verbindung mit ständiger Steuerlastminderung für

Kapitaleinkommen als Mittel der Standortkonkurrenz hat für die schwächeren Länder verheerende Folgen, wie sich jetzt vor allem im europäischen Süden zeigt. Das allerdings sind nicht die Folgen einer Umverteilung zwischen Staaten, sondern zwischen öffentlichen und privaten Haushalten, die sich für die unteren Schichten immer schlimmer auswirkt.

Die Krise ist also nicht eine Frage des Kampfes zwischen Deutschland und Griechenland oder zwischen Staaten und Nationen überhaupt, sondern eine Frage des Klassenkampfes zwischen Arbeit und Kapital in Europa, innerhalb der Staaten und über Nationalstaatsgrenzen hinweg.

Insofern sind auch Positionen falsch, die in Griechenland auch von Linken – wenn auch als Minderheitspositionen – vertreten werden, die unterstellen, dass es so etwas wie ein Besatzungsregime gebe und eine breite Front aller nationalen Kräfte aufgebaut werden müsse. Die Konsequenz, die Vertreter dieser Ansicht ziehen, ist, dass Griechenland einen Zahlungsstopp deklarieren, **aus der Eurozone austreten** und eine Politik des Wiederaufbaus mit Hilfe von Währungsabwertungen betreiben müsse. Das ist **nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch falsch.**

Krisen entwickeln jedoch ihre eigene Dynamik und man kann nicht ausschließen, dass tatsächlich die Währungsunion platzt oder einem zahlungsunfähigen Staat keine EU-Kredite mehr gewährt werden. In einem solchen Fall ist natürlich Griechenland der erste Kandidat. **Aber es kann nicht der Inhalt linker Politik sein zu entscheiden, in welcher Währung die Renten gekürzt werden, der Rückkehr in die Nationaltaataerei das Wort zu reden und der Konkurrenz zwischen z.B. griechischen und portugiesischen Lohnabhängigen mit dem Instrument der Nationalwährungsabwertung den Weg zu bereiten.**

Politik in und mit der Krise

Am Anfang schien die Krise der griechischen Wirtschaft nicht viel anhaben zu können. Das griechische Wirtschaftsmodell schien widerstandsfähig genug, um die erste Zeit der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 heil zu überstehen. Das lag hauptsächlich daran, dass die griechischen Banken kaum in US-amerikanische strukturierte Papiere investiert und sich überhaupt bei Geschäften in eigener Rechnung sehr konservativ verhalten hatten. Die Situation änderte sich, sobald sich zeigte, dass es sich nicht um eine Bankenkrise handelte, sondern um eine echte Wirtschaftskrise. Der Einbruch der Staatseinnahmen infolge der verminderten Wirtschaftstätigkeit und die Unmöglichkeit, infolge der Arbeitslosigkeit, der Rettungsaktionen für die Banken und der Zinszahlungen für die öffentliche Schuld die Staatsausgaben entsprechend zu vermin-

dern, ließen das Haushaltsdefizit auf fast 15 Prozent des BIP anwachsen. Zwischen 2009 und 2011 verringerte sich die Wirtschaftsleistung um insgesamt fast zehn Prozent und die Arbeitslosigkeit stieg offiziell von acht auf 17 Prozent.

Bis Ende 2009/Anfang 2010 gab es noch viele Möglichkeiten, einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden. Die Zinsen für griechische Staatsanleihen waren noch niedrig und die zweite Bankenkrise noch nicht ausgebrochen. **Eine schnelle Steuerreform, die hohe Einkommen, große Vermögen – wenn nötig in konfiskatorischer Höhe – und den Luxuskonsum entsprechend den Bedürfnissen der Staatsfinanzen belastet hätte, hätte zu einer Lösung geführt.** Es scheint aber, dass die bürgerlichen politischen Kräfte, allen voran die PASOK, andere Pläne hatten. Schon als Oppositionsführer hatte Giorgos Papandreou Gespräche mit dem damaligen IWF-Direktor Strauss-Kahn über eine Intervention des Fonds in Griechenland geführt. Bald nach seinem Wahlsieg sprach er öffentlich von der »maroden« griechischen Wirtschaft und der Unfähigkeit des griechischen Staates, die Krise zu meistern. Kurz nach der Unterschrift des Memorandums über die so genannte Stabilisierungshilfe und die Rolle der »Troika« aus IWF, EZB und EU-Kommission äußerte der stellvertretende Ministerpräsident, dass die Troika – wenn es sie nicht gäbe – erfunden werden müsste.

Der nahe liegende Schluss aus diesem scheinbar irrationalen Gebaren ist, dass die Durchführung des Troika-Programms auch von der griechischen Regierung gewünscht war. Es handelt sich in der Tat größtenteils um **Maßnahmen, die die Regierungen in den letzten 20 Jahren durchzusetzen versuchten**, die jedoch ständig am Widerstand der Betroffenen scheiterten. Noch heute nehmen Regierungsvertreter in öffentlichen Äußerungen eher am Tempo der Maßnahmen Anstoß als an deren Inhalt. Diese Schlussfolgerung bekräftigt der Athener Staatsanwalt für Wirtschaftskriminalität. Er hat eine Untersuchung eingeleitet, die klären soll, ob 2010 auf Druck der Eurostat und der griechischen Regierung das griechische Amt für Statistik Zahlen gefälscht hat, damit ein höheres Staatsbudgetdefizit herauskommt – um auf diese Weise leichter Sparmaßnahmen durchsetzen zu können. Zu den berüchtigten greek statistics kommen nun die genauso verheerenden european statistics hinzu.

Es scheint, dass die Regierenden und ihre Berater sich verschätzt haben, was das Ausmaß und die Dauer der Krise betrifft. Am Anfang glaubte man, dass die Krise international 2010 zu Ende gehe und infolgedessen auch Staaten wie Griechenland zum Wachstum zurückkehren und ihre

Staatsfinanzen in den Griff bekommen würden. Der »Gewinn der Krise« wären die Abschaffung jeglichen Schutzes der Arbeit, die Veränderungen im Sozialversicherungswesen und die Privatisierung öffentlichen Eigentums gewesen, die im und mit dem Schock der Krise durchgesetzt werden konnten.

Widerstand regt sich

In den ersten März-Tagen 2010, als die Regierung mit der Zahlungsunfähigkeit drohte, war die Bevölkerung schockiert. Außerdem protestierte die Gewerkschaftsführung nur lahm und zeigte sich unwillig, die Lohnabhängigen zu mobilisieren. Erst langsam bildete sich der Widerstand, vor allem als das Ausmaß der Einschnitte bekannt wurde (die bei weitem nicht so drastisch waren wie das, was im Jahr 2011 folgte). **Erst im Mai 2010 fasste der Widerstand richtig Schritte mit Massendemonstrationen und Streiks.** Von Anfang an war die Präsenz von **Provokateuren** sichtbar. Zahlreiche Zeugenberichte, Fotos und Videoaufnahmen dokumentieren dies. Bei einer der größten Kundgebungen im Athener Stadtzentrum wurden Brandsätze gegen ein Bankgebäude geworfen; vier Menschen, die sich darin aufhielten, kamen im Feuer um. Dies hat sich für lange Zeit auf die Mobilisierung ausgewirkt. Abscheu oder auch Angst hielt viele Menschen von der Teilnahme an weiteren Demonstrationen ab.

Die Tätigkeit von Provokateuren, die teils Angehörige der Polizei selbst und teils Mitglieder neofaschistischer Gruppen sind, setzte sich fort. Vor Kurzem konnte man sogar in den Fernsehnachrichten sehen, wie eine kleine, mit Eisenstangen bewaffnete Gruppe von Demonstranten gestellt, dann sofort von der Polizei befreit und durch die Absperrungen zum Parkplatz im Keller des Parlamentsgebäudes geführt wurde. Diese Aktivitäten haben leider viele Linke, vor allem die Kommunistische Partei, dazu verleitet, jeden Zusammenstoß mit der Polizei, jeden Steinwurf als Provokation zu diffamieren und Autonome oder AnarchistInnen insgesamt anzuprangern.

Höhepunkt der Bewegung waren – nach ägyptischem und spanischem Vorbild – die **Besetzungen öffentlicher Plätze** in den meisten griechischen Städten. Allerdings werden in der öffentlichen Wahrnehmung oft nur diese Höhepunkte beachtet und die **täglichen Auseinandersetzungen** in Betrieben, in den Schulen und Hochschulen, in den Wohnvierteln, die eben zu diesen Höhepunkten führen, übersehen. Auf den besetzten Plätzen blieben ganze Nächte lang oft Tausende, die heftig und lang über Fragen der Wirtschaftspolitik, über Demokratie, über den Charakter der EU und der Währungsunion diskutierten; es wurden Fachleute bestellt, die Referate hielten, über

die dann diskutiert wurde – nach strengen Regeln, ohne Zwischenfälle oder Streit. Besonders kontrovers wurde die Frage der parlamentarischen Arbeit diskutiert. Es fanden tatsächlich **Lernprozesse** statt. Abgeordnete und Funktionäre der Linken lernten, dass sie sich nicht einfach aufstellen und den Menschen sagen konnten, wo es lang geht. Sie konnten aber auch über die Notwendigkeit der parlamentarischen Arbeit diskutieren und viele davon überzeugen, dass diese Sinn und Zweck hat. Inzwischen ist es so, dass sich praktisch nur noch Politiker der Linken öffentlich zeigen können.

Einschränkung der Demokratie

Ergebnis der Protest- und Widerstandsbewegung war, dass die Regierung praktisch zweimal gestürzt wurde. Im Juni 2011 nahm der Ministerpräsident allerdings seinen Rücktritt nach sechs Stunden zurück, als klar wurde, dass keine Koalition gebildet werden konnte und dass bei Wahlen die bürgerlichen Parteien auf ein historisches Tief absinken würden. Fünf Monate später war es dann soweit. Nachdem am 28. Oktober Demonstranten in mehreren Städten die Militärparade zum griechischen Nationalfeiertag verhindert hatten, verkündete Papandreou ein Referendum über das Abkommen mit der Troika. Das sollte im Januar oder Februar stattfinden. Viele Politiker seiner sozialistischen Partei, darunter auch Minister, verweigerten ihm die Gefolgschaft, ein Minister erklärte sogar, dass dieses Referendum (das doch sein Ministerpräsident verkündet hatte) nicht stattfinden werde.

Das Referendum hatte Erpressungscharakter: Wenn Ihr nicht zustimmt, gehen wir pleite, und es können keine Renten mehr bezahlt werden; das impliziert die unwahre Behauptung, dass die griechischen Steuereinnahmen nicht für die laufenden Ausgaben reichen. Sie reichen aber durchaus, wenn man aufhört, die Staatsschuld zu bedienen.

Wie auch immer, auch so war der Ausgang des Referendums ungewiss – daher die Aufregung in der Regierungspartei, aber auch in Brüssel, Berlin und Paris. Merkel und Sarkozy forderten, das Referendum mit der Frage des Verbleibs Griechenlands in der Eurozone zu verbinden oder überhaupt abzusagen.

Nun war klar, dass die Regierung nicht mehr weiterkam, und es wurde die Dreiparteienkoalition aus Sozialisten (PASOK), Konservativen (Nea Demokratia) und Rechtsaußen (LA.O.S.) gebildet. Bei der Ernennung des neuen Ministerpräsidenten, des Bankiers Papadimos, wurde eindeutig die Verfassung gebrochen – ebenso wie die Geschäftsordnung des Parlaments. Aber auch die (erfüllte) **Forderung der Troika** an alle Regierungsparteien, sich schriftlich

für alle Zukunft auf den Sparkurs der Troika zu verpflichten, **schränkt die parlamentarische Demokratie** ein, weil die innerparteiliche Willensbildung nicht mehr frei ist und die Wähler keine echte Alternative mehr haben werden.

Diese Methode wurde auch in Irland, Portugal, Spanien und Italien angewandt – sie ist **die institutionelle Absicherung der TINA (There Is No Alternative)-Doktrin der eisernen Lady Thatcher.** Diese Situation hat eine politische Krise verursacht, die das bürgerliche Parteiensystem in Griechenland mit noch unabsehbaren Folgen erschüttert.

Die Aussicht

Griechenland ist so stark in sein internationales Umfeld – d.h. vor allem in der EU – eingebunden, dass **ein nationalstaatlicher Ausweg aus der Krise kaum möglich ist.** Insofern, aber auch aus Gründen linken Selbstverständnisses, ist auch **eine linke Politik nur in europäischem Rahmen möglich**, d.h. sie bleibt zwar nationale Politik, weil die Nationalstaaten Politik betreiben, muss aber die europäische Dimension miteinbeziehen, vor allem die Vernetzung der Widerstände europaweit und ihre Einbindung in eine europäische Perspektive. **Was uns heute fehlt, ist ein lebendiges, aktives Europäisches Sozialforum.**

Forderungen, wie sie z.B. in Deutschland von der Partei »Die Linke«, aber auch vom DGB gestellt werden, nach einer europäischen **Vermögensabgabe**, nach einer veränderten Rolle der **EZB** und nach **öffentlicher Kontrolle des gesamten Kreditwesens**, nach einer Politik des Zahlungsbilanzausgleichs durch **Stärkung des Binnenmarkts** der Überschussländer könnten **Bausteine eines linken Programms zur Krisenüberwindung in der EU** sein.

In Griechenland selbst ist m.E. das wichtigste, die Zersplitterung der Linken zu überwinden. In dieser Phase, wo jeder Schutz der Arbeit rapide und brutal abgebaut wird, wo aber auch in den Protestkundgebungen und in den Versammlungen der Linken sehr viele neue Gesichter auftauchen, wo die Menschen gierig auf Antworten warten, und die Wahlprognosen der Umfrageinstitute Ergebnisse für die Linke von bis zu 40 Prozent (zusammengezählt) vorhersagen, ist es absolut unerklärlich, dass darüber gestritten wird, ob erst die Macht ergriffen werden müsse oder ob im Sozialismus Griechenland noch der EU angehören soll oder wird...

Theodoros Paraskevopoulos ist Wirtschaftswissenschaftler und Berater der Parlamentsfraktion des griechischen Linksbündnisses SYRIZA; er lebt in Athen. Aus Express 1/2012 <http://www.labournet.de/internationales/gr/paraskevopoulos1.html>

Bewegung "Echte Demokratie" in Griechenland: Aufruf zur Solidarität

Die Bewegung „Echte Demokratie in Griechenland“ fordert:
Weg mit den „Rettungsmaßnahmen“! Wir wollen kein Experimentierfeld der Eurokraten und Wirtschaftsdiktatoren sein !

Jetzt ist es also endgültig ...
Die Masken sind gefallen ... der IWF, die EU-Bürokraten und "unsere" Regierung (dieser nicht gewählte ehemalige Banker, der nun Ministerpräsident ist und seine drei politischen Verbündeten, die 40 Jahre lang das Land regierten und die Hauptverantwortung für diese Krise tragen) haben sich für ein drittes noch härteres, noch zerstörerisches Paket von Sparmaßnahmen entschieden.
Diese "Rettungsmaßnahmen" werden Griechenland in einen Zustand zurück katapultieren, in dem es sich kurz nach dem Zweiten Weltkrieg befand ...

- Die zukünftigen durchschnittlichen Löhne werden nach diesem Abkommen auf ungefähr 350 Euro sinken, und das in einem Land, dessen Lebenshaltungskosten explodieren (dabei hatten wir im internationalen Vergleich schon die höchsten Preise bei Lebensmitteln, Benzin und Dienstleistungen).

- Die Einsparmaßnahmen der letzten zwei Jahre betragen über 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens, während die griechischen Banken Millionen von Euro bekommen und die großen Konzerne immer weniger Steuern zahlen müssen.

- Und die Schulden werden nur noch größer, je mehr die Wirtschaft in einen Zustand der Lähmung verfällt.

- Diese Politik führt direkt in die Sackgasse.

In diesem Land mit seinen 10 Millionen Einwohnern, verlieren TÄGLICH 4000 Menschen ihre Arbeit.
Die Anzahl der Obdachlosen in den Straßen von Athen ist in den letzten fünf bis sechs Monaten rapide angewachsen. Es sind Obdachlose, die bis vor kurzem noch ein Haus und ein normales Leben hatten.
Wir brauchen eure Solidarität. Verbreitet die Wahrheit, glaubt den großen Nachrichtenmedien nicht.
Griechenland ist nur ein Experimentierfeld für ein ökonomisches Modell, das uns allen übergestülpt werden soll.
WIR WOLLEN KEINE "RETTUNGSMASSNAHMEN" MEHR!
WIR WOLLEN UNSER LEBEN IN DIE EIGENEN HÄNDE NEHMEN!
WIR FANGEN JETZT AN!
<http://realdemocracygr.wordpress.com/2012/02/10/so-its-final-now>

Erklärung der Kampagne für ein Audit der griechischen Schulden, 12.2.2012

<http://www.cadtm.org/Greek-Debt-Audit-Campaign.7599>

Attac Frankreich: Griechenland als Labor?, 13.2.2012

„Das Ziel der Politik der Troika ist, eine interne Abwertung durch Kürzungen bei Löhnen und sozialen Ausgaben durchzusetzen, und die Interessen der herrschenden Klassen und des Finanzsektors zu schützen (...) Die EU geht mit einer nie da gewesenen Brutalität gegen ein ihrer Mitglieder vor – ein Vorspiel der Brutalität gegen weitere Länder. Man bekommt den Eindruck, dass Griechenland für die herrschenden Klassen ein Labor ist, in dem sie testen, wie weit sie es mit dem Druck auf die Bevölkerungen treiben können.

Im Gegensatz dazu wären mehrere Maßnahmen für Griechenland, aber auch für Portugal, Spanien, Italien und ganz Europa notwendig, u.a. die politische Kontrolle der EZB, eine grundlegende Steuerreform mit einer Besteuerung der Finanzgewinne und der großen Vermögen, eine Annullierung der illegitimen Schulden; eine soziale Angleichung nach oben, massive öffentliche Investitionen für einen ökologischen Übergang.

In den nächsten Monaten werden die sozialen Kämpfe zunehmen, um den Teufelskreis von Haushaltskürzungen und Zerfall zu stoppen, und um eine solidarische Neuorientierung beim Aufbau Europas durchzusetzen - Das fängt mit der Ablehnung des Fiskalpakts an!

In diesem Sinne ruft attac Frankreich dazu auf, die Solidarität mit den Griechen zu verstärken.“

Auszüge aus: „Grèce : la débâcle de l'austérité, le naufrage de l'Europe“ <http://www.france.attac.org/articles/grece-la-debacle-de-lausterite-le-naufrage-dun-pays>

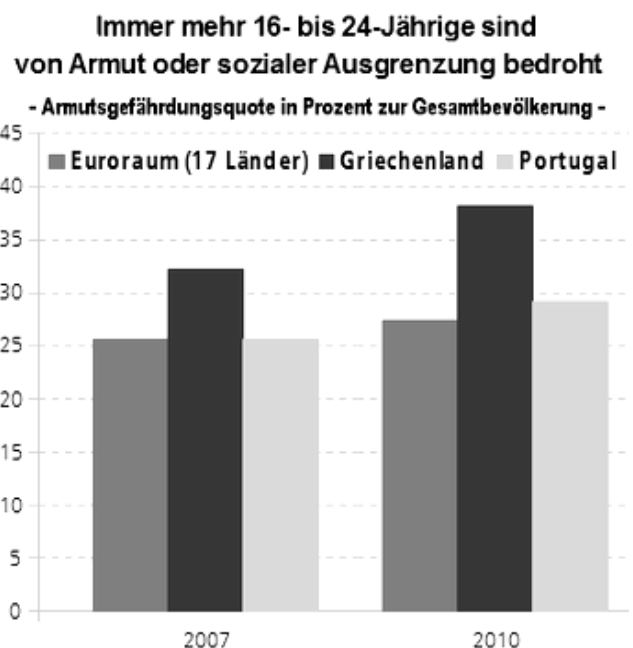
S. auch die Erklärung von Attac Deutschland: 14.02.12 Spardiktat für Griechenland: Nicht in unserem Namen!

<http://www.attac.de/aktuell/presse/>

Materialsammlung "Vom Protest zum Widerstand?" vom 15. Februar 2012

<http://www.labournet.de/internationales/gr/protestwiderstand.html>

Graphik aus: klartext 05/2012,
<http://www.dgb.de/themen/++co++4128097c-53cb-11e1-5878-00188b4dc422/@@index.html>



Ungarn : Angriff auf die eigene Bevölkerung

Das Land in der Hand der rechtskonservativen Fidesz-Regierung

(...) Drastische Einschnitte gibt es zunächst im **Bildungswesen**. Das Alter, bis zu dem junge Ungarinnen und Ungarn an der schulischen Ausbildung teilnehmen müssen, wird von 18 auf 16 Jahre gesenkt. (...) Die jüngste Reform hat den Begriff »öffentliches Schulsystem« abgeschafft und durch den der »öffentlichen Erziehung« ersetzt. Ein für alle Schulen gültiger zentralisierter Pflichtlehrplan wird eingeführt. Es gibt kein Recht auf Hochschulbildung mehr. (...) Von den 250000 zum Studium zugelassenen Studenten erhalten nur 30000 einen vollsubventionierten Studienplatz und 15000 ein sogenanntes halbes Stipendium.

Nicht besser sieht es im **Gesundheitswesen** aus. Die ärztliche Versorgung steht vor dem Kollaps. Nach tschechischem Muster hinterlegten zur Jahreswende über 2500 Ärzte und Ärztinnen ihre Kündigungsschreiben, die sie innerhalb von drei Monaten einzureichen beabsichtigen, falls ihre jämmerlichen Gehälter nicht um netto 300 Euro pro Monat erhöht werden. Damit würden Ärzte mit zwei bis drei Jahrzehnten Berufserfahrung auf stolze 900 Euro Monatslohn netto kommen. (...) Die Regierung kann, falls irgendwann – wahrscheinlich sehr bald – Ärztenknappheit auftritt, die freie Arztwahl unterbinden und die Ärzte wie in einem Quasikriegszustand jederzeit zur Arbeit zwingen, und zwar in jedem beliebigen Krankenhaus im Lande, ohne Rücksicht auf den jeweiligen Wohnort. Unterdessen wurden die Medikamentenpreise kräftig erhöht, also die diesbezüglichen Subventionen gekürzt, und es wird per Verordnung unterbunden, daß Ärzte Medikamente für eine längere Zeit als für einen Monat verschreiben.

Auch in der **Kulturpolitik** geht die Orbán-Regierung auf Konfrontationskurs. Fast ausnahmslos sind alle Direktoren im gesamten Kulturwesen von den Theatern bis zum philosophischen Institut, von dem Museen bis zu einfachsten Gemeindekulturhäusern gekündigt (teilweise unter Drohungen) und ihre Posten mit regierungsnahen Personen besetzt worden, die oft keine einschlägigen Berufserfahrungen haben und vom Metier gar nichts verstehen. (...) In der Filmindustrie herrscht ein einziger Mann: der ungarischstämmige auch international bekannte Actionfilmproduzent Andrew Vajna. (...)

Das Arbeitsrecht wurde weitgehend dereguliert. Die Arbeitszeit ist so gut wie völlig flexibel geworden. Den Unternehmen wurde das Recht geschenkt, eine

jährliche »*außerordentliche Arbeitsverrichtung mit einer Dauer von insgesamt maximal dreihundert Stunden*« anzuordnen.

Außerdem dürfen sie von Beschäftigten, die mit Geld oder anderen Wertgegenständen arbeiten, eine »*Wertsicherung*«, also eine Art Kautions, in der Höhe eines Monatslohns einbehalten. (...)

Die Rechte der Gewerkschaften wurden drastisch geschmälert. Pro 1000 Arbeiter darf ein einziger Gewerkschafter gewählt werden, und auch in den größten Firmen (z.B. bei der ungarischen Post mit 35000 Mitarbeitern) dürfen insgesamt nicht mehr als vier teilfreigestellte Gewerkschafter tätig sein. Die Arbeitszeitvergünstigung für Gewerkschafter wurde auf maximal zehn Prozent der Arbeitszeit, also 48 Minuten pro Tag gekürzt. (...) Auch das Streikrecht wurde stark eingeschränkt, für manche Berufsgruppen gar unmöglich gemacht.

Die **Dauer der Arbeitslosengeldauszahlung** wurde von neun auf drei Monate gekürzt und ihre Höhe auf maximal 120 Prozent des Minimallohns beschränkt. Eine Verlängerung ist unter Umständen für weiter drei Monate möglich, doch wird dann nur mehr die Hälfte, also 60 Prozent des Minimallohns ausgezahlt. Parallel dazu wurde eine **Pflicht zur gemeinnützigen Arbeit** für all jene eingeführt, die kein Anrecht auf Erwerbslosengeld mehr haben oder nie eines hatten und ihren Anspruch auf irgendeine Art der Versorgung nicht verlieren wollen. Diese Arbeit muß auch dann angenommen werden, wenn sie weit entfernt vom Wohnort zu verrichten ist. (...)

Die Bezahlung der erzwungenen gemeinnützigen Tätigkeit bzw. Zwangsarbeit zeigt die Armenpolitik der Orbán-Regierung in ihrer ganzen Brutalität. Schon vor der Fidesz-Machtübernahme im Mai 2010 war die **Sozialhilfe** – damals noch bei freiwilliger gemeinnütziger Arbeit – auf 270 Euro gesenkt worden. Ein Jahr später wurde die Gegenleistung für den nunmehrigen gemeinnützigen Pflichtdienst auf 210 Euro verringert, und momentan bekommen die **Zwangsarbeiter**, von denen viele aus der massiv von Arbeitslosigkeit betroffenen **Roma-Bevölkerung** kommen, nur mehr stolze 130 Euro. (...)

Die **Steuerlast** für das Minimaleinkommen wird 2012 real um 11,4 Prozent, in den etwas darüber liegenden Kleinverdienerkreisen um neun Prozent erhöht. Demgegenüber wird jener Gruppe, deren Einkom-

men das Vierfache des Durchschnittslohns beträgt, lediglich eine Steuererhöhung von 0,58 Prozent zugemutet, die noch Reichen kommen noch besser weg. Weiterhin in Kraft bleibt die kriminell ungerechte **Flat Tax von 16 Prozent für alle**; bei den obengenannten Veränderungen handelt es sich um Teilaspekte wie etwa die Einkommenssteuerrückerstattung. Die **Mehrwertsteuer ist von 25 auf 27 Prozent erhöht worden.**

Gleichzeitig wird **Armut immer stärker kriminalisiert.** Im Müll zu wühlen und auf der Straße zu schlafen ist gesetzeswidrig und kann mit Gefängnis bestraft werden. Armut und Obdachlosigkeit betrachtet Fidesz als moralische Schwäche oder Folge moralischer Schwäche. (...)

Umbau des Staatsapparats

Der in seinen Kompetenzen ohnehin stark eingeschränkte **Verfassungsgerichtshof** – er darf z.B. in Wirtschaftsfragen keine Entscheidungen mehr treffen – ist per 1. Januar 2012 nicht mehr berechtigt, im Vorjahr oder noch früher eingereichte Gesuche zu behandeln. Diese landen also seit Jahresbeginn im Mülleimer. Gleichzeitig wurde Zivilpersonen das Recht entzogen, sich in politischen Angelegenheiten an die Höchststrichter zu wenden, möglich ist dies nur mehr in privatrechtlichen Angelegenheiten. Politische Eingaben sind selbst von Seiten des Parlaments nur noch dann möglich, wenn 25 Prozent der Abgeordneten das betreffende Gesuch unterzeichnen. Das Gesetz schließt damit bei der derzeitigen Zusammensetzung des Parlamentes eine gegen die Regierungsmehrheit gerichtete Verfassungsklage praktisch aus, denn ohne die rechtsradikale Jobbik (dt.: »Bessere/Rechtere«), die als ihre Privatarmee die berüchtigte Ungarische Garde ins Leben gerufen hat, können im Hohen Haus keine oppositionellen 25 Prozent zusammenkommen.

Auch die Reform des ungarischen **Wahlrechts** bevorzugt eindeutig die heute Regierenden bzw. die großen Parteien gegenüber den kleineren. Um bei einer Parlamentswahl überhaupt antreten zu können, braucht jede Partei zuerst eine Zahl von Unterstützungserklärungen aus der Bevölkerung. Die Anforderungen an die Menge der Unterschriften sind nun kräftig erhöht, die Fristen zum Sammeln drastisch verkürzt worden, damit möglichst wenige »Neuankömmlinge« im politischen Terrain Fuß fassen können. Das allererste Gesetz, das Fidesz als

Regierungspartei verabschiedet hat, eröffnete die Möglichkeit für nicht näher definierte »ungarischstämmige« Personen, ohne jede weitere Bedingungen die ungarische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Gegenüber damaliger anderslautender Versprechen erhalten nun diese Menschen das Wahlrecht, auch ohne ungarischen Wohnsitz. Weil diese Auslandsungarn größtenteils nationalistisch eingestellt sind, erhofft sich Fidesz durch sie mehrere hunderttausend Extrastimmen. (...)

Auch im Bereich der **Rechtsprechung** lebt Fidesz seinen Machtwahn ungebremst aus. Der Oberste Richter und Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes wurde vor Ablauf seines Mandats aus dem Amt getrieben, und eine der engsten Freundinnen der Gattin von Viktor Orbán, die Ehefrau des Fidesz-EU-Abgeordneten -József Szájer, an dessen Stelle gesetzt. (...) Gleichzeitig wurden die Rechte des ungarischen Gerichtsamtes, also des obersten Richterkollegiums, stark und mehrfach beschnitten. So darf dessen für neun Jahre bestellte neue Chefin als Oberste Richterin ab sofort einzig und allein entscheiden, wer in Ungarn Richter wird. Und sie erhielt noch weitere Sonderrechte: Sie kann z.B. nach Lust und Laune festlegen, ob eine Verhandlung beim örtlich zuständigen Gerichtshof oder bei einem anderen geführt wird, wo es ihr gerade gefällt. (...) Dieses Weisungsrecht befand der Verfassungsgerichtshof zwar für grundgesetzwidrig; die Fidesz-Zweidrittelmehrheit hat diese Rechtsvorschrift daraufhin ein zweites Mal verabschiedet und basta. Übrigens wurden parallel dazu die Posten der Ombudsleute abgeschafft. (...)

»Einparteienverfassung«

Obwohl das von der Opposition als »Einparteienverfassung« kritisierte neue »Grundgesetz« die Menschen weniger unmittelbar berührt als manche der oben beschriebenen Reformen, hat der Protest gegen das Inkrafttreten dieses Kronjuwels der Fidesz-Politik am 2. Januar Zehntausende Menschen auf die Straße getrieben. Nach seiner neuen Verfassung ist Ungarn keine Republik mehr, das Wort wurde ersatzlos gestrichen, das Land trägt von nun an den schlichten Namen Ungarn. Stattdessen erhebt das Fidesz-Werk die »Heilige Krone« der mittelalterlichen Könige als »Verkörperung des verfassungsmäßigen Fortbestands der ungarischen Staatlichkeit« in Verfassungsrang und spricht in der Präambel von der vor 1000 Jahren erfolgten Staatsgründung. Die Nation wird ethnisch und christlich definiert.

Während die alte ungarische Verfassung die Menschenrechte als absolut und universell betrachtete, verknüpft das neue Grundgesetz sie mit verschwommenen, ja undefinierten Pflichten. In einigen Fällen, so insbesondere bei den sozialen Rechten, verpflichtet es den Staat erst, wenn gewisse

Bürgerpflichten erfüllt sind, dazu, sie zu garantieren. Das Recht auf Arbeit, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, körperliche und seelische Gesundheit nach höchstmöglichem Standard, soziale Sicherheit – all dies wurde relativiert oder einfach gestrichen. (...)

Linke Protestbewegungen gegen das Fidesz-Regime

Auffällig ist, daß es mehrere vollkommen neue Zusammenschlüsse gibt, die zum Teil einen kometenhaften Aufstieg erleben; und bemerkenswert ist auch, daß eine sehr junge Generation frischen Wind in die linke Szene bringt.

Zu den Aufsteigern des Jahres 2011 gehört, als Leitstern und Hoffnungsträger vieler klassischer Linker, die »**Ungarische Bewegung Solidarität**«. Diese stützt sich stark auf mehrere Gewerkschaften, verfügt auch darüber hinaus über eine vergleichsweise breite Verankerung unter Aktivisten und betont immer wieder die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Selbstorganisation von unten. Wiewohl auch Solidarität die Wiederherstellung des ins Wanken geratenen ungarischen Rechtsstaats zum Aufhänger der Mobilisierung macht, verfolgt sie ein klares wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm.

Gefordert werden die Wiedereinführung der Steuerprogression, Steuergerechtigkeit anstelle Begünstigung der Reichen, die Schaffung sozialer Sicherheit und existenzsichernde Löhne. Ziel ist es, die gesellschaftliche Polarisierung und die Verarmung zu stoppen und die Vereinnahmung von allem, was »ungarisch« daherkommt, durch das rechtspopulistische Regierungslager aufzubrechen. Am 13. Januar startete die Bewegung eine Unterschriftenaktion, in deren Rahmen Sympathisantinnen und Sympathisanten aufgefordert werden, einen Brief an José Manuel Barroso zu unterzeichnen, in dem der EU die ungarische Treue versichert wird. »*Die Zukunft Ungarns und der ungarischen Bürger ist untrennbar verbunden mit der Gemeinschaft der Europäischen Union. Gemeinsam sind unsere Sorgen und unsere Ziele.*«

Neben der durchaus auch im realen Leben aktivistisch orientierten Internetbewegung »**Eine Million für die Pressefreiheit**« spielt die Organisation »**Vierte Republik!**«, kurz 4K!, eine wichtige Rolle. 4K! hat es sich zum Ziel gesetzt, eine »neue linke Partei« zu organisieren, und ist derzeit mit dem Aufbau, der Gründung von Landesorganisationen etc. beschäftigt. Innovativ an dieser Bewegung ist nicht nur ihr erfrischender Politikstil, sondern auch der Versuch, explizit am »sozialdemokratischen Erbe« orientierte Positionen mit einer Kritik ungleicher weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung und weltpolitischer Machtbe-

ziehungen zu verknüpfen, die sich unter anderem an lateinamerikanische Erfahrungen und Politikentwürfe anlehnt. In seinem »Programm der Vierten Republik« betont 4K! drei Dimensionen seines »Patriotismus«: »*Ungarns Selbstbestimmung, wahrhaft demokratische Selbstverwaltung und redliches Auskommen für Alle. Diese drei Ziele sind eng miteinander verflochten und setzen einander voraus.*« 4K! wendet sich gegen die passive Unterwerfung der ungarischen Außen- und Finanzpolitik unter die jeweiligen EU- und US-Interessen in den vergangenen 20 Jahren.

Demgegenüber müsse die zukünftige »vierte« Republik unter anderem auf einer Verbesserung der Position Ungarns in der Weltwirtschaft und der Garantie von Arbeitnehmerrechten beruhen. Nur auf diese Weise könnten das Wohlergehen der Bürger, funktionierende öffentliche Dienstleistungen, die Integration der Roma- Bevölkerung etc. sichergestellt werden.

Drittens versucht die **antikapitalistische Linke**, jung und alt, zu ihrer eigenen Stimme zu finden. Zu erwähnen ist die Ungarische Vereinigte Linke, die die Notwendigkeit einer linken Bewegung der gesellschaftlichen Selbstorganisation betont. Die Organisation identifiziert sich auch mit jenen Stimmen, die hervorheben, daß es die katastrophale wirtschaftliche Lage in Ungarn selbst, die massiven sozialen »Anomalien« im Lande sind, die rechtspopulistische und rechtsradikale Ablehnung des liberalen Institutionensystems der EU immer wieder neu hervorbringen. Die machtpolitische Einmischung der EU werde diese Haltung nur verstärken. Gesellschaftliche Mobilisierung zugunsten demokratischer Grundrechte und Institutionen könne nur dann wirkliche Stärke gewinnen, wenn sie mit sozialen Kämpfen zusammengehe. Die antikapitalistische Linke bemüht sich außerdem, im Rahmen der im September 2011 ins Leben gerufenen »zivilen Aktionseinheit«, in der sich auch viele gewerkschaftliche Gruppen und Organisationen tummeln, entscheidenden politischen Einfluß zu gewinnen. Wichtiger Schwerpunkt ist der Kampf gegen die mittlerweile beschlossene drastische Einschränkung von Arbeitsrechten. Weitere Gruppierungen und Organisationen sprießen wie Pilze aus dem Boden. Viele beschäftigen sich mit bestimmten gesellschaftlichen Teilbereichen, so etwa die Kooperationen zwischen Lehrern, Eltern, Studenten und auch Schülern. Die Auseinandersetzung um die Rolle und Weiterentwicklung linker Positionen und linker Politik findet überall statt. Von weitreichendem politischen Einfluß der radikaleren Linken auf die alles vereinigende Bewegung gegen das Fidesz-Orbán-Regime kann aber keine Rede sein.

Sándor Horváth ist freier Journalist und Musiker. Er lebt in Budapest und Berlin
<http://www.jungewelt.de/2012/01-18/025.php>

Neuer Merkel-Sarkozy-Vertrag führt zu einem Crash der Demokratie

6.12.2011

Nicolas Sarkozy und Angela Merkel haben im Dezember ihren Willen kundgetan, schon im März einen neuen europäischen Vertrag ratifizieren zu lassen. Danach sollten den Staaten, deren Defizit 3% des BSP übersteigt, „sofortige“ und „automatische“ Sanktionen auferlegt werden. Diese 3%-Richtlinie ist schon Bestandteil des Maastrichter Vertrages, sie wurde auch in den Lissabon-Vertrag übernommen, aber der neue Vertrag würde diese Regelungen erheblich verschärfen.

Dieser neue Vertrag würde explizit eine **Restrukturierung der öffentlichen Schulden ausschließen**, und dies, obgleich es sich schon für Griechenland gezeigt hat, dass Verhandlungen über die Schulden nötig sind. Ein solcher Vertrag sieht auch gar keinen Beitrag der Finanzmärkte und der Banken vor, trotz der erheblichen Risiken, die sie für sich und für die Gesellschaft eingegangen sind.

Dieser Vertrag würde die unterzeichnenden Staaten dazu animieren, sich gegenseitig mit ihren Streichungen von Staatsausgaben zu überbieten, was zu immer größeren

Ungerechtigkeiten führt und außerdem ineffektiv ist. **Ungerecht**, weil die Bürger die Schulden, die durch die Finanzkrise und die Geschenke an die Privilegierten entstanden sind, zahlen müssen; **ineffektiv**, weil solche Maßnahmen die Rezession noch vertiefen und daher die Defizite vergrößern und damit jegliche Zunahme der ökologischen und sozialen Investitionen verhindern.

Ein Merkel-Sarkozy-Vertrag, der unter dem Druck der Ratingagenturen innerhalb weniger Wochen beschlossen wird, der von den unterwürfigen Parlamenten ratifiziert wird – ohne Befragung der Bürger –, wäre ein **regelrechter Crash der Demokratie**. Statt die Neugründung eines solidarischen Europas zu ermöglichen, würde er die Konkurrenz durch Etatkürzungen organisieren und schließlich den Zusammenbruch der Euro-Zone. **Wir fordern ein Referendum in Frankreich**, damit die Bürger entscheiden können.

Zweifellos hat der **Lissabon-Vertrag** die Europäische Union in die Sackgasse geführt und **wir brauchen einen neuen Vertrag**. Aber nicht, um die Finanzmärkte zu beruhigen, sondern um Europa aus ihren Klauen zu befreien! Der **EZB** muss es erlaubt wer-

den, den Mitgliedsstaaten direkt Geld zu niedrigen Zinsen oder sogar zinslos zu leihen. Eine **grundlegende Steuerreform mit einer starken Steuerprogression** muss durchgeführt werden; **eine soziale und steuerliche Angleichung nach oben** ist in Gang zu setzen, ein echter europäischer Staatshaushalt ist aufzubauen, indem die **Finanztransaktionen, die Gewinne der transnationalen Konzerne und die CO₂-Emissionen besteuert** werden. Das wären Schritte für Europa hin zu einer Reduzierung der Ungleichheiten und zu einem ökologischen Übergang. Ein neuer europäischer Vertrag kann nicht von einigen Regierungschefs vorbereitet werden, sondern muss **im Respekt des Willens der europäischen Völker** erarbeitet werden. Heute brauchen wir einen breiten demokratischen Prozess zur Erarbeitung **eines neuen Vertrags, in dem nicht die Belange der Märkte, sondern diejenigen der Völker zum Ausdruck kommen, die eine solidarische Gestaltung Europas wollen**.

Übersetzung: Redaktion von „Sand im Getriebe“

Attac Deutschland zum ESM und Fiskalpakt

Ökonomische Schockstrategie der Bundesregierung gefährdet Europa

Frankfurt am Main, 29.01.2012

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat die europäische Krisenpolitik im Vorfeld des EU-Gipfels als destruktiv und undemokratisch kritisiert. Auf der Agenda des Treffens am Montag stehen vor allem die Aufstockung des **Euro-Rettungsschirms ESM und der Fiskalpakts**. *"Der ESM ist im Endeffekt nichts anderes, als ein langfristig angelegtes Bankenrettungspaket, und der Fiskalpakt dient im Wesentlichen dazu, die Mitgliedsstaaten auf noch restriktiveren Sozialabbau und weitere Privatisierungen festzulegen"*, sagte Steffen Stierle, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis.

Der vor allem von der Bundesregierung forcierte Fiskalpakt sei zudem als Angriff auf die Demokratie zu werten. Zunehmend würden die Budgetrechte der Parlamente der Mitgliedstaaten eingeschränkt. *"Sozial- und Demokratieabbau gehen zurzeit Hand und Hand"*, stellte Alexis Passadakis vom

Attac-Rat fest. *"Die Bundesregierung treibt ein gefährliches Spiel, indem sie die Krise durch die Kürzungspakete für die Länder Südeuropas verschärft, um durch diese ökonomische Schock-Strategie umfassenden Sozialabbau und Lohnkürzungen durchzusetzen."* Parallel dazu werde die deutsche Vormachtstellung in Europa ausgebaut. Dieses geopolitische Kalkül drohe, die gesamte europäische Integration zu zerstören. *"Von einem 'Europäischen Sozialmodell' – wie es oft beschworen wird – sind wir weiter entfernt als je zuvor"*, sagte Alexis Passadakis fest.

Dabei bediene sich die Bundesregierung gegenüber der eigenen Bevölkerung eines alten Tricks. Sie tue so, als gäbe es keine Alternativen zu ihrer Krisenpolitik. Steffen Stierle: *"Merkel und Co. wollen uns Sozialabbau und bedingungslose Bankenrettungen als notwendige Schritte auf dem einzigen gangbaren Weg aus der Krise verkaufen. Dabei gibt es gute Alternativen."*

Statt die Ärmsten die Kosten der Krise tragen zu lassen, gelte es, die staatlichen Einnahmen zu erhöhen und den Reichtum massiv umzuverteilen – unter anderem über eine europäisch koordinierte **Vermögenssteuer**. **Banken**, die mit öffentlichem Geld gerettet werden, seien zu vergesellschaften und **unter demokratische Kontrolle** zu stellen. Großbanken, die als "too big to fail" gelten, müssten zudem zerschlagen werden. Um endlich hochriskante Spekulation einzudämmen, dringt Attac zudem auf die **Finanztransaktionssteuer und ein Verbot hochriskanter Finanzprodukte**.

Um den notwendigen umfassenden Schuldenchnitt für Griechenland fair und demokratisch zu gestalten, fordert Attac zudem ein **Schuldenschnitt** unter Beteiligung der Zivilgesellschaft: Alle Gläubigeransprüche sollen Verfahren daraufhin untersucht werden, ob sie legal, legitim und tragbar sind. **Illegitime und illegale Schulden werden nicht bedient**.

<http://www.attac.de/aktuell/presse>

Der Staatsstreich gegen die Demokratie von Jérôme Duval, <http://www.cadtm.org/Coup-d-Etat-contre-la-democratie>
Artikel in Tlaxcala veröffentlicht: <http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=6410>

Jürgen Klute

NEIN zu "Merkozy" Fiskal-Pakt!

Bereits auf dem EU-Gipfel vom März 2011 hat Bundeskanzlerin Angela Merkel einen ersten Anlauf zu einem Fiskal-Pakt genommen. Dieser erste Versuch lief unter dem Stichwort "Euro-Plus-Pakt" und "Stabilitätspakt". Zu einem wirklichen Vertrag zwischen den beteiligten EU-Staaten kam es nach dem März-Gipfel aber noch nicht.

Gleichwohl stand jenes Vorhaben bereits in Konkurrenz zu der seinerzeit noch im Verhandlungsprozess befindlichen Gesetzgebung zur Economic Governance.

Im März 2011 ging es dem EU-Rat vor allem darum, den Verhandlungsspielraum des Europäischen Parlaments soweit wie möglich zu begrenzen. Denn das **Europäische Parlament** war **nicht bereit**, sich im Rahmen der Economic Governance **ausschließlich auf Sparmaßnahmen** zur Haushaltskonsolidierung und zur Krisenbewältigung einzulassen. Linke, Sozialdemokraten, Grüne und Teile der Liberalen haben darauf gedrängt, nicht nur die Staatsverschuldung in Blick zu nehmen, sondern auch die Probleme, die sich aus den **Exportüberschüssen** einiger Nordeuropäischer EU-Länder ergeben. Die genannten Gruppen haben weiterhin auf die **Finanzkrise** als wesentliche Ursache der hohen Staatsverschuldung hingewiesen. Statistisch ist dieser Zusammenhang belegbar: Erst infolge der Finanzmarktkrise sind die Staatsschulden in Höhe geschossen. Weiterhin wurde an der reinen Sparpolitik kritisiert, dass sie das zum Abbau der Staatsschulden nötige Wachstum zerstört und des weiteren die Möglichkeit von Einnahmesteigerungen ausblendet. Aus dieser Analyse leiten sich dann andere Maßnahmen ab als eine reine und strikte Sparpolitik – u. a. die Forderung nach Eurobonds und nach einem Abbau von Außenhandelsüberschüssen, was insbesondere Deutschland träfe.

Die Bundesregierung stand und steht im heftigsten Widerspruch zu dieser Sicht der Parteien im Europäischen Parlament, die links der Mitte anzusiedeln sind. Mit dem Euro-Plus-Pakt und dem Stabilitätspakt hat der EU-Rat dem Europäischen Parlament deutlich signalisiert, dass er nicht bereit ist, sich den im Frühjahr 2011 seitens des Parlaments abzeichnenden Kurskorrekturen in der Economic-Governance-Gesetzgebung anzuschließen. Dementsprechend schwierig und zäh verliefen die folgenden Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und dem EU-Rat (der so genannte Trialog) zum Gesetzespaket der Economic Governance. Im Ergebnis musste das Europäische Parlament erhebliche Abstriche bezüglich der

von ihm eingebrachten Kurskorrekturen hinnehmen, so dass die Sparpolitik à la "Merkozy" mit Unterstützung der konservativen und rechten Parteien im Europäischen Parlament letztlich doch weitgehend durchgesetzt wurde.

Verabschiedet wurde das Gesetzespaket zur Economic Governance im September 2011, in Kraft getreten ist es am 13. Dezember 2011, also wenige Tage nach dem EU-Gipfel vom Dezember 2011, auf dem der so genannte Fiskal-Pakt beschlossen und auf den Weg gebracht wurde.

"Merkozy" Fiskal-Pakt

Der vor allem auf Druck der Bundesregierung auf den Weg gebrachte zwischenstaatliche Vertrag hat eine verstärkte fiskalpolitische Integration der EU zum Ziel. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Textes wurde gerade eine inoffizielle vierte Version des Vertragstextes in Umlauf gebracht. Die folgenden Ausführungen beziehen sich jedoch auf die dritte Version, auf die sich auch die weiter unten beschriebene Resolution des Europäischen Parlaments gegen den Fiskal-Pakt bezieht.

Inhaltlich geht es

um die Festschreibung einer strikten Sparpolitik als alleinigem Weg zur Haushaltskonsolidierung,

um die Festschreibung einer Schuldenbremse,

um einen automatischen Sanktionsmechanismus für den Fall, dass ein Unterzeichnerstaat gegen den Fiskal-Pakt verstößt, auf der Grundlage einer umgekehrten qualifizierten Mehrheit (d.h., Sanktionsmaßnahmen müssen nicht mehr durch eine Mehrheitsentscheidung angenommen werden, sondern sie können innerhalb einer bestimmten Frist nur mit einer qualifizierten Mehrheit zurück gewiesen werden; kommt eine qualifizierte umgekehrte Mehrheit innerhalb dieser Frist nicht zustande, gilt die Sanktion als rechtsgültig; das bedeutet in letzter Konsequenz, dass Sanktionsmaßnahmen mit einer Minderheit von 1/3 der Stimmen plus 1 Stimme angenommen werden, denn mit einer solchen Stimmenzahl ist eine umgekehrte qualifizierte Mehrheit abgewehrt),

um die Ermöglichung von Klagen von Mitgliedsstaaten vor dem EUGH gegen andere Mitgliedsstaaten, wenn diese gegen die Stabilitätskriterien verstoßen,

um die Einrichtung einer sog. Wirtschaftsregierung in Form eines regelmäßig tagenden Euro-Zonengipfels, und (noch nachträglich von der Bundesregierung durchgesetzt) die Bindung von Unterstützungszahlungen aus dem ESM an die ver-

bindliche Verpflichtung des Empfängerlandes, zuvor festgelegte Strukturanpassungsmaßnahmen durchzuführen.

Eine wirtschaftspolitische, steuerpolitische und sozialpolitische Koordinierung auf EU-Ebene, die für das Funktionieren einer Währungsunion erforderlich ist, ist nicht Bestandteil des Fiskal-Paktes.

Die Haltung des Europäischen Parlaments zu diesem zwischenstaatlichen Vertrag

Der Fiskal-Pakt ist aufgrund der Weigerung Großbritanniens, einer Änderung des Lissabon-Vertrags zuzustimmen, als **zwischenstaatlicher Vertrag** angelegt. **Dementsprechend hat das Europäische Parlament weder ein Mitentscheidungsrecht noch kann es beratend Stellung nehmen** (wie bei einer Vertragsänderung). Es wurde jedoch ausgehandelt, dass das Europäische Parlament auf Vorschlag der Präsidentenkonferenz (Fraktionsvorsitzende) drei Beobachter zu den Beratungen über den zwischenstaatlichen Vertrag entsenden kann. Die Präsidentenkonferenz hat den deutschen Konservativen Elmar Brok, den italienischen Sozialdemokraten Roberto Gualtieri und belgischen Liberalen Guy Verhofstadt als Beobachter und den französisch-deutschen Grünen Daniel Cohn-Bendit als deren Stellvertreter benannt. In drei gemeinsamen Sitzungen hat sich diese Beobachtergruppe mit den thematisch zuständigen Ausschüssen AFCO (*Ausschuss für konstitutionelle Fragen*) und ECON (*Ausschuss für Wirtschaft und Währung*) abgestimmt.

Schon zu dem ersten Anlauf des EU-Rates in Richtung eines zwischenstaatlichen Vertrages vom März 2011 hatte sich das Europäische Parlament kritisch positioniert. Auch das Ansinnen des Rates, die von Angela Merkel betriebene strikte Sparpolitik und ihre bis zur Besessenheit verfolgte Idee einer Schuldenbremse im Lissabon-Vertrag festzuschreiben, fand mehr Kritiker als Unterstützer im Europäischen Parlament.

Der nun vom EU-Rat vorgelegte zwischenstaatliche Vertrag trifft konsequenterweise – bisher jedenfalls – auf eine breite, fraktionsübergreifende Ablehnung im Europäischen Parlament.

Die Gründe für die Ablehnung des Fiskal-Pakts

Aus formaler bzw. konstitutioneller Sicht lehnt das Europäische Parlament den zwischenstaatlichen Vertrag ab, weil mit der Form des zwischenstaatlichen Vertrages die

für solche Verfahren in der EU vorgesehene Gemeinschaftsmethode umgangen und das Europäische Parlament als die einzig gewählte und demokratisch legitimierte EU-Institution ignoriert wird. Diese Art der **Entdemokratisierung politischer Entscheidungsfindung in der EU** weist das Europäische Parlament entschieden zurück! Zwar vertritt eine Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments die Position, dass eine größere fiskal- und wirtschaftspolitische Integration nötig ist für ein Funktionieren der Währungsunion, aber diese – so die Sicht der Parlamentsmehrheit – kann nur innerhalb der vertraglichen Regelungen, also mittels der Gemeinschaftsmethode, erfolgen und nicht in Form eines zwischenstaatlichen Vertrags zwischen den EU-Mitgliedsstaaten unter Ausgrenzung der demokratisch legitimierten Institutionen. Wie sich an den bisherigen Ergebnissen der Gipfel gezeigt hat, ist der EU-Rat als die Institution, in der sich die Regierungen der Mitgliedsstaaten zusammenfinden, denkbar ungeeignet, einen Weg aus der Krise zu finden. Zu stark sind die nationalstaatlichen Interessen, um zu einer wirksamen und auch sozial akzeptablen gemeinsamen europäischen Lösung der Krise zu kommen. Das Europäische Parlament und die EU-Kommission wären die dafür weitaus geeigneteren Institutionen. Eben die will der EU-Rat aber aus der Lösung ausschließen bzw. die Kommission hätte der Rat gerne zum Erfüllungsorgan des Fiskal-Paktes gemacht, was aber im Widerspruch zum Lissabon-Vertrag steht, da die EU-Kommission als "Hüterin der Verträge" ausschließlich auf Grundlage und im Rahmen der EU-Verträge handeln darf.

Ein weiterer Ablehnungsgrund ist die am 13. Dezember 2011 in Kraft getretene **Economic-Governance-Gesetzgebung der EU**, der die GUE/NGL aufgrund der Überbetonung der Sparpolitik nicht zugestimmt hat. Der zwischenstaatliche Vertrag und die Economic-Governance-Gesetzgebung stünden nebeneinander, ohne dass ihr Verhältnis zueinander geklärt wäre. Damit käme es zu einer Konkurrenz zwischen dem zwischenstaatlichen Fiskal-Pakt und dem EU-Sekundärrecht. Weiter wird kritisiert, dass, sollte der Fiskal-Pakt doch noch in den Lissabon-Vertrag integriert werden, dann EU-Primärrecht mit EU-Sekundärrecht vermischt wird.

Das Interesse des EU-Rates ist klar: EU-Primärrecht kann nur auf Initiative des Rats geändert werden. Das EU-Sekundärrecht hingegen kann auf Initiative der Kommission und indirekt auch auf Initiative des Europäischen Parlaments (es gibt dazu eine entsprechende Absprache zwischen Parlament und Kommission) geändert werden. In den meisten Politikfeldern ist das Europäische Parlament aufgrund des Lissabon-Vertrags Mitentschei-

der über das EU-Sekundärrecht. Das EU-Primärrecht unterliegt dagegen nicht der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments.

Obgleich es um das gleiche Thema geht, sind der Fiskal-Pakt und die Economic Governance inhaltlich nicht deckungsgleich. Das – so die durchgehende Einschätzung – kann im schlimmeren Fall zu weiteren Verwirrungen und Verunsicherungen und folglich zu einer Verschärfung der Krise führen. Im glimpflicheren Fall für die EU und ihre Mitgliedsstaaten wird der zwischenstaatliche Vertrag einfach ignoriert.

Aus AFKO-Sicht wird die Verbindlichkeit – und damit die Wirksamkeit – des zwischenstaatlichen Vertrages grundsätzlich in Frage gestellt. Roberto Gualtieri zog sogar die Möglichkeit einer Klage vor dem EUGH gegen den zwischenstaatlichen Vertrag in Betracht – eben weil der Fiskal-Pakt als zwischenstaatlicher Vertrag außerhalb der EU-Verträge und zumindest ein Teil der in ihm vorgeschlagenen Maßnahmen damit auf keiner EU-rechtlichen Grundlage stehen. So ist der Euro-Zonen-Gipfel, den der Fiskal-Pakt vorsieht, aus Sicht der EU-Verträge lediglich ein informelles Gremium ohne rechtsverbindliche Entscheidungskompetenz, denn in den EU-Verträgen ist ein solcher Gipfel nicht vorgesehen. **Politisch ist dieses Vorhaben, so die breite Einschätzung, dazu geeignet, die EU auf Dauer zu demontieren.** Insbesondere die im Fiskal-Pakt vorgesehene Möglichkeit, dass Mitgliedsstaaten sich gegenseitig vor dem EUGH verklagen können, wenn sie gegen den Fiskal-Pakt verstoßen, dürfte den Zusammenhalt der EU eher erschüttern als festigen.

Aus ECON-Sicht, also **aus wirtschafts- und währungspolitischer Sicht**, wird sehr scharf kritisiert, dass **der Fiskal-Pakt ausschließlich Maßnahmen der Sparpolitik aus der Economic Governance aufnimmt.** Eine antizyklische Konjunkturpolitik wird mit dem Fiskal-Pakt so gut wie unmöglich gemacht. Das Thema Wachstum ist völlig ausgeblendet. In der Economic Governance konnte das Europäische Parlament nach sehr zähen Verhandlungen zumindest durchsetzen, dass die EU sich nun ernsthaft mit dem Thema Euro-Bonds (jetzt: Stabilitäts-Bonds; vgl. das entsprechende Grünbuch der EU-Kommission) befasst. Und es konnte in Form einer Zusatzzerklärung von Oli Rehn (EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung) durchsetzen, dass im Rahmen des so genannten Scoreboards (Bericht von Elisa Ferreira zu den makroökonomischen Ungleichgewichten) nicht allein die Defizite, sondern auch Außenhandelsüberschüsse in den Blick genommen werden. Der Fiskal-Pakt schließt diese Aspekte vollständig aus. Und genau darum geht es

nach Einschätzung der Mehrheit des ECON aus inhaltlicher Sicht im zwischenstaatlichen Vertrag auch: **die wenigen Erfolge des Europäischen Parlaments bei der Verhandlung der Economic Governance im Rahmen des Trialogs von Parlament, Kommission und Rat vollständig zu neutralisieren.**

In diesem Sinne kann der **Fiskal-Pakt** mit gutem Recht auch als **Ausdruck eines Machtkampfs zwischen dem EU-Rat und dem Europäischen Parlament** gesehen werden. Der Rat, insbesondere aber Bundeskanzlerin Angela Merkel, scheint die erweiterten Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments infolge des Lissabon-Vertrages vor allem als massiven Störfaktor einzustufen. Jedenfalls scheint der Rat zu versuchen, diesen Fortschritt der Demokratisierung der EU mit allen Mitteln zu unterlaufen.

Zudem wurde sowohl von der GUE/NGL wie auch von der S&D kritisiert, dass z.B. die von dem Chef-Ökonomen der UNCTAD, Heiner Flassbeck, immer wieder betonte Verfehlung des 2%-Inflationsziels (inflationäre wie deflationäre Abweichung davon) keine Rolle in dem zwischenstaatlichen Vertrag spielt. Flassbeck kritisiert, dass keineswegs nur die Überschreitung des **2%-Inflationsziels** ein Problem darstellt. Das gegenwärtig größere Problem als die Überschreitung dieses Ziels ist nach Flassbeck die Unterschreitung des Inflationsziels durch Deutschland. Nur eine flächendeckende Einhaltung des Inflationsziels seitens aller Euro-Länder, so Flassbeck, könne unter den gegebenen Bedingungen zu einem Ausgleich der makroökonomischen Ungleichgewichte zwischen den Euro-Ländern führen.

In der gemeinsamen Sitzung von AFKO und ECON am 16. 01. 2012 wurde auch auf die kurz davor erfolgte Herabstufung von neuen EU-Länder durch die Rating-Agentur Standard & Poors verwiesen. Denn S&Ps begründet die Herabstufung vor allem mit der von der Bundesregierung gemeinsam mit dem EU-Rat durchgedrückten Sparpolitik, da diese jedes Wachstum abwürgt. Der Fiskal-Pakt setzt diese desaströse Politik nicht nur fort, er zielt letztlich auf eine primärrechtliche Festschreibung dieser Politik.

Politisch ist die Haltung von AFKO und ECON als Kritik an einer EU nach deutscher Prägung gemeint, als Kritik an einer EU, in der mehr oder weniger allein die Regierungschefs der beiden Länder Deutschland und Frankreich festlegen, in welche Richtung die 27 EU-Mitgliedsstaaten marschieren sollen. Die Haltung der beiden Ausschüsse ist ebenso eine Absage an eine konstitutionelle Festschreibung einer EU mehrerer Geschwindigkeiten bzw. eine Absage an die Aufteilung der EU in eine Nord- und eine Süd-Euro-Zone.

Attac Österreich

Sarkozys Finanztransaktionssteuer: symbolisch richtig - inhaltlich schwach

FTT darf bei Steuerbasis und Steuersätzen keine Lücken aufweisen

„Die Pläne für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTT) in Frankreich sind ein kleiner - allerdings vorrangig symbolischer - erster Schritt auf dem Weg zu mehr Stabilität auf den Finanzmärkten“, kommentiert David Walch von Attac Österreich die diesbezügliche Ankündigung von Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy. „Positiv ist, dass Frankreich hier die Rolle eines Vorreiters einnehmen will und so der politische Druck auf eine Einführung in der Eurozone steigt. Das Urteil fällt allerdings ernüchternd aus, wenn man den konkreten Vorschlag beurteilt – es handelt sich um eine relativ zahnlöse Schmalspurvariante.“

Die französische FTT soll nach derzeit bekannten Plänen nur den Aktienhandel jedoch auch Kreditausfallsversicherungen (Credit Default Swaps, CDS) mit

einem Prozentsatz von 0,1 Prozent erfassen. Völlig ausgenommen soll hingegen der Anleihen-, Devisen-, sowie Derivatehandel werden. Die erwarteten Einnahmen bleiben daher mit rund einer Milliarde Euro sehr gering. Walch: „Der Sarkozy-Plan bleibt weit hinter den ohnehin schon lückenhaften Vorschlägen der EU-Kommission zurück. Wir müssen den politischen Druck aufrecht erhalten, damit es hier noch zu deutlichen Nachbesserungen kommt.“

Hinter der Ankündigung Sarkozys steckt auch Wahlkampfaktik. „Sarkozy möchte mit dieser Schmalspur-FTT von der massiven Erhöhung der Mehrwertsteuer und der milliardenschweren Entlastung der Arbeitgeber im Ausmaß von rund 13 Milliarden Euro ablenken, die vor allem die arbeitenden Menschen belasten werden“, erklärt Walch. Nichts zu hören ist

leider auch davon, die Steuer auch für eine Bekämpfung globaler Armut und des Klimawandels heranzuziehen, wie das seit Jahren von vielen NGOs wie Attac gefordert wird.

Attac fordert als ersten Schritt eine effektive FTT im Euro-Raum. Diese darf keine Lücken bei der Steuerbasis und keine unterschiedlichen Steuersätze beinhalten. Nur so könne sie den Finanzsektor effektiv schrumpfen und einen essentiellen Beitrag der Finanzindustrie zur Bewältigung der Krise leisten. Die Steuer ist ein notwendiges aber bei weitem nicht ausreichendes Mittel um Finanzmärkte effektiv zu regulieren. Notwendig sind eine Zerteilung der systemrelevanten Banken, ein effektives Schließen von Steueroasen sowie eine Zulassungspflicht für alle Finanzprodukte wie insbesondere Derivate.

Attac Frankreich:

Tobin-Steuer à la Sarkozy? Ein Bluff und ein Körnchen Sand im Ozean...

Mehrfach hat sich Attac Frankreich sehr kritisch zu Sarkozys Plänen einer Finanztransaktionssteuer geäußert.

1. Es handelt sich anscheinend NUR um eine Besteuerung des Aktienhandels.
2. Es handelt sich um einen medialen Coup, kurz vor den Wahlen, um von der Mehrwertsteuererhöhung abzulenken (dazu

<http://www.france.attac.org/dossiers/la-tva-sociale-inutile-et-injuste>).

3. Eine Tobintax wäre schon 2012 in Europa möglich, zu 0,1%, auch auf die Derivaten und - im Gegensatz zu dem

Vorhaben der Europäischen Kommission - auch auf die Währungstransaktionen, mit dem Ziel die Spekulationen zu bremsen und in erster Linie den Kampf gegen Armut und gegen Klimawandel zu finanzieren. Frankreich könnte sicher vorangehen. Aber dafür wäre ein politischer Wille notwendig, nicht ein medialer Coup.

4. Eine Tobinsteuer allein reicht überhaupt nicht aus. Attac Frankreich setzt sich für eine Tobinsteuer IM RAHMEN von umfangreicheren Maßnahmen ein, wie öffentliche Kontrolle der Zentralbank

und Vergesellschaftung der Banken / Transparenz über alle Transaktionen / Depot- und Geschäftsbanken trennen / Ausschluss der Steueroasen u.a. durch Verbot von Bankfilialen in den Steueroasen / Schuldenaudit (s. Versammlung der Komitees am 14.1. in Paris

<http://www.audit-citoyen.org/?p=781>

und die Konferenz am 15.1.

<http://www.france.attac.org/evnement/15-janvier-journee-des-alternatives-leur-dette-notre-democratie>)

Zum Nachlesen (auf Französisch!)

<http://www.france.attac.org/articles/taxe-tobin-la-francaise-un-grain-de-sable-dans-locean>

<http://www.france.attac.org/articles/taxe-tobin-la-francaise-un-bluff-indecent>

S. auch: **Jean-Marie Harribey** (ehemaliger Ko-Präsident von Attac Frankreich):

<http://www.france.attac.org/print/2440>

und **Thomas Coutrot** (jetziger Ko-Präsident von attac Frankreich: <http://www.france.attac.org/articles/la-taxe-tobin-nest-veritablement-concevable-quau-plan-europeen>

Internetseite zu den Finanzmärkten

<http://www.france.attac.org/desarmons-les-marches-financiers>



Nestlé vor Gericht wegen Überwachung von Attac

Am 24. und 25. Januar 2012 standen der Nahrungsmittelkonzern Nestlé und die Schweizer Sicherheitsfirma Securitas in Lausanne (Schweiz) wegen Bespitzelung der globalisierungskritischen Bewegung Attac vor Gericht. Mit dem Prozess, der lange auf sich hatte warten lassen, wurde endlich der Schleier der Verschwiegenheit gelüftet, der sich über den Bespitzelungsskandal gelegt hat.

Nestlé und Securitas sind angeklagt wegen illegaler Überwachung und Persönlichkeitsverletzung von Attac und deren Mitgliedern. Die Anzeigen erfolgten, nachdem das Westschweizer Fernsehen TSR am 12. Juni 2008 publik gemacht hatte, dass eine Gruppe von Attac-Vaud, die an einem Buch über die Nestlépolitik arbeitete, von einer Securitasmitarbeiterin im Auftrag von Nestlé infiltriert und ausspioniert worden war. Die Frau war 2003 unter der falschen Identität „Sara Meylan“ der Attac-Gruppe beigetreten, hatte Arbeitssitzungen besucht (teilweise bei den Mitgliedern zuhause) und darüber detaillierte Berichte zuhause von Nestlé erstellt. Als Mitglied der Gruppe hatte sie Zugang zu internen Informationen und Zugriff auf sämtliche Recherchen der Autor/-innen, auf ihre Quellen und Kontakte sowohl in der Schweiz als auch im Ausland.

Spioninnen während Jahren aktiv

Am 26. September 2008 haben die Kläger/-innen beim Untersuchungsrichter eine weitere Securitas-Spionin angezeigt, die unter ihrem richtigen Namen 2008 noch immer aktiv bei Attac war. Nestlé und Securitas hatten zunächst behauptet, dass die Bespitzelung mit dem Abgang von „Sara Meylan“ im Juni 2004 beendet worden sei. Als dann diese zweite Agentin entdeckt wurde, haben die Firmen erklärt, diese Agentin hätte nach 2005 keine vertraulichen Berichte mehr für Securitas/Nestlé verfasst.

Das Strafverfahren wurde nach einer mangelhaften Untersuchung am 29. Juli 2009 eingestellt. Der damalige kantonale Untersuchungsrichter übernahm die Darstellungen von Nestlé und Securitas und begründete die Einstellung des Verfahrens u.a. mit der dreijährigen Verjährungsfrist des Datenschutzgesetzes. Dies, obwohl die zweite Nestlé-Securitas-Agentin noch 2008 aktiv bei Attac war!

Nun kam es am 24. und 25. Januar 2012 zur Verhandlung im Zivilverfahren. Das Urteil erfolgt schriftlich, was einige Wochen oder Monate dauern kann.

<http://www.multiwatch.ch/de/f97000066.html>

S. auch:

<http://www.suisse.attac.org/-Nestle-wird-beschuldigt-attac->

Film „Bottled Life – Die Wahrheit über Nestlés Geschäfte mit dem Wasser“

<http://www.bottledlifefilm.com/>

„Was hat Nestlé zu verstecken?“

http://www.woz.ch/artikel/print_21680.html

Nestlé Pakistan:

Drohen und einschüchtern

Der weltgrößte Nahrungsmittelkonzern Nestlé versucht, Mitarbeiter in Pakistan in prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu drücken – und verweigert ihnen selbst nach Gerichtsentscheidungen ihre Rechte. Auf die Forderung von Zeitarbeitern in der Nestlé-Milchproduktion in Kabirwala, sie in eine feste Anstellung zu übernehmen, hätten sowohl der Konzern als dessen beauftragte Leiharbeitsfirma mit Drohungen und Einschüchterungen reagiert, berichtet die internationale Nahrungsmittel-Gewerkschaft IUF. Dabei sei es sogar zu gewalttätigen Angriffen auf Mitarbeiter und Gewerkschaftsvertreter gekommen.(...)

Unter dem Slogan „**Stop Nespressure**“ – ein Wortspiel aus dem Nestlé-Produkt „Nespresso“ und dem Begriff „Pressure“, englisch für Druck oder Einschüchterung – hat die IUF zu Protestschreiben an den Nahrungs-Multi aufgerufen:

www.cms.iuf.org

<http://www.nord-sued-netz.de/medien/news>

BLOCK DRESDEN 2012 – Blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist AUFRUF DES BÜNDNISSES DRESDEN NAZIFREI 2012 (Auszüge (

In den vergangenen zwei Jahren ist uns etwas gelungen, das viele für unmöglich gehalten hatten: Wir haben den Naziaufmarsch in Dresden erfolgreich blockiert.

Mit dem Aufmarsch im Februar versuchten sie in den vergangenen Jahren, an das Gedenken an die Bombardierungen Dresdens im Februar 1945 und den damit einhergehenden Mythos der „unschuldigen Stadt Dresden“ anzuknüpfen. Auch durch Ignorieren und Wegschauen seitens der Stadtverwaltung und eine mangelnde Entschlossenheit großer Teile der Dresdner Zivilgesellschaft konnte dieser Termin zu Europas größtem Naziaufmarsch mit bis zu 7000 Teilnehmenden werden. Doch die Dynamik der Aufmärsche ist gebrochen. Zu verdanken ist dies insbesondere dem entschlossenen Handeln von zwölftausend (2010) und zwanzigtausend Menschen (2011), die mit Massenblockaden den Marsch der Nazis verhinderten.

Wir wenden uns gegen jede Form von Geschichtsrevisionismus. Alten und neuen Nazis darf keine Gelegenheit gegeben wer-

den, die deutsche Geschichte zu verklären und die NS-Verbrechen zu verherrlichen. (...) Unser Ziel ist dabei nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei. Wir sind entschlossen, den Naziaufmarsch zu blockieren – von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.

„Unsere Vielfalt ist unsere Stärke“ – das war unser Credo der letzten Jahre. Dabei bleibt es! Mit einem breiten Bündnis aus Antifagruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften, Parteien und Jugendverbänden, religiösen Gruppen sowie zahlreichen weiteren Organisationen und Einzelpersonen haben wir deutlich gemacht: Blockaden sind legitim, und Dresden geht uns alle an!

AntifaschistInnen wurden in den letzten Monaten vermehrt mit staatlichen Repressionen überzogen. Rechtswidrige Funkzellenabfragen, politisch motivierte Strafverfahren, selbst Immunitätsaufhebungen

werden uns nicht einschüchtern. Versuchen von außen, uns mittels der Extremismustheorie zu spalten, setzen wir unsere Solidarität entgegen. Wir lassen uns nicht spalten. Ziviler Ungehorsam ist unser Recht, unsere Blockaden sind legitim!

Lassen wir uns nicht einschüchtern! Wir protestieren im Februar in Dresden auch gegen die staatliche Aushöhlung des Versammlungsrechts und einen Schnüffel-Staat.

Die Mordserie der in Sachsen untergetauchten Nazis zeigt einmal mehr, wie wichtig entschlossenes antifaschistisches Handeln ist. Antifaschistisches Engagement darf nicht kriminalisiert, sondern muss unterstützt werden. Jahrelang sind Anschläge, Nazigewalt und Waffenfunde in der Naziszene bagatellisiert worden. Schluss damit!

Wir geben den Nazis keinen Meter Straße preis. Wir blockieren sie in Dresden: bunt und lautstark, kreativ und entschlossen!

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!
<http://www.dresden-nazifrei.com/>

Dokumentation des Aufrufs 2012 des Bündnisses "Dresden nazifrei"
<http://ag-friedensforschung.de/themen/Rassismus/dresden2012aufruf.html>

Occupy Production (Übernimmt die Produktion (

Die Occupy-Bewegung in den USA ist insofern etwas total Neues, weil sie erstmals seit über 70 Jahren landesweit das kapitalistische System selbst in Frage stellt. Richard Wolff, Professor Emeritus der University of Massachusetts, Amherst, und zur Zeit Gastprofessor an der New School in New York, sprach am 18.11.2011 bei der Aktion "Occupy Harvard", die Eliteuniversität Nr. 1 der USA. Wir bringen eine gekürzte Version seiner Rede.

Die Occupy-Bewegung entwickelt sich weiter und sie sucht dabei Lösungen für die ökonomischen und politischen Fehlfunktionen, die sie bloßstellt und denen sie entgegen tritt.

Für viele ist das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst das grundsätzliche Problem. Sie wollen den Wechsel in ein anderes System, aber nicht die traditionelle sozialistische Alternative (wie in der UdSSR oder in China). Auch dieses System braucht, wie es scheint, einen grundsätzlichen Wandel.

Die gemeinsame Lösung, die von diesen Aktivisten vorgeschlagen wird, ist ein Wandel der Produktionsverhältnisse in beiden Systemen von Grund auf.

Jedes Unternehmen sollte demokratisiert werden. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sollten ihren Betrieb übernehmen und kollektiv als Vorstand und Management tätig werden.

Das würde das kapitalistische Ausbeutungssystem (Unternehmer versus Beschäftigte) abschaffen, wie unsere historischen Vorfahren die parallelen Ausbeutungssysteme der Sklaverei (Sklavenhalter versus Sklave) und des Feudalismus (Herr versus Knecht) abgeschafft haben.

In von den Arbeitern selbstbestimmten Unternehmen organisieren und dirigieren diejenigen die Arbeit, die die Arbeit auch machen, und sie bestimmen auch über die Verwendung der Profite: keine Ausbeutung von Arbeitern durch andere Arbeiter.

Die Arbeiter nehmen gleichberechtigt teil an allen Unternehmensentscheidungen. Die alte kapitalistische Elite – die größeren Investoren und die von ihnen bestimmten Vorstände – würde nicht länger mehr entscheiden, was, wie und wo produziert wird und wie die Gewinne des Unternehmens genutzt werden. Stattdessen würden die Arbeiter – in Partnerschaft mit den Gemeinden, die mit den Unternehmen zusammenhängen – alle diese Entscheidungen

demokratisch treffen.

Nur dann könnten wir verhindern, noch einmal den kapitalistischen Zyklus zu wiederholen:

- 1) der wirtschaftliche Boom, der sich in der Krise entlädt, gefolgt von
 - 2) Massenbewegungen, die für Sozialstaatsreformen und wirtschaftliche Regulierungen eintreten, gefolgt von
 - 3) Kapitalisten, die ihre Profite nutzen, um Reformen und Regulierungen zurückzudrehen, gefolgt wieder von
 - 4), dem nächsten kapitalistischen Boom, dem Platzen und der Krise.
- Der US-Kapitalismus weist seit der Krise von 1929 diesen 3-Schritt-Zyklus auf.

In demokratisierten Unternehmen würden die Arbeiter, die am dringendsten Reformen brauchen und von ihnen am meisten profitieren würden, aus den Gewinnen der Unternehmen versorgt. Keine abgesonderte Klasse von Unternehmern würde existieren und die Unternehmensprofite einsetzen, um von den Arbeitern durchgesetzte Reformen und Regulierungen wieder rückgängig zu machen.

Ganz im Gegenteil, selbstbestimmte Arbeiter würden nur Steuern zahlen, wenn der Staat diese Reformen und Regulierungen absichert. Demokratisierte Unternehmen würden Ungleichheiten von Einkommen und Reichtum (und mit ihnen von Macht und Zugang zur Kultur) nicht dulden, wie sie jetzt in der ganzen kapitalistischen Welt typisch sind.

Die sozialistischen Systeme, wie wir sie heute und in der bisherigen Geschichte antreffen, brauchen ebenfalls die Demokratisierung der Unternehmen.

Die Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln plus die zentrale Planung (das Modell, das gegen das kapitalistische Privateigentum und die Märkte steht) ließ viel zu viel unkontrollierte Macht bei

der staatlichen Zentrale.

Zusätzlich erwiesen sich Reformen, die von sozialistischen Revolutionen durchgesetzt wurden (Beschäftigungsgarantie und Grundsicherung der sozialen Bedürfnisse, viel weniger Ungleichheit von Einkommen und Reichtum usw.), als unsicher. Private Unternehmen und Märkte kehrten schließlich zurück und zerstörten viele dieser Reformen.

Die Probleme des traditionellen Sozialismus rührten auch von der undemokratischen Organisation der Produktion.

Die Arbeiter in vergesellschafteten Staatsbetrieben waren nicht selbstbestimmt, sie entschieden nicht kollektiv, was, wie und wo sie produzierten und wie sie die Profite verwenden wollten.

Stattdessen entschieden Staats-Offizielle was, wie und wo produziert wurde und wie mit den Profiten umzugehen war.

Wenn sozialistische Unternehmen demokratisiert wären, dann würde der Staat mit seinen Steuern abhängen von kollektiv selbstbestimmten Arbeitern. Das würde die reale, konkrete Kontrolle von unten institutionalisieren, um die Macht des Staates von oben auszubalancieren.

Von den Arbeitern selbstbestimmte Unternehmen sind eine Lösung, wie sie in den Erfahrungen von Kapitalismus und Sozialismus gleichermaßen begründet liegt. Indem wir von den Arbeitern selbstbestimmte Betriebe einrichten, vervollständigen wir, was vergangene demokratische Revolutionen begonnen haben, als sie die Gesellschaften über Monarchien und Autokratien hinaus transformiert haben. Die Produktion zu demokratisieren, kann die Demokratie über den Punkt hinaus bringen, wo sie bloß ein Wahl-Ritual ist, das die Herrschaft des 1 % über die übrigen 99 % ermöglicht.

<http://www.isw-muenchen.de/komm.html>



Anmerkung der SiG-Redaktion: Die Übernahme der Produktion (z.B. durch RÄTE), also die Lösung der Eigentumsfrage auf der MICRO-Ebene, würde die Konkurrenz und Polarisierung zwischen den Betrieben nicht automatisch beseitigen. Hinzu kommen müsste ein demokratisches Aushandeln der Prioritäten auf MACRO-Ebene. Denn nur so könnte die gesamtgesellschaftlichen Vernetzungen bestimmt werden durch Kooperation statt durch Konkurrenz .

*DAS ist das große Projekt des 21. Jahrhunderts! (SiG-Redaktion)
Weitere Artikel von R. Wolff in SiG93 und SiG 83*